



23. Heft / 18. November 1909

WILHELM KOLB · NACH DEN BADISCHEN WAHLEN 1909



URZ nach Wahlen kann man noch nicht mit Sicherheit über deren Bedeutung urteilen. Wenn aber das Ergebnis derart ist wie bei den diesjährigen badischen Landtagswahlen, wenn es, auch über die engeren Grenzpfähle hinaus, allenthalben interessierte Beachtung findet, ist es wohl nicht zu gewagt über das, was sie zeigten, und über das, was sie bringen, eine Meinung oder eine Vermutung zu äussern.

Die badischen Wahlen haben vor allem durch den grossen Erfolg der Sozialdemokratie, wie er sich in der sprunghaften Steigerung der Stimmzahl und in der beträchtlichen Vermehrung der Mandate präsentierte, im ganzen Reich Aufsehen erregt. Das rapide Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen erstreckt sich auf das ganze Land, und, was besondere Beachtung verdient, es zeigt sich auf dem platten Land nicht minder als in den Städten und Industriezentren. Von den 73 Wahlkreisen weisen 72 eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen auf, die sich teilweise und gerade in vorwiegend ländlichen Bezirken auf 200 %, 300 % und noch mehr beläuft. Und dabei handelt es sich bei diesen Wahlkreisen nicht etwa um solche, wo unsere frühere Stimmzahl so verschwindend klein war, dass eine derartige prozentuale Steigerung politisch und zahlenmässig bei dem Wahlausfall nicht wesentlich wäre; vielmehr sind durch diese Stimmenvermehrung unsere Kandidaten in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen sehr ernstlich als Mandatsbewerber in betracht gekommen, in 3 solcher Bezirke hat die Sozialdemokratie sogar das Mandat erobert. Es wäre auch eine durchaus verfehlt Annahme diesen Erfolg der badischen Sozialdemokratie lediglich auf das Konto *Reichsfinanzreform* zu buchen. Gewiss hat auch in Baden die Art der Reichsfinanzauflösung sehr viel dazu beigetragen der Sozialdemokratie die Agitation zu erleichtern und einen grössern Erfolg als er sonst zu erzielen war zu garantieren. Neben der Reichsfinanzreform mit ihren Begleiterscheinungen waren in Baden aber noch andere Momente von ausschlaggebender Bedeutung, die spezifisch badische Verhältnisse berühren. Vor allem hat die schikanöse Durchführung des vom letzten Landtag beschlossenen neuen Beamtengesetzes und des neuen Gehalts-

tarifs in den Kreisen der mittleren und unteren Beamten viel Empörung und Unzufriedenheit ausgelöst, die insbesondere in den grossen Städten mit ihrem Beamtenheer in der Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen ihren Niederschlag fand. Diese Tatsache muss unbefangenen zugegeben werden, obwohl namentlich von bürgerlicher Seite die dadurch bedingte Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen überschätzt wird. Die Stimmzahl der Partei ist von 50 400 im Jahr 1905 auf rund 86 000, das heisst um zirka 36 000 oder 70 % gestiegen. Von diesen 36 000 Stimmen entfallen auf Beamtenstimmen hoch gerechnet 3- bis 4000. Es bleiben also immer noch über 30 000 Stimmen, die unsere Partei aus anderen Kreisen der Bevölkerung gewonnen hat. Mit dieser Feststellung soll die Bedeutung der Tatsache, dass Tausende von Beamten, die bisher folgsame Parteigänger der bürgerlichen Parteien waren, jetzt für die sozialdemokratischen Kandidaten votierten, nicht verkleinert werden. An sich ist es hoch erfreulich, dass die Staatsbeamten bereits in solchem Mass ihr Vertrauen einer Partei zuwenden, die von Staats wegen bisher geächtet war, und zu der sich auch heute noch ein Beamter überhaupt nicht offen bekennen darf, wenn er nicht seine Stellung verlieren will. Und es ist auch ein sichtbarer Beweis für die politische Torheit einer Regierung, die glaubt mit solchen veralteten Mitteln eine Bewegung wie die sozialdemokratische in ihrer Entwicklung aufhalten zu können.

Die Ursache des grossen Erfolgs der badischen Sozialdemokratie ist nicht zuletzt auf ihre t a k t i s c h e Haltung ausserhalb wie insbesondere innerhalb des Parlaments zurückzuführen. Das prägt sich am deutlichsten in den M a n d a t s -erfolgen aus. Im Jahr 1905 konnte unsere Partei im ersten Wahlgang nur 5 Mandate erobern, 7 weitere Mandate brachte sie bei den Stichwahlen in ihren Besitz, davon 3 mit Unterstützung des liberalen Blocks und 4 im Kampf gegen diesen. Diesmal erhielt die Sozialdemokratie sofort 10 Mandate, darunter 9, die sie bisher besass, und 1 neues, das dem Zentrum abgenommen wurde. Sie hat also drei Viertel ihres frühern Besitzstands aus eigenen Kräften im ersten Anlauf genommen. Bei den Stichwahlen war sie in 15 Wahlkreisen beteiligt. Davon hat sie 10 erobert. Nur in 5 von diesen 10 Kreisen wurde sie vom liberalen Block unterstützt, 5 wurden im Kampf gegen ihn genommen: ein geradezu zwingender Beweis gegen das immer noch nicht ganz aufgegebene Argument, Kompromisse mit bürgerlichen Parteien stifteten in unseren Reihen Verwirrung. Unsere Partei hat in Baden nun schon zum zweiten Mal für die Stichwahlen ein Abkommen mit den liberalen Parteien getroffen und gleichzeitig in einer ganzen Anzahl von Bezirken den Kampf g e g e n sie geführt. Beide Male wurde das Abkommen hüben wie drüben im grossen und ganzen gut durchgeführt, und zu gleicher Zeit wurde von unserer Partei mit ebenso gutem Erfolg der Kampf gegen die Liberalen auch in der Stichwahl ausgefochten. Derartige, immerhin komplizierte Wahlkämpfe erfordern allerdings eine politische Schulung der Wählertruppen, nicht minder auch politischen Takt bei der Führung des Wahlkampfs.

Die Sozialdemokratie hat in Baden also von den 20 Mandaten, die sie diesmal eroberte, 15 g e g e n den Block der liberalen Parteien genommen. Ich wage zu behaupten, dass ohne die Taktik, die sie seit Jahren in Baden befolgte, und die sehr viel Anfechtung in der Gesamtpartei erfahren hat — allerdings weniger in Baden als ausserhalb der Landesgrenzen —, dieser Erfolg nicht erzielt worden

wäre. Mit grösster Energie hat die badische Sozialdemokratie stets ihre Grundsätze und Forderungen vertreten. Sie hat aber auch die politischen Realitäten in ihre Rechnung eingestellt. Sie hat nie vergessen, dass sie noch auf lange Zeit hinaus eine Minderheitspartei ist, nie die Tatsache aus dem Auge verloren, dass sie in Baden greifbare politische Fortschritte in absehbarer Zeit nur erzielen kann, wenn es gelingt über die im Jahr 1905 erzielte taktische Verständigung hinaus mit den liberalen Parteien zu einer praktisch politischen Verständigung zu kommen. Die Hoffnungen darauf waren allerdings minimal. Als im Verlauf der letzten 4 Jahre die Nationalliberalen in unbeeiflicher Verblendung, anstatt aus dem taktischen Ergebnis der Wahlen von 1905 die politischen Konsequenzen zu ziehen, sich anschickten ihre rechte Flanke zu decken, da hat die Sozialdemokratie sofort eine entschiedene Frontstellung gegen die Nationalliberalen eingenommen. Mittlerweile ging der liberale Block in die Brüche, und nur mit grosser Mühe und nach monatelangen Verhandlungen konnten einige Reste wieder zusammengeleimt werden. Immerhin war dadurch wieder die Brücke für eine eventuell mögliche und notwendige abermalige taktische Verständigung für die Landtagswahlen geschlagen.

Nach den Vorgängen im Reich und der durch sie geschaffenen Situation konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, dass die Nationalliberalen wieder eine, wenn auch nur taktische, Schwenkung nach links machen würden. An ein Zusammengehen mit den Konservativen war schlechterdings nicht mehr zu denken, da das Zentrum schon von langer Hand einen Pakt mit diesen vorbereitet hatte. Wäre die Reichsfinanzreform nicht dazwischen gekommen, so läge heute der badische Nationalliberalismus völlig geschlagen am Boden, und eine klerikal-konservative Mehrheit wäre damit unabwendbar geworden. So aber hat sich das Blättchen plötzlich gewendet. Freilich, was die Nationalliberalen in den letzten Jahren verschuldet hatten, konnte jetzt nicht mehr gut gemacht werden. Es zeugt von völliger Unkenntnis der badischen Verhältnisse, wenn die norddeutschen nationalliberalen Organe die Schuld an der Niederlage der Nationalliberalen bei den badischen Landtagswahlen auf das Grossblockabkommen schieben. Das Gegenteil ist der Fall: Ohne das Grossblockabkommen wäre die nationalliberale Partei Badens heute völlig bankrott, erst recht, wenn sie dem Rat der badischen Regierung gefolgt wäre und mit dem Zentrum ein Abkommen für die Stichwahlen getroffen hätte; eine solche Stichwahltaktik hätte sie auseinandergesprenzt und obendrein ein moralisches Debacle zur Folge gehabt, das dem Zentrum um so sicherer zu seinem Ziel verholfen hätte. Das Eingreifen der Regierung in die Stichwahlen und das 2 Tage darauf abgeschlossene Abkommen der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie drücken der tatsächlichen politischen Situation in Baden den Stempel auf. Zahlenmässig hätten die Nationalliberalen vielleicht durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum ebenso viel, vielleicht sogar einige Mandate mehr erringen können, und die Sozialdemokratie wäre vielleicht mit einigen Mandaten weniger aus der Wahl hervorgegangen. Das Zentrum war — und das ist das Bezeichnendste an diesen an Überraschungen reichen Vorgängen — bereit mit den Nationalliberalen gemeinsame Sache zu machen, das selbe Zentrum, das seit Jahrzehnten nur ein Ziel hatte: die Nationalliberalen um jeden Preis zu dezimieren. Wären die Nationalliberalen diesen Pakt eingegangen, dann hätte das Zentrum seine Niederlage, die es bei den Hauptwahlen

erlitten hatte, mit einem Schlag mehr als ausgeglichen, die Nationalliberalen wären damit für das Zentrum für absehbare Zeit ungefährlich geworden. Dass die badische Regierung einer solchen, für die Nationalliberalen geradezu selbstmörderischen Taktik das Wort redete, zeugt von ihrer primitiven politischen Einsicht.

Für die Sozialdemokratie war es in dieser Situation nicht schwer den richtigen Weg zu finden, zumal die Nationalliberalen den guten Ratschlägen der Regierung und dem Werben des Zentrums mit aner kennenswerter Entschiedenheit Widerstand leisteten. Zwar wurde in den Reihen der sozialdemokratischen Partei vielfach geäußert, das Zentralwahlkomitee sei bei den Abmachungen mit dem liberalen Block zu nachgiebig gewesen, weil es sich verpflichtet hatte den Liberalen in 18 Wahlkreisen Hilfe zu leisten, während diese die sozialdemokratischen Kandidaten nur in 6 Bezirken unterstützten. In der Folge aber hat es sich gezeigt, dass das Zentralwahlkomitee das Richtige getroffen hat. Nicht nur, dass die Partei auf ihre Rechnung gekommen ist, sie hat auch dadurch ihre Position und gleichzeitig die der Liberalen gestärkt. Die Liberalen mussten anerkennen, dass die Sozialdemokratie, obwohl in der weitaus stärkern Position, diese nicht in engem Parteiinteresse ausnutzte sondern ihr Augenmerk auf das Ganze, auf das politische Ziel gerichtet hatte. Bei dieser Lage der Dinge konnte es der Sozialdemokratie nicht auf ein Mandat mehr oder weniger ankommen, vielmehr musste vor allem darauf gesehen werden, dass diesmal die taktische Verständigung wenn irgend möglich zu einer Änderung der badischen Politik selber führe. Die Hauptwahlen haben ziffernmässig einen *Ruck nach links* gezeigt. Sollte er auch in der Mandatsziffer und schliesslich in der künftigen Politik des Landes zum Ausdruck kommen, so blieb gar nichts anderes übrig als die Position der Nationalliberalen gegenüber den sicher zu erwartenden Angriffen aus dem eigenen Lager und gegenüber der völlig steuerlos gewordenen Regierung nach Möglichkeit zu stärken. Dieses Ziel hat unsere Partei erreicht, und das ist für sie, für ihren politischen Einfluss und für die weitere Entwicklung der Dinge von ungleich grösserer Bedeutung, als wenn sie sich noch auf einige Mandatsgewinne versteift hätte.

Es ist nicht ganz leicht sich ausserhalb Badens ein einiger massen richtiges Bild von der durch die Landtagswahlen geschaffenen Situation zu machen. Augenblicklich befindet sich alles im Fluss. In den Kreisen der Nationalliberalen gärt es wie nie zuvor. Das führende nationalliberale Organ, die *Badische Landeszeitung*, verteidigt mit aner kennenswerter Energie das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie. Sie gibt unumwunden zu, dass die Niederlage der nationalliberalen Partei durch diese selbst verschuldet sei, dass die Partei auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt werden müsse, und dass es nur ein Mittel gäbe eine Katastrophe für die nationalliberale Partei zu verhüten: den Kurs nach links zu richten. Sehr entschieden wendet sich das Blatt gegen die Angriffe der ausserbadischen, speziell der norddeutschen nationalliberalen Presse gegen das Stichwahlabkommen: Trotz seiner Niederlage bedeute der Nationalliberalismus in Baden immer noch viel mehr als die nationalliberale Gesamtpartei im Reich. Das ist auch durchaus richtig. Die nationalliberale Partei brachte immerhin noch 75 000 Stimmen für ihre Kandidaten auf, und der liberale Block zählte insgesamt über 90 000 Stimmen gegen rund 120 000 der Rechten. Dabei haben die Nationalliberalen bei der Agitation nicht entfernt das geleistet,

was im Hinblick auf die intensiven Wahlvorbereitungen der Reaktion hätte geschehen müssen.

Man wird nun vor allem abzuwarten haben, ob die nationalliberale Partei die Kraft besitzt dem in den letzten Wochen allenthalben geäusserten guten Willen auch die entsprechende Tat folgen zu lassen. Es wäre übereilt sich in dieser Beziehung allzu grossen Hoffnungen hinzugeben. Nicht minder verfehlt wäre es aber auch, wenn von seiten der Sozialdemokratie nicht alles geschehen würde, um die Entwicklung, die jetzt bei den Nationalliberalen eingesetzt hat, nach Kräften zu fördern. Von aussen werden jetzt grosse Anstrengungen gemacht dieser Entwicklung wieder eine andere Richtung zu geben. Wir wissen aus eigener Erfahrung wie schwer es ist die Andersdenkenden in den eigenen Reihen davon zu überzeugen, dass es weder für die Politik noch für die Taktik eine für alle Verhältnisse passende Schablone gibt. Bis auf weiteres muss man daher die Dinge an sich herankommen lassen und in jedem einzelnen Fall sie einer ruhigen Prüfung unterziehen. Die Hauptsache ist, dass zu den vorhandenen Schwierigkeiten, die sich einer über den taktischen Rahmen hinausgehenden Verständigung in den Weg stellen, nicht noch innere hinzukommen. Nach Lage der Verhältnisse kann es sich hier zunächst nur um *Versuche* handeln. Aber selbst dazu gehört ein nicht geringes Mass von Einsicht in die realen Verhältnisse, gehört Geduld und viel guter Wille, und zwar auf beiden Seiten.

Die Tendenz nach links, die in den Stimmzahlen und in den Mandatziffern zu erkennen ist, auch parlamentarisch zur Geltung zu bringen ist das zunächst zu erstrebende Ziel. Das Zentrum wird alle Minen springen lassen, um es zu verhindern. Und es wird darin bei der Regierung Unterstützung finden. Diese hat sich durch ihr offiziöses Communiqué bei den Stichwahlen gegen die Linksschwenkung festgelegt. Dadurch ist die Situation wesentlich komplizierter geworden. Denn die Regierung scheint bis jetzt nicht gewillt zu sein die Konsequenzen des Wahlausfalls zu ziehen, sie glaubt an der obersten Stelle genügend Rückhalt zu besitzen, um einer eventuell sich geltend machenden Opposition die Spitze bieten zu können. In dieser Beziehung hängt alles von den Nationalliberalen ab. Das Zentrum wird vor allem versuchen die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie parlamentarisch schachmatt zu setzen, das heisst wie in der letzten Session die Politik mit den Nationalliberalen zu machen, womit sie dann gleichzeitig die Vorbereitungen für den nächsten Wahlkampf trifft. Es ist wahrscheinlich, dass das Zentrum seine bisherige Taktik, die in erster Linie auf die Schwächung der Nationalliberalen gerichtet war, nicht fortsetzen wird, wenn die Nationalliberalen sich bereit zeigen dem Zentrum zu folgen. Schon operiert die Zentrums Presse mit dem roten Schrecken, der über das Land Baden zu kommen drohe. Man spekuliert dabei vor allem auch auf die Unterstützung durch die Krone und die völlig steuerlos gewordene Regierung. Auf alle Fälle sind die Schwierigkeiten, die sich einer nach links gerichteten parlamentarischen Konstellation in den Weg stellen, nicht gering anzuschlagen. Dabei spielen die mehr formellen Fragen, die bei der Besetzung des Präsidiums sich ergeben, noch die geringste Rolle. Wenn es trotzallem gelingen sollte in Baden einmal die Probe aufs Exempel zu machen, so wäre das politisch nicht nur für Baden selbst sondern auch für andere Bundesstaaten und schliesslich für das Reich politisch von Bedeutung. Irgendwo muss endlich einmal diese Probe gemacht werden, wenn nicht auf wer weiss wie lange

Zeit hinaus alle Hoffnungen auf einen politischen Fortschritt in Deutschland Illusionen bleiben sollen. Unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Lösung des Problems, auf welcher Linie ein Zusammenarbeiten zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie möglich ist. Der Liberalismus verfügt noch über ein so starkes Kontingent von Wählern, dass man an seine gänzliche politische Ausschaltung nicht denken kann, und die Sozialdemokratie kann isoliert in absehbarer Zeit die klerikal-konservative Reaktion parlamentarisch nicht überwinden. Je länger diese Reaktion am Ruder bleibt, um so verworrener werden die Zustände. Mit blossen Erwägungen kommen wir keinen Schritt vorwärts. Es gilt einen Versuch zu machen, wenigstens dort, wo die Möglichkeit dazu vielleicht gegeben ist. Und das ist in Baden jetzt der Fall.

Seit Jahren hat unsere Partei in Baden ihre Taktik darauf eingerichtet eine Verschiebung des politischen Kurses nach links zu ermöglichen. Gegen die Sozialdemokratie ist diese selbstverständlich unmöglich; nicht minder aber auch ohne deren positive Mitwirkung. Der Liberalismus allein kann sie nicht erzwingen, dazu ist er in allen Bundesstaaten und im Reich seit langem zu schwach, er bedarf hierzu der Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Die Entscheidung darüber, ob das Experiment gelingt, liegt weit mehr bei den Nationalliberalen als bei den Sozialdemokraten. Diese haben in Baden sich schon willens und auch fähig gezeigt die Probe zu machen. Jetzt wird es von den Nationalliberalen abhängen, ob Baden wieder einmal berufen sein soll die Rolle des Musterlandes im Deutschen Reich zu spielen. Was an der Sozialdemokratie liegt das Exempel für die deutsche Politik zum guten Erfolg zu bringen, wird geschehen. Sie denkt damit nicht nur der badischen und der deutschen Sozialdemokratie sondern auch dem ganzen deutschen Volk einen Dienst zu erweisen.

GEORG GRADNAUER · NACH DEN SÄCHSISCHEN WAHLEN 1909



UR die Politik Sachsens eröffnet der Wahlausfall eine neue Ära. Er dürfte aber auch, gleich den badischen Wahlen, starke Rückwirkungen auf die politische Entwicklung in Preussen und im Reich ausüben. Die sächsischen Landtagswahlen haben alle Hoffnungen unserer Partei und alle Befürchtungen unserer Gegner weit übertroffen. Der sozialdemokratische Sieg ist gross an gewonnenen Mandaten, er ist noch grösser, wenn wir die Zahl der Wähler, die sich zu unserer Partei bekannt haben, betrachten. Die Parteien sind, bei äusserst starker Wahlbeteiligung in allen Kreisen, auf die folgenden Stimmenzahlen gekommen: die Sozialdemokraten auf 489 427, die Nationalliberalen auf 338 043, die Konservativen auf 315 159, die Freisinnigen auf 103 829 und die Antisemiten auf 25 662. Diese Ziffern aber geben nicht das wirkliche Bild der Volksstimmung, denn es sind in ihnen die Mehrstimmen, die das Pluralwahlsystem austeilt, eingerechnet. Wohl haben auch Wähler mit 3 und 4 Stimmen in nicht geringer Zahl für die Sozialdemokratie gewählt; aber im allgemeinen ist das eingetroffen, was von den Urhebern des Pluralwahlsystems beabsichtigt war, dass die *nationalen* Wähler mit 3 und 4 Stimmen bevorzugt sind.

Ohne die Stimmenhäufung hätte die Sozialdemokratie die Mehrheit der Landtagswähler gegenüber allen anderen Parteien auf sich vereinigt. Genaue

Ziffern hierüber liegen noch nicht vor, aber die Tatsache selbst ist als gewiss anzusehen. Dabei ist zu erinnern, dass sehr zahlreiche zur Reichstagswahl Berechtigte nicht in die Landtagswählerlisten Aufnahme gefunden haben. Nicht nur schliesst das Wahlgesetz diejenigen vom Wahlrecht aus, die noch nicht 2 Jahre im Besitz der Staatsangehörigkeit sind, sowie diejenigen, die noch nicht $\frac{1}{2}$ Jahr ihren Wohnsitz im Wahlbezirk haben, sondern ausserdem wurden noch viele Tausende von Wählern auf grund einer in der Eile schlecht stilisierten Gesetzesbestimmung ausgeschlossen, die jeden traf, der innerhalb der letzten 3 Jahre irgendwie mit Staats- oder Gemeindesteuern im Rückstand geblieben war. Alle diese Erschwernisse wirkten aber weitaus am meisten zu ungunsten der Sozialdemokratie. Auch der Mandatserfolg unserer Partei ist ganz ausserordentlich gross. Sie hat 15 Mandate in der Hauptwahl und 10 in den Stichwahlen gewonnen. Als im Jahr 1895 unsere Partei auf grund des 1868er Wahlrechts 14 Mandate gewann, unternahmen die Reaktionsparteien den Entrechtungsstreich; sie schufen das Dreiklassensystem, das unsere Vertretung völlig beseitigte, bis schliesslich doch nur ein einziger Sozialdemokrat in den Landtag einzudringen vermochte. Nun tritt unsere Partei, nachdem sie das Dreiklassenswahlsystem überwunden hat, trotz des neuen Pluralstimmenexperiments, mit der stattlichen Fraktion von 25 Abgeordneten unter 91 in die Kammer ein.

Das weitere bedeutsame Kennzeichen des Wahlausfalls ist der Zusammenbruch der konservativen Vorherrschaft. Der langjährige Präsident der zweiten Kammer, Dr. Mehnert, der ein typischer Vertreter der konservativen Reaktion war und im übermütigen Gebrauch der Machtstellung seiner Partei zu schwelgen sich gewöhnt hatte, ahnte wohl, dass diese Glanzzeit vorübergehe, und dass es sehr zweifelhaft sei, ob er wieder den Präsidentensessel zieren dürfe; er kandidierte nicht wieder, meldete sich krank und war nur noch gesund genug, um alsbald in die erste Kammer emporzusteigen. Manche andere konservative Parteigrösse ist gefallen, auch die beiden Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte*, die früheren Abgeordneten Andrä und Steiger; Andrä ist durch unsere Partei in der Stichwahl zu gunsten eines Nationalliberalen verdrängt worden. Die konservative Fraktion, die unter dem Dreiklassenswahlssystem im Jahre 1901 die Höchstziffer ihrer Fraktionsstärke mit 58 Abgeordneten erreicht hatte, die im letzten Landtag noch 46 Mandate von 82, also die alleinige Mehrheit, besass, ist jetzt auf 29 Abgeordnete herabgesunken, wobei ihr ein sogenannter *Reformer* zugerechnet ist. Die konservative Partei hat also nicht mehr ein Drittel der Sitze inne. Auch die neue Firma der *Mittelstandsvereinigung*, unter der die Konservativen den Wahlkampf zum grossen Teil führten, hat ihnen nicht viel genützt. In Scharen haben die kleineren und kleinsten Selbständigen sich von den Versprechungen der Partei losgesagt, die in allen Fragen, in denen wirklich und ernstlich auch den kleinen Selbständigen Erleichterungen gewährt werden können, besonders in den Steuerfragen, die Interessen auch dieser Schichten rücksichtslos vernachlässigt hat. Vollends zusammengeschrumpft ist die antisemitische *Reformpartei*; auch der Reichstagsabgeordnete Zimmermann wird in der zweiten Kammer nicht mehr mit geschwollenen Reden aufwarten, seine Niederlage im Kreis Marienberg-Zschopau dürfte ihm ein schlimmes Omen für die nächste Reichstagswahl bedeuten.

Die nationalliberale Partei hat erheblich günstiger abgeschnitten als die konservative. Aber die Hoffnungen, die sie gehegt hatte, sind auch ihr keines-

wegs erfüllt worden. Die Nationalliberalen waren die Antreiber bei der Schaffung des neuen Pluralwahlsystems. Sie erwarteten wohl im neuen Landtag eine so überwiegende Machtstellung zu erreichen, wie sie zuvor ihre konservativen Nebenbuhler besaßen. In diesen Erwartungen sind sie jedoch sehr enttäuscht worden. Sie hatten im vorigen Landtag 31 Mandate, jetzt haben sie trotz der Vermehrung der Sitze von 82 auf 91 nur 29 Sitze. Dass der Verlust dieser Partei weniger gross ist als der der Konservativen, ist einesteils darauf zurückzuführen, dass die Erbitterung der Wähler wegen der reichspolitischen Vorkommnisse die Nationalliberalen doch nicht so schwer traf wie die Konservativen; andernteils aber darauf, dass gerade in den grösseren Städten das Pluralwahlsystem in besondern Mass zu gunsten dieser Partei wirkte, weil in diesen Kreisen die Zahl der Drei- und Vierstimmenwähler ausserordentlich gross ist. Die Nationalliberalen verdanken es also in erster Linie dem ungerechten Wahlsystem, dass sie noch eine so stattliche Fraktion bekommen haben.

Der *Ruck nach links*, der diese Wahlen charakterisierte, ging vielfach auch über die Nationalliberalen hinweg und gab, abgesehen von der Sozialdemokratie, dem sächsischen Freisinn, der längst nur ein kümmerliches Dasein fristete, eine neue Stärkung. Zwar konnte der Freisinn aus eigener Kraft im ersten Wahlgang auch nicht ein einziges Mandat gewinnen; aber die Stichwahlen brachten ihm, der im vorigen Landtag nur 3 Sitze hatte, 8 Mandate.

Über die Stichwahlen ist ein besonderes Wort zu sagen, denn in ihnen spielten sich Vorgänge ab, die auch auf die Stellung der Parteien im Landtag selbst fortwirken können. Als die Hauptwahlen die schwere Niederlage der Konservativen und den grossen Sieg der Sozialdemokratie brachten, und als es sich zeigte, dass in mehr als 50 Kreisen die Sozialdemokratie bald mit dieser bald mit jener der bürgerlichen Parteien in die engere Wahl kam, wurde von den Ordnungsparteien stark in die Sammlungstrompete gestossen. Nun müssen alle nationalen Wähler zusammenhalten, erklärten Konservative und Nationalliberale. Hatten sich diese Parteien vor der Hauptwahl oft mit äusserster Erbitterung bekämpft, so traten sie in den Stichwahlen doch mit starkem Nachdruck für einander gegen die Sozialdemokratie ein. Man glaubte daher auch bei den Ordnungsparteien, dass für die Sozialdemokratie in den Stichwahlen überhaupt nichts mehr zu holen sein werde. Man vertraute fest auf die vollzählige Vereinigung aller der Wähler, die im ersten Wahlgang nicht sozialdemokratisch gewählt hatten, zu gunsten der bürgerlichen Stichwahlkandidaten, gleichgültig welcher Partei diese angehörten. Die grosse Mehrheit der nationalliberalen und konservativen Wähler folgte auch dieser Parole der Parteileitungen. Aber ein in vielen Kreisen nicht unbedeutender Teil machte doch nicht mit. In vielen Kreisen erhielt der bürgerliche Stichwahlkandidat, wenn er auch den Sieg davontrug, nicht die volle Zahl der Stimmen, die im ersten Wahlgang für beide bürgerlichen Kandidaten abgegeben waren. Noch weniger waren die freisinnigen Wähler allesamt für die rechts stehenden Stichwahlkandidaten zu haben.

Innerhalb der freisinnigen Führung war völlige Zerfahrenheit eingerissen. Die schon vorhandene Unsicherheit ist offenbar in höchstem Mass durch die von der Sozialdemokratie ausgegebene Stichwahlparole vermehrt worden, die allen ihren Gegnern höchst unangenehm erschien. Unsere Parteigenossen hatten, wie das Zentralagitationskomitee bekannt gab, nach der Hauptwahl beschlossen unseren Wählern zu empfehlen in den Stichwahlen überall gegen den schlimmsten

Reaktionär einzutreten. Die Sozialdemokraten hatten nicht viele Möglichkeiten bei den Stichwahlen den Ausschlag zu geben, sie hatten eigentlich nur in 2 Kreisen wichtige Entscheidungen in der Hand. Die Partei empfahl den Wählern des 1. städtischen Kreises (Zittau) für den Freisinn, der das allgemeine gleiche Wahlrecht vertrat, gegen den Nationalliberalen, der ein Gegner des gleichen Wahlrechts war, einzutreten. Sie empfahl aber auch den Wählern des 13. ländlichen Kreises (Dippoldiswalde-Land) für den Nationalliberalen einzutreten, um den Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte* Andrá niederzustrecken. Ihre Stichwahlparole hat auch in den genannten Fällen die gewünschte Wirkung vollständig erzielt. Diese Parole aber, die aus der gesamten Situation geboren war und einhellig von den Vertrauensmännern der Partei beschlossen war, bewirkte grosse Verwirrung im freisinnigen Lager und lebhaftere Beunruhigung bei den anderen *Ordnungsparteien*. Die Leitung der freisinnigen Partei lehnte nunmehr eine allgemeine Stichwahlparole ab und überliess es den einzelnen Kreisen selbständige Entscheidungen zwischen sozialdemokratischen und rechts stehenden Kandidaten zu treffen. In dieser Situation glaubte der Reichstags-abgeordnete Günther sich mit seinen Blockfreunden von gestern neu befreunden zu müssen. Er gab die *persönliche Parole* heraus, dass die Freisinnigen für die *nationalen* Kandidaten, also auch für Konservative und Antisemiten stimmen sollten. Darob wieder heftige Polemik gegen Günther in verschiedenen Freisinnblättern. Die Freisinnigen der Lausitz beschlossen für die Sozialdemokratie einzutreten, wo ein Konservativer als Gegenkandidat in Frage kam, und, wo ein Nationalliberaler einem Sozialdemokraten gegenüberstand, den Wählern die Entscheidung zu überlassen, was gleichfalls eine gewisse Unterstützung der Sozialdemokratie bedeutete. Schliesslich haben sogar in einigen anderen Kreisen, wo die örtliche freisinnige Leitung für nationalliberale und konservative Kandidaturen die Losung ausgab, die Wähler sich an diese Losung nicht gekehrt; so im 42. ländlichen Kreis (Eibenstock-Land), wo der bisherige Abgeordnete Edler von Querfurth, ein konservativer Agrarier und Vertreter des Grubenkapitals zugleich, zu Fall gebracht und der sozialdemokratische Kandidat gewählt wurde.

Nun ist für die sächsische Landespolitik eine neue Periode angebrochen. Jede der bürgerlichen Parteien wird sich in neue, bisher ungewohnte Verhältnisse einleben müssen. Aber auch die Sozialdemokratie steht vor einer ganz neuen und, wie wir uns nicht zu verhehlen brauchen, nicht leichten Situation. Unsere Partei ist für die tapferen und opferreichen Wahlrechtskämpfe, die sie seit Einführung des Klassenwahlsystems geführt hat, jetzt reichlich belohnt. Sie hat das Dreiklassenwahlsystem in die Rumpelkammer der Geschichte gewiesen, und sie hat trotz des neuen Pluralstimmrechts — wenn freilich auch sehr begünstigt durch die erregenden Ereignisse der Reichspolitik — in einem einzigen Wahlfeldzug eine so starke Fraktion in der gesetzgebenden Körperschaft gewonnen wie sie kein anderer Einzelstaat in einem so günstigen Verhältnis zu den anderen Parteien aufzuweisen hat. Mit diesen Erfolgen, auf grund dieser bedeutenden parlamentarischen Position erwachsen aber auch unseren Vertretern im Landtag neue, schwere Aufgaben.

Das eine schon unterscheidet die neue Situation von den früheren Verhältnissen in der zweiten sächsischen Kammer: Früher sind die sozialdemokratischen Abgeordneten von der Mitarbeit in den Deputationen, wie hier die Kommissionen

heissen, kurzerhand ausgeschlossen worden. Jetzt ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie in alle Deputationen der Fraktionsstärke entsprechend eintreten werden. Jener einstige ebenso brutale wie törichte Ausschluss aus den Deputationen musste dazu führen, dass unsere Vertreter, da ihnen die Mitwirkung an der Ausgestaltung der Gesetzentwürfe unmöglich gemacht war, lediglich eine späte und aussichtslose Kritik an den von den anderen Parteien fertig gestellten Gesetzen üben konnten. So wurden unsere Abgeordneten gezwungen ihre Reden in besonderm Mass nach aussen zu richten. Dem Abgeordneten Goldstein ist dann der Eintritt in die Deputation nicht mehr verwehrt worden, und er hat sich in aufreibender Tätigkeit an diesen Arbeiten beteiligt, soweit es einem einzelnen überhaupt möglich war. Jetzt wird eine stattliche Zahl unserer Abgeordneten in den Deputationen arbeiten, und unsere Fraktion vermag sachlichen Einfluss auf alle gesetzgeberischen Akte bis in die Details zu gewinnen.

Wie aber werden die Parteien im neuen Landtag sich zu einander stellen? Die zweite Kammer besteht aus 3 fast gleich starken Parteien von 25 bis 29 Abgeordneten, dazu aus der kleinern freisinnigen Gruppe. Eine Mehrheitsbildung ist nur durch das Zusammengehen von wenigstens 2 der grossen Fraktionen möglich. Wenn wir uns die bisherige Geschichte der bürgerlichen Parteien in Sachsen, diesem klassischen Land der Kartell- und der konservativ-liberalen Blockpolitik vergegenwärtigen, dann mag allerdings am ehesten damit gerechnet werden müssen, dass Konservative und Nationalliberale Anschluss an einander suchen und finden werden. Auf dieses Ziel steuern schon jetzt eifrig die Konservativen, deren Verdruss über die nationalliberalen Schärfen im Wahlkampf schnell vor dem Hass gegen die Sozialdemokratie zurückweicht. Ein im *Ordnungslager* noch immerhin einflussreiche Blatt, die *Dresdener Nachrichten*, das von jeher darauf ausging die Liberalen vermittelt der Kartellpolitik an die konservative Kandare zu nehmen, mahnt schon jetzt »die beiden grossen bürgerlichen Parteien sich wieder fest an einander zu schliessen und das Banner der bürgerlichen und nationalen Sache in Sachsen gemeinsam hochzuhalten«. Das selbe Blatt beschwört die Regierung das schlimme Wahlergebnis nicht »schlechthin hinzunehmen« und nicht die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Arbeiten des Landtags ruhig abzuwarten sondern alsbald schroffe Kampfansage gegen die »Umsturzpartei« ergehen zu lassen. Das konservative Blatt zeigt ferner schon jetzt nur zu deutlich seinen Wunsch, dass die Sozialdemokratie »oft genug der Versuchung unterliegen werde aus dem Recht mit Anträgen und Interpellationen vorzugehen einen parlamentarischen Unfug zu machen«. Die sozialdemokratische Fraktion wird es sich selbstverständlich nicht nehmen lassen wichtige politische Angelegenheiten auf die Tagesordnung zu bringen, und sie wird den konservativen Vorwurf *parlamentarischen Unfugs* von vornherein als leicht erträglich ansehen. Aber sie wird sich sicherlich auch im neuen sächsischen Landtag einer so sachlichen Haltung befleißigen, dass es ihren politischen Feinden schwer fallen soll mit dem Gespenst des *parlamentarischen Unfugs* die Leute zu erschrecken.

Auch bei den Nationalliberalen sind ohne Zweifel starke Neigungen vorhanden mit den Konservativen in der parlamentarischen Tätigkeit ebenso zusammenzuwirken wie sie in den Stichwahlen sich mit ihnen verbündet haben. Andererseits können sich die Liberalen nicht verhehlen, dass sie durch die Annäherung an die Konservativen in sehr schlechte Situationen geraten würden. Den

KARL LEUTHNER · DER ENTBLÄTTERTE DREIBUND

NACH der Reise des Zaren nach Racconigi, und als ihre Ergebnisse von Tag zu Tag deutlicher hervortraten, haben zwei Gruppen von Publizisten, die sonst nicht viel Gemeinschaft mit einander pflegen, den Kopf in den Sand gesteckt: die Berliner und Wiener Offiziösen und jene überaus gutmütigen Menschen, die offenbar aus tiefster Überzeugung seit manchem Jahr über den Text predigen, dass die grossen Machtgruppierungen der internationalen Politik ausschliesslich von den Sympathieen und Antipathieen des Fortschritts und der Reaktion gelenkt werden, dass die Mächte des Westens und der vielberufenen *alten Kultur* niederziehende Lasten der Kriegsrüstung willig auf die Schultern nehmen, um dereinst die Freiheit auf den Spitzen der Bajonette nach dem Osten zu tragen und aus Geschützen letzter und kostspieligster Konstruktion in die chinesische Mauer Mitteleuropas Bresche zu schiessen. Und weil es diesmal doch nicht anging völlig zu schweigen, so versicherten die Offiziösen, Iswolskij habe bloss einen Scheinerfolg errungen, und führten zum Beweis dessen gleichfalls offiziöse römische Auslassungen an, in denen die Existenz des Dreibunds gnädig anerkannt wird. Jene überaus Gutmütigen aber begnügten sich damit die polizeilichen Vorkehrungen für die Zarenreise ironisierend zu schildern und dem Hängezaren bei guter Gelegenheit wieder einmal sein Sündenregister vorzuhalten. So wahr es nun ist, dass unter Nikolaj II. mehr Blut fliessen und schamloser Spitzeltaten vollbracht werden als unter irgend einem seiner Vorgänger, so wahr ist es auch, dass sich die älteste Kulturnation jubelnd vor den Triumphwagen des bluttriefenden Despoten gespannt hat, dass die unerbittlichsten italienischen Republikaner, noch rauchend vor Entrüstung über den Tod Ferrers, mit begeistertsten Huldigungen dem gekrönten Massenmörder nahten, dass die französische Republik sich glücklich schätzte Nikolaj auf seiner Rückreise begrüßen zu dürfen, und die englische Presse, die jedes Greulchen sonst geschäftig auszunützen weiss, in den Preisgesang der russisch-italienischen Freundschaft volltönend einstimmte. Die Galgen in Warschau, in Odessa, Sibirien und die administrativen Füselerungen scheinen die westeuropäische Humanität nicht besonders schmerzlich zu berühren; das sonst so lebhafteste Bedürfnis nach Entrüstungsschaustücken schweigt sofort, wenn es gilt mit den Häuptern der russischen Konterrevolution den Bund der Liebe enger zu flechten. Gleichwohl werden sich die Verbündeten des Zaren nicht nehmen lassen die Deutschen trotz der $3\frac{1}{4}$ Millionen Sozialdemokraten und der *Simplizissimus*stimmung für ein Volk der schweigenden Subordination zu halten, und republikanische Blätter Italiens haben unter den verhimmelnden Dithyramben auf Nikolaj II. «die vom Unterschreiben der Todesurteile müden Hände» Franz Josefs gehöhnt, als zählten wir 1849 statt 1909, als wären das allgemeine und gleiche Wahlrecht und die von der Regierung unbeeinflussten Wahlen nicht in Österreich sondern in Süditalien und Sizilien heimatberechtigt.

Das sind Lehren, die in die Ohren schreien. Doch hoffe niemand, dass diejenigen, die es am nötigsten hätten, darauf hören werden. Seit zwei Jahrzehnten ist der französische Freiheitsbaum neben dem russischen Galgenholz eingepflanzt: Hat sich darum der Glaube an seine erlösende Kraft vermindert? Die Tage von Racconigi werden nichts ändern. Nur für die wenigen, die

Tatsachen zu sehen vermögen, darf man versuchen in aller Kürze seine Ergebnisse zusammenzufassen. Zunächst: Sie bieten nichts Überraschendes. Seit reichlich 10 Jahren ist der Dreibund nur noch eine konventionelle Lüge. Überall, wo eine internationale Frage die europäischen Kabinette scheidet, nimmt Italien gegen die Zentralmächte Stellung, in Kreta wie in Algeciras, bei der Frage der Sandschakbahn wie in den Gefahren und Peripetieen des serbischen Konflikts. Der Vierbund der mit dem autokratischen Russland innig gesellten Mächte des Westens und Südens, wie er in Racconigi mit plastischer Deutlichkeit hervortrat, zeichnete sich skizzenhaft schon in den diplomatischen Aktionen für Kreta. Seit dem Tag, da Visconti-Venosta die freundschaftliche Entente mit Frankreich herstellte, glaubt kein zurechnungsfähiger Mensch mehr an die Möglichkeit, dass Italien bei einem bewaffneten Konflikt auf der Seite seiner Verbündeten erscheinen könnte; seit 4 Jahren ist es unverkennbar, dass alle militärischen Rüstungen und Vorkehrungen Italiens nur noch der Nordostgrenze gelten, dass Italien nur noch einen Feind kennt: seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn. Die Italiener haben sich kaum die Mühe gegeben ihre Stimmungen und Absichten zu verschleiern. Es sind längst nicht mehr die *Italianissimi* und die Irredentisten allein, die von der Wiedereinigung mit den *unverlösten Brüdern* in Welschtirol und Triest reden und schreiben, die Alleinherrschaft Italiens auf *unserm Meer*, auf der Adria, und die wirtschaftliche und politische Besitzergreifung *des andern Ufers*, nämlich Albaniens, in Anspruch nehmen. Die Regierungsblätter führen, nur vorsichtiger, die gleiche Sprache. Und wenn man die Reihe der Staatsmänner überfliegt, die als Minister des Äußern und Staatssekretäre die Politik Italiens in den letzten 10 Jahren leiteten, so findet man mit charakteristischem Wirken im Vordergrund Männer wie Prinetti, De Martino, Giucciardini, San Giuliano, die sich den Weg zur Höhe durch dreibundfeindliche Reden und Schriften gebahnt hatten. Als offizielle Vertreter ihres Landes fanden dann freilich die meisten von ihnen auch die offizielle Korrektheit der Form, und niemand handhabt sie virtuoser als der jetzige Minister des Äußern, Tittoni, der sogar in den flammenvollen Tagen der Annexionskrise eine Advokatenrede für den Dreibund zu stande brachte, als aus dem Mund Fortis' die Stimme Italiens so einmütig laut und drohend sprach. Allein dieser *letzte Freund des Dreibunds* hat jetzt gemeinsam mit Iswolskij die Reise des Zaren um Österreich nach Racconigi, die offene Brückierung des Bundesgenossen arrangiert und Russland die ersuchte Gelegenheit zur Rache geboten. Er mag sich übrigens darauf berufen, dass vor ihm mehr und noch Deutlicheres gewagt wurde. Die Szene, die sich vor 4 Jahren in Udine abspielte, als Triester Ausflügler mit Trauerfahnen an den Fenstern der königlichen Wohnung vorüberzogen, und Vittorio Emanuele auf dem Balkon trat die Demonstranten zu begrüßen, war in jedem Sinn noch zweideutiger als das Fest der Liebe von Racconigi.

Man könnte fragen, weshalb unter solchen Verhältnissen, nach solchen Ver-
 komnissen — zumal seit dem Marokkokonflikt auch die Rücksicht auf
 Deutschland gefallen ist — die Zentralmächte den täuschenden Schein des
 Dreibunds dulden, wüsste man nicht, dass in Berlin wie in Wien die Diplo-
 matie seit langer Zeit nur noch eine Kunst der Dekorationen, ein flinkes und
 grelles Kulissenmalen ist. Dient der Bund Italien dazu sich auf seine letzten
 Zwecke und Ziele in ungefährdeter Ruhe zu rüsten und eine bedenkenlose

Demagogie walten zu lassen, weil es augenblicklichen schlimmen Folgen besonders auffälliger Demonstrationen durch nachträgliche freundschaftliche Aussprachen an den verbündeten Höfen ausbeugen kann, so gereicht er doch auch, zwar Österreich und Deutschland zu Gefahr und zu Schaden, jedoch den österreichischen und deutschen Staatskünstlern insofern zur Annehmlichkeit als sie hinter der spanischen Wand des kriegheckenden Friedensbündnisses leichter zu verbergen vermögen, wie nackt und bloss in all der Armseligkeit lärmender Reden und Aktionen wir dastehen. Das römische Kabinett nimmt die Stunde wahr. Die Italiener wissen, dass sie der vielleicht geringern Feldtchtigkeit ihrer Truppen ein Gegengewicht nur in dem einhelligen, kraftvoll verbindenden und erhebenden Gefühl eines grossen nationalen Ziels, das jeder wie sein persönliches Wohl und Wehe empfindet, leihen können. Und das haben sie nahezu erreicht. Der *Austriaco*, der *Tedesco* ist der Feind; geht es einmal los, geht es gegen ihn: das weiss der geringste im Volk. Man sollte diesen Erfolg nicht geringschätzen und im Zusammenhang damit nicht gar zu hoffärtig von dem *Scheinsieg* Iswolskijs reden. Dass die Reise nach Racconigi die unzulänglichen Rüstungen Italiens und das zerrüttete Gefüge der russischen Armee nicht zu ersetzen und zu heilen vermag, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wäre übrigens ein kriegerischer Konflikt die Absicht der nächsten Zeit, so hätte Nikolaj Reise und Liebeswerben sparen können: Kommt irgendwo die Donaumonarchie ins Gedränge, so fliegen in Italien die Säbel von selbst aus der Scheide. Auch die Reise darf nur als vorbereitende Handlung gewertet werden. Dass sie in Italien die dreibundfeindlichen Tendenzen kräftigt und ernuntert, ist noch das Geringste und beinahe schon überflüssig. Dass sie die von Italien zu den Balkanstaaten spielenden Fäden verdichtet, ist schon bedeutungsvoller. Besonders wichtig ist aber, dass sie die englische Einkesselungspolitik am entscheidenden Punkt ergänzt. Das Spinnwebgewebe der Edwardschen Allianzen hing an einem Nagel, dem englischen Interesse entsprachen in Russland mehr Stimmungen und in Frankreich Erinnerungen. Indem der österreichisch-italienische Gegensatz in den Aufgabenkreis der Allianz einbezogen wird, erhält diese nicht nur in dem Interesse Italiens und in den Balkanaspirationen Russlands und der Südslawen neue Stützpunkte, sondern es wird auch Frankreich schwerer die reservierte Haltung wie bisher zu wahren. War es doch das Pariser Kabinett, das Italien, um es Tunis und Tripolis und das westliche Mittelmeerbecken vergessen zu machen, schlau und vordenkend nach der Adria und nach Albanien hinlenkte, verliert doch die Friedenspolitik in Frankreich seinen stärksten Rückhalt, wenn das Phantasiebild eines formidablen Vierbunds, mag es mit seiner realen Macht wie immer beschaffen sein, die nach dem Tag von Tschusima fast erloschenen Hoffnungen von neuem entfacht. Der Hinweis auf den Ausgang des serbischen Konflikts bei gleicher Konstellation, die sehr triftigen Zweifel an der Fähigkeit der Balkanstaaten den Iswolskijschen Balkanbund zu schliessen, und die Hoffnungen auf Japan, das sich von neuem zu regen scheint, widerlegen nichts, wenn die Frage nach diplomatischem Erfolg und Misserfolg steht. Denn eine Diplomatie, die nicht weiter reicht als die Furcht vor dem sie deckenden Heer, möchte am besten ihre Geschäfte dem Generalstab überlassen. Und das übrige sind Glücksfälle: niemand weiss vorher, wie das Los fallen wird. Hätte der sonst gewiss nicht imponierende Iswolskij auch bloss das erzielt, dass er, der vor kurzem in Paris und London fast nur Hohn fand,

dort heute wieder als ein Mann erscheint, der mit seiner italienischen Entente etwas zu bieten hat, so hat er in der Partie schon einen starken Trumpf gegen die Zentralmächte ausgespielt und den Annexionstriumph, der doch, was den Ertrag anlangt, auch zum guten Teil Schein war, zur Hälfte kompensiert.

Nun aber ist das Merkwürdigste, dass trotz der Fortdauer des offiziellen Bündnisses der österreichisch-italienische Gegensatz als etwas Selbstverständliches und als eine Kriegsdrohung der Zukunft, durchaus so, wenn nicht noch schärfer als der englisch-deutsche oder der deutsch-französische empfunden wird. Dabei stehen fast ausnahmslos die Sympathieen auf der Seite Italiens. Doch wäre es ein schwerer Irrtum diese Vorentscheidung des Rechtsgefühls auf die herzenlenkende Macht und allanerkannte Geltung des nationalen Prinzips zurückzuführen. Das allgemeine Rechtsempfinden, das Kulturgewissen Europas, oder wie sonst noch die höchste Appellationsinstanz der ruhigen und ordentlichen Weltbürger heissen mag, schert sich keinen Deut um die nationale Existenz der Italiener auf Korsika oder Malta und erkennt mit grosser Mehrheit der Stimmen, dass die urdeutschen Elsässer mitsamt ihren Kaiserpfalzen und dem Münster rechtswidrig entäussertes Eigen der französischen Nation sind und nur durch die Herrschaft der französischen Sprache in Schule und öffentlichem Leben zum reinen und adäquaten Ausdruck ihrer ursprünglichen und eingeborenen Art gelangen könnten. Besagtes Rechts- und Kulturgewissen ist nämlich, bei aller Verehrung, die ihm zugetragen wird, der bestimmbarste Richterstuhl der Welt. Es beugt sich gern vor der Gewalt und noch lieber vor der Demagogie. Unwiderstehlich aber ist vor ihm stets das Rechtsmittel des allgemeinen, einstimmigen und andauernden Geschreis. Weil nun die Italiener ausnahmslos wie aus einem Mund und seit Jahrzehnten ununterbrochen nach dem Trentino und nach Triest schreien, deshalb ist ihre Rechtsfrage vor den sittlichen Überzeugungen Europas entschieden, und weil sie ebenso ausnahmslos und wie aus einem Mund, obwohl erst seit einigen Jahren, die Alleinherrschaft auf der Adria und den Besitz des *andern Ufers* als eine unentbehrliche Bedingung ihrer Existenz ausgeben, deshalb ist auch dies mindestens für halb Europa, nämlich für das romanische, englische und russische, eine nahezu entschiedene Sache, obschon ein Blick auf die Karte lehrt, dass die Adria den einzigen Zugang zum südlichen Meer für die Völker Mitteleuropas bildet, und die Küstenentwicklung wie der Gang des Wirtschaftslebens das Schwergewicht der italienischen Interessen nach dem westlichen Mittelmeerbecken verlegt. Überhaupt schreien Franzosen, Italiener und Engländer bei jeder Sache, die sie gern haben möchten, einmütig, mit ethischem Pathos und unausgesetzt, haben also meistens recht. Die Deutschen aber, die niemals einmütig sind, haben ebenso oft unrecht. Und es ist auch für den Kenner der europäischen Seele gar nicht so verwunderlich, dass sie allgemein in dem Verdacht der abscheulichsten Dränge stehen, des *Drangs nach dem Osten* zum Beispiel oder des Plans von der Luft aus Mesopotamien und den Persischen Golf zu annektieren; denn es wird sich jedesmal eine ansehnliche Zahl sehr gewichtiger Zeugen in deutschen Landen finden, die einen solchen Verdacht mit guten Gründen zu erhärten gern bereit sind. Dahingegen unterdrücken, unterwerfen, erobern Franzosen, Italiener und Engländer niemals, sie penetrieren bloss friedlich und verbreiten Kultur: sagen sie es doch selbst einhellig, ununterbrochen und ohne Widerspruch oder gegenteiliges Zeugnis irgend eines beachtenswerten Teils ihrer öffentlich Redenden und Schreibenden.

Allen braven Leuten muss es grossen Schmerz bereiten zu erfahren, dass das Recht, wie es vor dem internationalen Richterstuhl geschöpft wird, in der Regel bloss das Echo des lautesten nationalen Unrechts ist. Allein Probleme der auswärtigen Politik überhaupt und das italienische Problem insbesondere sind für die braven Leute nicht geschaffen. Denn diese hegen sicherlich die Überzeugung, dass Volkssplitter, die aus geographischen oder geschichtlichen Gründen in einem grössern fremden Volksganzen eingeschlossen sind, dann treu zu dem volksfremden Staat halten, wenn ihre nationalen und wirtschaftlichen Rechte sorgfältig geachtet werden. Werden sie dagegen verletzt, so lebt nicht bloss in dem abgetrennten Volksteil eine Abfallsbewegung auf, sondern Solidaritätsgefühl von Mitleid beschwingt erweckt zugleich die Irredenta bei den Volksgenossen des Auslands. Und das ist nicht nur brav gedacht sondern auch vernünftig und oftmals zutreffend. Die *gesta dei per Italicos* lehren jedoch gleichwohl das strikte Gegenteil. Die Italiener auf Korsika und in Nizza werden eifrig französiert, soweit sie das nicht sogar selbst tun, und auf Malta hat die englische Regierung die Rechte der italienischen Sprache völlig bei Seite geschoben.¹⁾ Im Sinn des italienischen Nationalismus gelten indes weder die einen noch die anderen als *unerlöste Brüder*, und zwar macht es da keinen Unterschied, ob sie wie die Korsikaner den Anschluss an die fremde Nation selbst suchen oder wie die Malteser und wie die Italiener in Tunis die Benachteiligung ihrer Sprache schwer tragen; höchstens, dass ein oder das andere Mal ein römisches oder Mailänder Blatt in weinerlichem Ton den Engländern leise Vorhaltungen macht. Unerlöst, unterdrückt, ihrer Rechte beraubt sind nach dem irredentistischen Kodex überhaupt nur die Italiener in Österreich; und doch haben diese nicht bloss von je und je alle sprachlichen Rechte besessen und frei ausgeübt, sie nehmen sogar in einem Teil des von ihnen bewohnten Gebiets, in Triest, Görz und Gradiska, eine unzweifelhafte Vorzugsstellung ein. Österreich kennt heute überhaupt — die Ruthenen allenfalls ausgenommen — keine in ihren sprachlichen Rechten benachteiligten Völker; aber die Italiener hatten es ebenso wie die Polen niemals nötig, um die sprachliche Gleichberechtigung zu ringen. Ja, wenn es in Österreich jemals herrschende Völker gab, was nur bedingungsweise gilt, so hat die Verfassung in ihrer ursprünglichen Form den Italienern ebenso wie den Deutschen und Polen gewisse Privilegien eingeräumt, und wie etwa in Mähren bis vor kurzem die deutsche Minderheit dank der Wahlordnung eine herrschende Stellung besass, so früher die Italiener in Görz und Gradiska. An einem Punkt und zwar an dem wichtigsten, in Triest, nehmen die Italiener eine ganz vergleichslose Position ein, indem die mitten im slawischen Land gelegene italienische Stadt als reichsunmittelbar aus dem Landesverband herausgehoben. und dem italienischen Teil der Einwohner auch bei Zunahme der slawischen Einwanderung durch das Wahlrecht die Vorherrschaft auf absehbare Zeiten gesichert ist. Und was Welschtirol anlangt, so haben früher die Slawen stets auf die günstige Lage der Italiener exemplifiziert. Dennoch neigt der weit

¹⁾ Auf Samoa und auch anderwärts in deutschen Kolonien beherrschen und verwenden die deutschen Beamten die englische Sprache, weil frühere Zustände dort dieser eine gewisse Verbreitung gegeben haben. In Tunis war bei der Okkupation alles Europäische und aller Verkehr mit den Europäern italienisch, besteht auch heute noch die ungeheure Mehrheit der Kolonisten aus Italienern. Für die französischen Eroberer war dies indes nur der Anlass den Gebrauch der französischen Sprache überall mit besonderm Nachdruck durchzusetzen. Die Franzosen wissen, dass es kein stärkeres Band des Zusammenhangs gibt als die Sprache und fühlen nicht den Beruf in sich ihre Kolonien für den Heimfall an eine fremde Macht zu organisieren.

überwiegende Teil des italienischen Bürgertums in Österreich mit seinen Sympathieen dem *Königreich* zu und ist in wechselnden Graden irredentistisch gesinnt, dennoch gelten die Österreich-Italiener wie bei ihren Volksgenossen so in aller Welt als unterjocht und ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt.

Nun wird darum noch niemand die Politik der nationalen Gerechtigkeit verwerfen wollen. Aber offenbar wirkt eine andere, weit stärkere Tendenz im entgegengesetzten Sinn. Jeder getrennte Volksteil sucht seine Heimat, und das ist am Ende sein gutes Recht, das durch keinen Zwang der Staatszugehörigkeit beseitigt werden kann. Allein, wenn aus der Sehnsucht eine innen und aussen organisierte Abfallbewegung entstehen soll, müssen noch andere Momente hinzutreten. Auch in der Politik gilt, wie im Geschäftsleben, dass man nicht nach dem gerechtfertigsten sondern nach dem erreichbaren Gewinn ausgeht. Die äussere Unversehrbarkeit eines Staats wird durch seine Wehrkraft verbürgt, erlebt seine Probe also nur im Krieg. In den friedlichen Zwischenzeiten vor den grossen Schicksalsentscheidungen der Geschichte wirkt das, was man die innere Unversehrbarkeit, die innere Integrität eines Staats nennen könnte, nämlich die herrschende Vorstellung von der Festigkeit des Zusammenhalts seiner Teile. Es gibt Völker, wie die Franzosen, bei denen ein unzerbrechliches Nationalgefühl alle Teile des Reichs, zuletzt auch die national nicht homogenen, in einen ewigen Verband zu schliessen scheint, dergestalt, dass nicht einmal der Gedanke aufkommt, es könnte ein abgetrenntes Stück des französischen Gebiets einem fremden Staatsgebilde assimilierbar sein. Frankreich bietet sonach dank dem intensiven Nationalismus der Franzosen keinerlei Objekt und Ziel für Eroberungspläne und Abfallsbewegungen. Umgekehrt verursacht die Geschichte und das ungemein schwache Nationalgefühl der Deutschen, dass man, wenn auch wahrscheinlich irrigerweise, den Zusammenhalt der Teile des Deutschen Reichs für weit lockerer hält als der Frankreichs, Englands und Italiens und demnach mit der Möglichkeit rechnet, dass sich deutsche Gebiete bei der vorausgesetzten Schwäche des nationalen Selbstbewusstseins der Fremdherrschaft beugen würden. Deshalb bilden Elsass-Lothringen für die Franzosen, Ostpreussen für Russland, ja selbst für das erhoffte Zukunftsreich der Polen das deutsche Danzig Objekte von Eroberungsplänen oder, vielleicht besser ausgedrückt, Eroberungsträumen. Österreich-Ungarn vollends, dieses Völkerkonglomerat, dieser Doppelstaat ohne die ideellen Bande der Volkseinheit, bietet der mit der Landkarte Europas spielenden Phantasie, die eine der wichtigsten erregenden Kräfte nicht nur der Volksbewegungen sondern auch der Staatspolitik ist, den bevorzugten Schauplatz. Wie Jahrhunderte hindurch die Zerstückelung des Deutschen Reichs es zur Bühne und zum Opfer endloser Raubkriege machte, so hat die Nachwirkung jener staatlichen Zersplitterung, das schwache Selbstgefühl des deutschen Volks, zur Folge, dass Deutschland der starken Friedensbürgschaften entbehrt, die Frankreich in seiner ideellen Unversehrbarkeit besitzt, die aber andererseits Österreich-Ungarn bei seiner buntscheckigen Zusammensetzung niemals besitzen wird; denn jedes andere Band als das nationale — zumal aber das bloss dynastische — erscheint in unserer demokratischen Zeit kraftlos und ephemere.

Wie in diesem Fall, so scheint auch sonst das italienische Problem ganz besonders geschaffen die Wahrheit des Satzes darzutun, dass die Bewegungen der internationalen Politik ihre Erklärung in dem grossen Machtstreit der

Staaten und Völker suchen, in den Traditionen der Staatspolitik, in Ereignissen, die zu entscheidender Stunde im Geflecht aller Beziehungen die Richtung des Handelns eines Volks — und oft im Widerspruch zu geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen — auf längere Zeit festlegen: während wirtschaftsgeschichtliche Deutungen meist nur eine Komponente des Geschehens ergreifen, und die ethische Betrachtung nur in Worten kramt. Die Einigung Italiens musste nach den unabänderlichen Gesetzen der geographischen Lage wie nach den geschichtlich gegebenen Ansprüchen des Volks die Idee der Herrschaft oder Mitherrschaft im Mittelländischen Meer gebären. Die Küstengestaltung drängt Italien wie in den Tagen Roms nach dem westlichen Becken des Mittelmeers; die Glanzzeit Venedigs bildet in der Geschichte des italienischen Festlands die einzige Ausnahme. Aber was sehen wir nun? Während das rasche Aufblühen einer gewaltigen Industrie im Nordwesten und die Vermehrung der internationalen Schienenwege durch die Schweiz diese wirtschaftsgeographischen Tendenzen aufs höchste verstärkt haben, während Genua Marseille zu überflügeln beginnt, alle Häfen des Westens sprungartig empor-schnellen, Venedig hingegen trotz aller Mühe und Sorge in seiner Lähmung verharret, Brindisi und Rimini kaum ihre frühere Bedeutung wiedererlangen, während wachsende Ausfuhr und Auswanderung nach Übersee die Schifffahrtslinien im Westen verdichten und die Seeinteressen im Tyrrhenischen Meer unendlich vervielfachen, und die Vorherrschaft der Westküste über die Ostküste besonders darin markant hervorspringt, dass auch so gut wie alle Verbindungen nach dem Orient in westlichen Häfen anknüpfen: wendet sich im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot der wirtschaftlichen Notwendigkeiten die ganze staatliche und maritime Machtpolitik dem stillen Adriatischen Meer zu. Genua kämpft seinen weltgeschichtlichen Wettkampf mit den Südhäfen Frankreichs, und von den Theatern, von den Tribünen erdröhnt von hunderttausendstimmigem Echo begleitet das Schlagwort des *Mare nostrum*, in Livorno, in dem gegen Frankreich erbauten Seeplatz, rüstet man zum Krieg auf der Adria.

Dieser scheinbar absurde Widerspruch löst sich doch sehr leicht, wenn man sich nur einmal entschliesst die mit der orthodox-ökonomischen Anschauungsweise meist verbundene und sie oft am sichersten fundierende Totalabstinz von der Erkenntnis historischer Tatsachen zu brechen. Italien lag am Ende der siebziger Jahre der Weg offen die Mitherrschaft im Mittelländischen Meer zu erringen. Aus natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen hervorgegangen hatte eine starke Auswanderung sizilischer Händler und Arbeiter in Tunis der politischen Besitzergreifung die ökonomische Basis vorgebaut. War aber der andere Brückenkopf der für Italien wichtigsten Strasse des Mittelmeers in seinen Händen, so musste es im westlichen Becken zum ebenbürtigen Nebenbuhler Frankreichs emporsteigen. Auch die Gunst des Augenblicks überredete zur Tat, der sich damals und noch lange nachher alles Sehnen zuwandte. Andrassy und Bismarck hatten auf dem Berliner Kongress die italienischen Staatsmänner aufgefordert den entscheidenden Schritt zu wagen. Die Anlehnung an die in den siebziger Jahren übermächtigen Zentralmächte, die Furcht Frankreichs vor dem siegreichen Gegner nahmen dem Entschluss alles Bedenkliche. Dennoch wurde er nicht gefasst. Die italienischen Staatslenker konnten sich von der Vorstellung der französischen Superiorität, wie sie der Gang der Geschichte bei allen Italienern, zumal aber im savoyisch-piemonte-

sischen Kernstaat befestigt hatte, nicht frei machen, die von Cavour aufs höchste ausgebildete Tradition fand keinen Cavours würdigen Nachfolger, der sie durchbrochen und durch eine zeitgemässe ersetzt hätte. Die überlieferte savoyische Staatspolitik, die Italien geeinigt hatte, zeigte sich — gerade weil sie sich treu blieb — ebenso wie schon in dem Schwanken während des Feldzugs 1870-1871 unfähig die erste grosse Aufgabe des einigen Italiens aus dessen neuem, noch nicht voll begriffenen Gesamtinteresse, nach dessen noch nicht voll erfasster, neuer Weltstellung zu vollführen.

Der Meisterstreich Ferrys, die Besetzung Tunis', warf mit einem Schlag Italien aus der wichtigsten Position des westlichen Beckens heraus und drängte in der ersten Betäubung der Angst und Wut die römischen Staatsmänner unter den Schutz der Zentralmächte. Indes wirkte die Mittelmeeridee notwendig fort und suchte, da sie den Boden der Verwirklichung verloren hatte, während Biserta als französische Trutzburg an der afrikanischen Küste emporstieg, ein phantastisches Ziel im Roten Meer. Der Plan den Schlüssel des Mittelmeers in Erythrea zu fassen, verständlich in der Gesamtkonzeption einer Weltpolitik englischen Zuschnitts, war sinnlos in dem beschränkten Rahmen der italienischen Mittelmeerpolitik und fand bei Adua seinen unausbleiblichen, lächerlich-traurigen Abschluss. Der Tag von Adua, das Erwachen aus einem Fiebertraum, war zugleich der Anfang vom Ende des Dreibunds. Nun hatte der maritime Drang der Italiener nur noch eine Bahn offen: die nach dem Adriatischen Meer, wo sie keinen Schritt tun konnten, ohne mit den Lebensinteressen des österreichischen Bundesgenossen zusammenzustossen. Es wurde dem freundlich sich nähernden Frankreich nicht schwer Italien, um es von Afrika vollständig abzulenken, in Albanien ein neues Expansionsgebiet zu weisen. Aus dem Schmerz so vieler Enttäuschungen und Niederlagen erhob sich tröstend, hoffnungsvoll der Ruf des *Mare nostrum*, über die Bedingungen der Wirklichkeit hinweg suchte und fand die Phantasie eine Anknüpfung an die glorreichen Reminiszzenzen Venedigs, als ob das geeinigte Italien ebenso vorzugsweise ein Adriastaat wäre wie Venedig ausschliesslich eine Adriastadt war. Dies alles jedoch um so leichter als das Einstellen der Politik auf das Adriatische Meer, die Wiederherstellung der alten Freundschaft der lateinischen Schwesternationen mit den kraftvoll fortdauernden Erinnerungen der Einigungskriege fortwirkten, die Österreich als den Erbfeind, die Befreiung aller unter Habsburgischem Zepter stehenden Italiener als erste Ehrenpflicht bezeichneten. Schon im Jahr 1866 hatte ja trotz der erlittenen Niederlagen Italien zu dem venetischen Gebiet noch die Angliederung des Trentino verlangt. Fast komisch berührt dabei, wie diese halb aus traditionellen halb aus gefühlsmässigen Motiven entsprungene Wendung zugleich nach einer Begründung in realen wirtschaftlichen Interessen sucht. Italien, das Tunis fahren lässt, Tripolis nicht zu ergreifen wagt, deren Boden freiwillige Pioniere des italienischen Handels und der italienischen Arbeit bestellt haben, überschwenmt das zunächst kaum aufnahmefähige Gebiet Albaniens mit Schulen, Konsulaten, Agenten, sucht Exportbeziehungen, lenkt die Schifffahrtslinien nach adriatischen Häfen, wo sie nichts hintragen als die listigen Pläne einer sich einschleichenden Agitation. Gewaltige Aufwendungen, denen als Ertrag nicht wirtschaftlicher sondern politischer Gewinn entsprechen soll, ökonomische Bemühungen, wobei die wirtschaftliche Eroberung nur den Zweck hätte die politische vorzubereiten. Und nun wird, um die eingeschlagene Richtung immer

entschiedener zu betonen, im Volk noch der Schein wirtschaftlicher Werte und Vorteile, die auf dem *andern Ufer* ruhen sollen, geschickt und unermüdlich erregt. Bald würde es ausreichen, um bei einer Reibung mit den gleichgerichteten österreichischen Bestrebungen in Albanien in der Nation den Gedanken einer Waffenentscheidung lebendig zu machen, und sicherlich fände jene Auffassung, deren Erklärungskunst darin besteht die Oberfläche der politischen Tagesereignisse mit wirtschaftstheoretischen Vignetten zu bekleben, in solchem Fall das eherne wirtschaftliche Muss, das Italien um Albaniens willen in einen Weltkrieg trieb, wie sie ja mit einer ähnlichen wirtschaftlichen Notwendigkeit die bosnische Prestigepolitik Aehrenthals zu schmücken nicht verlegen war. Erstarkt jedoch das jungtürkische Regime genügend, um die österreichischen wie die italienischen Konsuln und Wühler aus dem Land zu jagen, so würden jene ehernen Säckelchen im wirtschaftshistorischen Spielbalkasten ruhig liegen bleiben.

Die neualienischen Staatsmänner haben, weil sie sich von den Denkformen und Geföhlswelsen der savoyisch-piemontesischen Vergangenheit nicht zu befreien vermochten, die Stunde des Schicksals versäumt. Aber in der diabolischen Kunst unter der Schutzdecke eines Bündnisses den Krieg gegen den Bundesgenossen vorzubereiten offenbart sich der andere, glänzende Teil jener meisterhaft versteckten Diplomatie der Savoyer, die von den Tagen Ludwigs XIV. an stets die Siege der anderen für sich auszunutzen, stets unter dem Mantel eines Stärkern Schutz zu finden, die in der Krim für Italien Siege zu erfechten, die aber besonders zu lauern und zu warten, klug, tätig und unabgelenkt auf den Augenblick der Schwäche des Gegners zu warten wusste. So schliesst sich denn, soweit in dem italienischen Problem die römische Staatspolitik in Frage kommt, der Kreis der Betrachtung. Und man möchte nur fragen, wie die österreichischen Italiener, wie vor allem die Triester, die wirtschaftlich bloss durch ihr österreichisches und süddeutsches Hinterland existieren, für deren ökonomisches Gedeihen der Staat mehr tut als für irgend eine andere Stadt, eine Veränderung ersehnen können, die mit ihrem wirtschaftlichen Ruin, mit der Absperrung von allen Quellen ihres Gedeihens fast gleichbedeutend wäre. Wahnsinnig sind sie nicht, aber sie sind eben Menschen und nicht die von der Abstraktion vorausgesetzten *Wirtschaftssubjekte*. Wenn man in Triest, das mit allen seinen Fasern Nahrung aus dem österreichischen Boden saugt, die österreichischen Vorgänge fast als ausländische, die Vorgänge im *Königreich* aber als die empfindet und behandelt, in denen man mit Herz und Sinnen lebt, so wird hier die Macht der geistigen, geistig politischen Antriebe offenbar und darum noch stärker als bei den Deutschen Österreichs — denen aus gleichen Gründen die ideellen Bewegungen im Deutschen Reich näher gehen als etwa das, was die Galizier bewegt —, weil die Deutschösterreicher in dem Besitz einer Millionenstadt, in den realen Interessen von 10 Millionen Menschen immerhin einen, wenn auch verkleinerten, Schauplatz finden, auf dem sich die Angehörigen eines Weltvolks bewegen können, ohne sich selbst lächerlich zu erscheinen; und doch haben auch sie ihre italienischen Augenblicke und Stimmungen.

Die Lehren von Raconigi haben noch ein Schlusskapitel. Die Demonstration des italienischen Proletariats gegen die spanische Konterrevolution nahm imponierende Formen an; die weit mächtigere, praktisch bedeutungsvolle, seit langem vorbereitete gegen den Zaren verpuffte völlig. Das macht: In dem

einen Fall zogen die Sozialisten mit dem Strom der Stimmung in allen radikalen Volkskreisen, in dem andern hatten sie die jäh entflammte nationale Begeisterung gegen sich. Der gute Wille, der durch Proklamationen und Versammlungen genügend belegt ist, nützte nichts: Es fehlte die Kraft. Und da ergibt sich zwingend der Schluss: Wie würde sie erst fehlen, wenn das, was in Racconigi sich als phantastische Möglichkeit in weiter Ferne abmalte, als unmittelbare Wirklichkeit die Gemüter zur äussersten Raserei aufstachelte? Es wurde hier schon einmal gesagt: Alle Gleichartigkeit und Gleichmässigkeit proletarischer Aktionen scheitert im Fall internationaler Konflikte an der Ungleichartigkeit der proletarischen Parteien der einzelnen Grossstaaten. Nur in Deutschland und in der österreichischen Reichshälfte bedeutet das politisch organisierte Proletariat eine überwältigende Masse und eine in sich selbst ruhende Macht, die auch bei Gefühlsüberschwemmungen des Gesamtvolks und Gesamtstaats — im Reich vielleicht am meisten, in Österreich schon viel weniger, in beiden aber leidlich — sich die Möglichkeit selbständiger Entschliessungen und unter besonders günstigen Umständen wohl auch selbständiger Aktionen wahren könnte. In den romanischen Staaten stellt zwar die Sozialdemokratie nach dem innern Aufbau auch ein durchaus besonderes und eigenen Gesetzen folgendes Gebilde dar; nach aussen aber, nach der Stellung im Volksganzen, erscheint und wirkt sie eigentlich als Avantgarde und Spitze aller zu ihr sich hinaufstufenden Radikalismen. Als deren Vortruppe vermag sie oft überraschend Grosses, das in den Wirkungen weit über die Kopffzahl der eigentlichen Anhänger hinausgeht. Wenn jedoch die national durchweg hochgestimmten übrigen radikalen Schichten von einer Angelegenheit der auswärtigen Politik erfasst und angefeuert sind, werden der Sozialdemokratie die Bundesgenossen zu Feinden, die überleitenden Verbindungen zum Volksganzen zu Hindernissen, und sie vermag nichts, was über den Wortlaut von Protesten hinaus ginge. Deshalb soll man auch von Aktionen gegen den Krieg nicht reden. Wofern sie in den Zentralmächten möglich sein sollten, würden sie durch deren Lähmung bei gleichzeitiger Freiheit des Vorgehens in den übrigen Staaten den Reiz zum Krieg eher erhöhen als abstumpfen. Und wir wissen doch gar nicht, ob sie in Deutschland und Österreich wirklich im gegebenen Augenblick ausführbar wären. Dass sie es in den romanischen Ländern nicht sind, kann nach den Tagen von Racconigi lediglich bestreiten, wer dekorative, aber nicht ernsthafte Politik treiben will.

XX

PAUL KAMPPMEYER · DIE SOZIALISTISCHE THEORIE UND DIE PRAKTIKER DER ARBEITERBEWEGUNG



THEORETISCHEN Auseinandersetzungen begegnet man oft in den Kreisen der schaffensfrohen und erfolgreichen Praktiker der Arbeiterbewegung mit einer Herzensfrostigkeit sondergleichen. Sie greifen oft nur nach dem Tatsachenmaterial, das direkt ihre praktische Arbeit fördert, und überschauen theoretische Artikel in fliegender Hast. Und so gehen sie fast unter in praktischer Tagesmühe. Erfreulich ist es da nur, dass sie ihre Arbeit fest mit den drängenden Bedürfnissen des Lebens verkettet und vorwärts und vorwärts mit den neu auftauchenden Aufgaben der Zeit treibt.

Aber eigentlich sollten sie sich nicht treiben lassen sondern voranschreiten und die Richtung und das Tempo ihrer Arbeit selbst bestimmen. Gerade je weiter sich das Tätigkeitsfeld ausreckt, auf dem die Sozialdemokratie ihre aufbauende Arbeit entfaltet, um so klarer müsste es übersehen und um so planmässiger an- und ausgebaut werden. Und da heisst es denn für den Praktiker in die bewegenden Kräfte der ökonomischen und sozialen Entwicklung Einsicht gewinnen. Nur so vermeidet er die drohende Gefahr der Verkrüppelung inmitten der sich häufenden praktischen Aufgaben, nur so gewinnt er die geistige Herrschaft über seine Tagesarbeit wieder und verleiht dieser einen den Tag überdauernden, bleibenden Wert. Indem er sich bewusst in den Dienst der Entwicklungsmächte stellt, fühlt er sich freudig und stolz als eine die Welt vorwärtsschiebende Kraft. Zu einer schöpferischen Behandlung seiner Tagesaufgaben bedarf also der Praktiker einer klaren und festen Theorie der wirtschaftlichen und sozialen Bewegung der Zeit. Die Pflege der Theorie wird für den weitblickenden und nach grossen Gesichtspunkten schaffenden Praktiker direkt eine unumgängliche Notwendigkeit.

Klafft denn etwa ein Abgrund zwischen der sozialen Theorie und der Praxis der sozialen Bewegung? Die Theorie ist nichts anderes als eine Zusammenfassung der grossen Richtlinien der ökonomischen und sozialen Tendenzen der Zeit durch den denkenden Kopf; oder sie soll es sein. In der sozialen Theorie wird sich erst der Kopf des eigentlichen Wesens des praktischen sozialen Lebens bewusst. Und von dieser Erkenntnis innerlich gekräftigt, erhält dann für ihn das praktische soziale Leben einen reichern Sinn und eine tiefere Bedeutung. Die Theorie der sozialen Bewegung ist erst begriffene praktische Bewegung. In der Theorie soll sich die soziale Bewegung über sich selbst klar werden.

Unterstreichen wir diese letzte Forderung nochmals stark, und fragen wir uns dann: Ist die heute in der sozialistischen Bewegung herrschende Theorie eine klare Widerspiegelung der Tendenz des bewegten wirtschaftlichen Lebens? Viel Unklares, Verschwommenes liegt gerade in den theoretischen Ausführungen der populären Flugschriften, die den Praktikern der Arbeiterbewegung vor allem zugänglich sind. Da marschieren immer und immer wieder die noch keineswegs begrifflich geklärten Wendungen von den zu eng gewordenen Produktionsverhältnissen und den die Produktionsordnung sprengenden Produktivkräften auf. Da wird der in Frankreich und in Deutschland so verschiedenartig verlaufende Prozess der Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus in die gleiche Formel einer Sprengung der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte gezwängt. Bei Marx entströmt noch Lebenswärme den Begriffen *Produktivkräfte* und *Produktionsverhältnisse*, weil er sie nur im Hinblick auf historisch scharf gezeichnete Geschichtsepochen anwendet. Aber bei den Nachfahren des geistvollen Theoretikers verblassen sie häufig. Statt einer anschaulichen Darstellung der ökonomischen schöpferischen Kräfte eines Zeitalters müssen wir uns oft mit der blossen farblosen Wendung *Produktivkräfte* begnügen. Vielfach werden die Produktivkräfte gar nicht näher bestimmt. Marx zählt wenigstens im *Kommunistischen Manifest* einmal die Produktivkräfte des kapitalistischen Zeitalters auf, und dadurch erhalten wir einen konkreten Begriff von diesen Kräften. Die Produktivkräfte sind — was ferner auch nicht zur Genüge gewürdigt wird — keineswegs bei Marx und Engels nur die in der t e c h n i s c h - ö k o n o m i s c h e n Produktionssphäre tätigen Kräfte. Eine neue Produktiv-

kraft geht auch von der sozialrechtlichen Organisation der Produktion aus, von der kapitalistischen Manufaktur und der ihr eigenartigen historischen Teilung der Arbeit. Die Produktionsverhältnisse, unter die Marx auch die Eigentumsverhältnisse einbegreift, werden oft ganz einseitig nur als technisch-ökonomische Verhältnisse erfasst. Was will man aber mit der berühmten grundlegenden Marxschen Formel von der Sprengung der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte anfangen, wenn man sich nicht einmal über die Begriffe *Produktivkräfte* und *Produktionsverhältnisse* klar ist?

Nebelhaft verdrämmt auch oft in unserer populären theoretischen und historischen Literatur der von Marx so präzis gefasste Begriff der *Klasse*. In dieser populären Literatur wird manchmal eine kämpfende wirtschaftliche Gruppe zu einer sozialwirtschaftlichen Klasse erhoben und ihr sehr eingeschränkter lokaler Kampf in einen Klassenkampf verwandelt. Eine aus sozial verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte christliche Gemeinde erscheint als eine kämpfende proletarische Klasse auf der geschichtlichen Bühne. Irregeleitet durch einige historische Bemerkungen des *Kommunistischen Manifests* konstruiert man auch dort Klassenkämpfe, wo sich infolge der mangelnden Organisation der sozialen Gruppen niemals derartige soziale Konflikte entwickeln konnten. Man vergisst völlig die Charaktermerkmale einer sozialen Klasse, die Marx stark hervorgehoben hat: die nationale Vereinigung und die politische Organisation. Insofern nach Marx Millionen von Familien unter ökonomischen Verhältnissen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und »ihnen feindlich« gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Marx sprach den französischen Parzellenbauern den Charakter einer sozialen Klasse ab, da die »Dieselbigkeit ihrer Interessen« keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugte. Bei dem Proletariat bedurfte es nach Marx der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. »Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf.«

Wegen der Unklarheit der hier erörterten Begriffe, die unsere Literatur nicht selten aufweist, konnte sie bisher nur eine begrenzte aufklärende und die Praktiker der Arbeiterbewegung führende Wirkung ausüben. Und diese Praktiker zeigten daher wenig Lust sich in die Literatur, die ihnen kein Wegweiser in den grossen Kämpfen des Tages war, zu vertiefen. Und dann erfüllte diese populäre Literatur, die über Weltanschauungsfragen die Praktiker der Arbeiterbewegung aufklären wollte, nicht die Grundforderung, die durchaus an sie gestellt werden musste: Sie schritt philosophisch nicht mit ihrer Zeit fort. Sie setzte sich nicht eingehend mit den tiefgründigen Einwänden auseinander, die vom erkenntnistheoretischen Standpunkt aus gegen die materialistische Weltanschauung erhoben wurden, und zwar erhoben auch von philosophisch gebildeten Marxisten selbst. Dr. Max Adler zum Beispiel spricht der von Marx begründeten Geschichtsauffassung, in der die philosophische Weltanschauung des grossen Denkers gipfelt, den materialistischen Charakter ab; er wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jede Zusammenfassung dieser sogenannten *materialistischen Geschichtsauffassung* mit dem philosophischen *Materialismus* und behauptet, Marx und Engels hätten ihre Geschichtsauffassung nur deshalb *materialistisch* genannt, weil sie damit in Gegensatz zu Hegel treten

wollten.¹⁾ Gerade im Interesse einer wissenschaftlichen Fundamentierung der Marx'schen Geschichtsphilosophie ist eine feste Stellungnahme zu dem materialistischen Weltanschauungsproblem eine Notwendigkeit. Aber die Denkarbeit eines Conrad Schmidt verbleibt in einem Zustand glänzender Isolierung, und die materialistische Katechismuskritik der Pannekoek und Gorter wird eifrig propagiert.

Wenn sich die Praktiker der Arbeiterbewegung heute wirklich über Weltanschauungsfragen aufklären wollen, dann kann ihnen die parteitheoretische Literatur oft kein Führer sein. Nachdem Lassalle einmal die sozialdemokratische Literatur durch seine glänzenden Flugschriften zu wissenschaftlichen Bahnen emporgeführt hat, liess sich diese Literatur nie zu den Niederungen herab, auf denen sich die Literatur der anderen politischen Parteien Deutschlands bewegt. Die gegnerische liberale Literatur hat politische Tagesforderungen in Hülle und Fülle erhoben, aber nur selten verknüpfte sie diese Literatur mit der sozialen Theorie des Liberalismus. Der theoretische Liberalismus ist fast völlig versandet. Aber gerade, weil die sozialdemokratische Literatur ihrem Grundcharakter nach wissenschaftlich-theoretisch ist, deshalb legen wir auch einen ganz andern Massstab an diese Literatur als an die liberale.

Nicht jeder Praktiker der Arbeiterbewegung fühlt den leidenschaftlichen Drang zu einer Ergründung der philosophischen Weltanschauungsfragen der Zeit in sich, aber er will wenigstens aus den theoretischen Schriften der Partei die Hauptströmungen in dem Denken der Massen begreifen. Und gerade hier musste er häufig erfahren, dass der Geist dieser Schriften der Wirklichkeit völlig fremd blieb. Die Männer der Arbeiterbewegung, die mit beiden Füßen in der Praxis des Lebens standen, konnten sich in dieser Literatur nicht zurechtfinden. Sie kannten die Anschauungen der Massen aus dem Zusammenleben mit diesen selbst. Sie mussten nun zu ihrer Verwunderung aus theoretischen Schriften hören, dass die proletarischen Massen dialektisch-materialistisch denken. Da demonstriert ihnen zum Beispiel Genosse Pannekoek vor, dass das Bürgertum ideologisch-undialektisch, das Proletariat aber materialistisch-dialektisch denkt. Nun hat der Kampf um das Wesen der Dialektik unter den Parteitheoretikern kaum begonnen, und trotzdem erklärt Pannekoek schon kategorisch, das Proletariat denke dialektisch. Dr. Max Adler zum Beispiel lässt die Dialektik nur als Denkmethode gelten und scheidet den Antagonismus des geschichtlichen Lebens völlig aus dem Begriff der *Dialektik* aus. Dialektisches Denken behielt Friedrich Engels durchaus nicht dem Proletariat vor; er beschenkte die alten griechischen Philosophen schon mit der Gabe des dialektischen Denkens und rühmte dem Ausgestalter der bürgerlichen Theorie vom Vernunftstaat, Jean Jacques Rousseau, eine musterhafte Handhabung der dialektischen Methode nach. Der alte Engels, der in den vierziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts in England auf seiner für die Sozialwissenschaft so fruchtbaren sozialen Entdeckungsreise so manchen urwüchsigen proletarisch-sozialistischen Denker kennenlernte, hat sehr lebendig erfahren, dass dialektisch-materialistisches Denken nicht das Proletariat vor dem Bürgertum auszeichnet. Als er später die Vorrede zur Neuauflage seines *Antidürring* niederschrieb,

¹⁾ Es soll damit durchaus nicht den Adlerschen Gedankenkombinationen zugestimmt werden: siehe darüber auch die Rubrik *Sozialwissenschaften* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1625 ff. Nur die Hervorhebung der Kritik schien mir wertvoll, weil sie von einem Theoretiker kommt, der sich selber mit Nachdruck zu den Marxisten zählt.

bemerkte er, Marx und er wären wohl ziemlich die einzigen, die aus der deutschen idealistischen Philosophie die bewusste Dialektik in die materialistische Auffassung der Natur und Geschichte hinüber gerettet hätten. Und gerade weil dialektisches Denken ungeheuer selten im Proletariat ist, erschien unseren Vorkämpfern Marx und Engels der urwüchsige Dialektiker Dietzgen als ein wahres Phänomen. Trotzdem wird wohl Genosse Pannekoek seine grosse wissenschaftliche Feststellung wiederholen: Das Proletariat denkt dialektisch-materialistisch, die Bourgeoisie aber undialektisch-ideologisch. Nur schlägt sich Pannekoek selbst derb ins Gesicht. Er sucht nämlich zu beweisen, dass grosse Gruppen der revisionistischen Proletarier nicht dialektisch-materialistisch denken sondern bürgerlich. Anarchismus und Revisionismus vereinigen nach Pannekoek eine bürgerliche Weltanschauung mit einer proletarischen Gesinnung: »Sie stellen sich an die Seite des Proletariats und wollen seine Sache verfechten, aber ohne die grosse Umwälzung in Denken und Wissenschaft mitzumachen, die den wissenschaftlichen Sozialismus kennzeichnet. . . .«

Mit der luftigen Konstruktion der dialektisch-materialistischen Weltanschauung des Proletariats kann man wahrlich die Männer der politischen und gewerkschaftlichen Praxis nicht für die sozialistische Theorie erobern. Und diese Konstruktion beruft sich wohl noch auf den wissenschaftlichen Sozialismus, auf die Theorien eines Karl Marx? Die Eigenart der Marxschen Forschung wurzelte gerade in der Herausschälung der Wirklichkeitsmomente aus allen ideologischen Umhüllungen. Die *Marxisten* vom Schlage Pannekoeks töten aber systematisch den Tatsachenkern der Dinge ab, sie berücksichtigen zum Beispiel die greifbare Tatsache nicht, dass Millionen und Abermillionen sozialistischer Proletarier, die an den Kulthandlungen der christlichen Religionen teilnehmen, völlig fern allen dialektisch-materialistischen Anschauungen stehen, sie konstruieren ganz unrealistisch den dialektischen Materialismus als die Weltanschauung des Proletariats. Neumarxistische Ideologie!

Von einer theoretischen Literatur, die wirklich die Praktiker der Arbeiterbewegung mit sich fortreissen sollte, müsste man zum mindesten verlangen, dass sie die wirksamen Tendenzen unseres praktischen sozialen Lebens treu widerspiegeln. Die Praxis der Genossenschaft setzte wuchtig ein; die parteitheoretische Literatur vom Genossenschaftswesen schleppte zögernd nach. Die Gewerkschaften bauten umfassende Versicherungs- und Unterstützungsinstitutionen auf; die Parteitheorie stritt vielfach gegen die neue Gewerkschaftspraxis an oder akzeptierte diese nur ungern. Die Praktiker wurden Wohnungsreformer; aber die theoretischen Anschauungen Friedrich Engels' über die Wohnungsfrage beherrschten noch weiter die Köpfe in der Partei. Hier trieben also die Tatsachen des Lebens über die festgewurzelte Theorie hinaus. Unser neues vielgestaltiges sozialwirtschaftliches Leben schrie nach theoretischer Anerkennung, es drängte nach einer wissenschaftlichen Zusammenfassung seiner Tendenzen zum Zweck einer systematischen Befruchtung des praktischen Lebens.

Die wissenschaftliche Arbeit des Revisionismus bestand nun gerade in einer theoretischen Formulierung der zum Durchbruch gekommenen neuen Tendenzen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese Tendenzen mussten revidierend, korrigierend auf die Theorie eines genialen Mannes einwirken, auf eine Theorie, die vor einem halben Jahrhundert bereits empfangen war. Der Proletarier des *Kommunistischen Manifests* ist

noch der verelendete englische Arbeiter der vierziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts, dem die bürgerliche Gesellschaft nicht einmal das nackte Dasein gewährleisten kann, und der, um überhaupt nur leben zu können, die bourgeoise Ordnung umstürzen *muss*. Die kapitalistische Gesellschaft des *Manifests* ist die Gesellschaft der schrankenlosen, sich toll auswütenden Konkurrenz. Will die volkswirtschaftliche Theorie nicht die charakteristischen Züge der wirtschaftlichen Praxis verblässen lassen, so muss sie historisch treu die einzelnen Phasen des Wirtschaftslebens wiedergeben. Selbst die landläufige Definition des *Proletariats* als eines der Produktionsmittel beraubten freien Arbeiters ist nicht zutreffend. Der erste Typus des industriellen Proletariats ist immer der Hausindustrielle, der noch mit eigenen Arbeitsinstrumenten und sogar oft mit eigenen Arbeitsstoffen schafft, der aber die Herrschaft über sein Arbeitsprodukt verloren hat. Der isolierte ländliche Hausweber der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts und der organisierte Textilarbeiter des 20. Jahrhunderts: welche scharf unterschiedenen proletarischen Typen! In der Anpassung der alten Marxschen Theorie an das neue wirtschaftlich-soziale Leben bestand die theoretische Arbeit der Revisionisten, in der Kritik des Marxschen Lebenswerks, in der strengen Scheidung der dauernden, zur wissenschaftlichen Fundierung des Sozialismus dienenden Elemente von den historischen Bestandteilen, die wohl für ihre Zeit wichtig waren, mit dieser Zeit aber dahingehen mussten. Ein festes theoretisches Gebäude will der Revisionismus zimmern, eine Lehre, der die Wirklichkeit nicht, wie dem landläufigen *Marxismus*, widersprechen muss. Man sollte den Revisionisten keinen Vorwurf daraus machen, dass sie nicht mit dem Dach anfangen. Wenn sie sich bis jetzt damit begnügt haben Bausteine zusammenzutragen, anstatt mit grossartigen Perspektiven zu paradieren, so beweisen sie gerade dadurch, dass sie wirklich Theorie treiben wollen. Nicht ein auf inhaltschwankenden Begriffen beruhendes System hat Anspruch auf den Namen einer *Theorie*. Wohl aber die systematische Durchdringung der Realitäten in ihrer Kompliziertheit. Die sozialtheoretische Erkenntnis wird durch das bescheidene *Einerseits-andrerseits* der vorsichtigen Materialsucher sehr gefördert, ja erst ermöglicht. Der Revisionismus, der das theoretische Erbe eines Marx angetreten hat, will die Denkarbeit des genialen Forschers fortsetzen: zur Schaffung einer wirklichen Theorie, die für das Verständnis der Gegenwart und zur Erschliessung der zukünftigen Entwicklung von Wert ist.

XX

ADOLF THIELE · DIE HOMOSEXUALITÄT IN DER GESETZGEBUNG



PTIMISTEN hatten geglaubt, dass die Bestrafung der gleichgeschlechtlichen Liebe, die im geltenden Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich durch den oft genannten § 175 bestimmt wird, bald einer vorurteilslosern Auffassung weichen würde. Solche Hoffnung ist durch den kürzlich publizierten Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuchs fürs erste zu schanden geworden. Die Behandlung der Homosexualität durch unsere Gesetzgebung zeigt, welche Stellung diese noch immer der Forschung unserer Tage gegenüber einnimmt. Sie verdient daher eingehende Betrachtung und Kritik.

Jener § 175 bestraft als *widernatürliche Unzucht* mit Gefängnis den geschlecht-

lichen Umgang »zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren«. Gegen die Verurteilten kann auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Schon äusserlich fällt an dieser Fassung auf, dass erstens nur der homosexuelle Verkehr zwischen Männern unter Strafe gestellt ist, nicht auch der ebenso häufig, vielleicht noch häufiger vorkommende Geschlechtsverkehr zwischen Frauen; dass zweitens der homosexuelle Verkehr auf eine Stufe mit dem Verkehr zwischen Menschen und Tier (Sodomie) gestellt wird, und dass drittens beides als Ausfluss einer so ehrlosen Gesinnung betrachtet wird, dass dem Richter die Befugnis auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte eingeräumt worden ist: eine Befugnis übrigens, von nur in ganz vereinzelt Fällen gegenüber Stallknechten und Hütungen Gebrauch gemacht worden ist, deren Begehren sich nicht über den Bereich der Ziegen oder anderer Vierfüssler erhob. Wie die jetzt geltende plumpe Fassung des § 175 zu stande gekommen ist, zeigt ein Blick auf seine Entstehung, die man kennen muss, will man ein sicheres Urteil über die ganze Sachlage gewinnen.

Das alte preussische Strafgesetz vom 14. April 1851, aus dem das Reichsstrafgesetz von 1873 hervorgegangen ist, bestimmte in § 143:

«Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren verübt wird, ist . . . zu bestrafen.»

Als nach dem Krieg von 1866 an die Ausarbeitung eines Strafgesetzes für den Norddeutschen Bund gegangen wurde, richtete am 12. August 1868 der damalige preussische Justizminister Dr. Leonhardt an den Kultusminister Dr. Mühler amtlich die schriftliche Anfrage, ob nicht der § 143 ganz aufzuheben oder doch einzuschränken sei:

Die Strafandrohung für den Umgang zwischen Menschen und Tieren sei seinerzeit in der Annahme erfolgt, eine solche Vermischung könne fruchtbar sein. Diese Annahme sei jedoch inzwischen von der Wissenschaft als Irrtum verworfen worden. Neuere Gesetzgebungen, so die französische, belgische, bayrische und österreichische, hätten die Strafbarkeit der Unzucht nach § 143 ganz fallen gelassen. In den Motiven zum preussischen Strafgesetz von 1851 sei zur Rechtfertigung des § 143 gesagt worden, die darin unter Strafe gestellten Handlungen bekunden eine so grosse Entartung und Herabwürdigung des Menschen und seien für die Sittlichkeit so gefährlich, dass das Strafgesetz notwendig darauf Rücksicht nehmen müsse. Man werde sich angesichts dieser Sachlage zu entscheiden haben, ob der § 143 ganz auszuscheiden oder doch einzuschränken sei.

Der Kultusminister Mühler, der zwar als lustiger Student das Kneiplied *Grad' aus dem Wirtshaus komm' ich heraus* gedichtet hatte, aber als Minister sich als Mucker und Reaktionär gab, nahm sich mit der Antwort Zeit. Erst unterm 12. April 1869 erfolgte diese. Der Minister schrieb:

» . . . dass es mir im Interesse der öffentlichen Moral unstatthaft erscheint Sodomie und Päderastie, auch wenn sie offenkundig betrieben werden, mit keiner Strafe zu bedrohen. Ich halte die in den Motiven zu § 143 des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 gegebene Rechtfertigung der Strafbestimmung auch gegenüber dem Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für wohlbegründet.»

Das entschied. § 143 wurde als § 152 in den Entwurf des Strafgesetzes für den Norddeutschen Bund herübergenommen. In der Kommission traten allerdings die Professoren Virchow und Langenbeck für Ausmerzung der Strafbestimmung ein, doch ohne Erfolg.

Noch ehe das Strafgesetz für den Norddeutschen Bund fertig war, musste es zu einem Reichsstrafgesetzbuch umgearbeitet werden. Doch vorher kam es in

der Kommissionssitzung vom 9. März 1870 zu einer recht interessanten Episode. Der Abgeordnete von Lucke hatte den Antrag auf Streichung des ganzen Paragraphen oder eines Teils gestellt. Als Referent in der Kommission sprach er sich jedoch für Beibehaltung des Paragraphen aus,

„ . . . weil die Vergeudung der männlichen Kraft durch Mitteilung an Individuen und Geschöpfe, welche nach göttlichen und Naturgesetzen zu verwerfen sei, von dem Gesetz nicht anerkannt werden dürfe. Nichtsdestoweniger sei ihm die beantragte Streichung der Worte *oder der Menschen mit Tieren* von einer Seite zugetragen worden, von welcher er die Annahme nicht ohne weiteres habe abweisen wollen.“

Der Korreferent zur Megede pflichtete dem Referenten bei, erklärte aber, besser sei es den Paragraphen zu streichen als ihn stehen zu lassen, von ihm aber »aus Rücksicht auf die betreffenden Persönlichkeiten keinen Gebrauch zu machen [1]«. Nachdem als Regierungskommissar Präsident Friedberg ausgeführt hatte, für die Regierung sei die Rücksicht auf Verhinderung einer noch weitern Verbreitung der gewerbmässigen männlichen Prostitution entscheidend gewesen, und nachdem mehrere Mitglieder der Kommission dieser Auffassung beigetreten waren, wurde nach Zurückziehung des Antrags von Lucke der Paragraph in der unveränderten Regierungsfassung angenommen.

In den Entwurf für das Reichsstrafgesetzbuch fand der Paragraph als § 173 Aufnahme. In den Kommissionsberatungen von 1872 hob zwar Virchow erneut hervor, dass in Bayern bereits 1813 die Strafbarkeit solcher Handlungen durch den Minister Anselm Feuerbach aufgehoben worden sei, und dass die Straffreiheit keine Vermehrung dieser Handlungen zur Folge gehabt habe. Allein die Mehrheit trat der Regierungsvorlage bei, in deren Begründung es heisst:

„ § 173 hält die auf Sodomie und Päderastie im preussischen Strafgesetzbuche angedrohte Strafe aufrecht. Denn selbst, wenn man den Wegfall dieser Strafbestimmungen vom Standpunkt der Medizin wie durch manche der, gewissen Theorien des Strafrechts entnommenen Gründe rechtfertigen könnte, das Rechtsbewusstsein im Volk beurteilt diese Handlungen nicht nur als *Lasten* sondern als *Verbrechen*, und der Gesetzgeber wird billig Bedenken tragen müssen diesen Rechtsanschauungen entgegen Handlungen für straffrei zu erklären, die in der öffentlichen Meinung als strafwürdige gelten. Die Beurteilung solcher Personen, welche in dieser Weise gegen das Naturgesetz gesündigt, dem bürgerlichen Strafgesetz zu entziehen und dem Moralgesetz anheimzugeben würde als ein gesetzgeberischer Misserfolg getadelt werden.“

Ziemlich unverblümt gab die Regierung mit dieser Motivierung zu, dass medizinische und rechtstheoretische Erwägungen für Beseitigung des Paragraphen sprechen. Anselm Feuerbach hatte schon 1813 dem anerkannten Grundsatz Geltung verschafft, das Strafrecht des Staats dürfe erst da einsetzen, wo Rechtsgüter dritter verletzt würden. Da das weder beim Umgang des Menschen mit Tieren geschehe noch beim gleichgeschlechtlichen Umgang zwischen Menschen, falle jeder Strafgrund für diese Handlungen weg. Die preussische Regierung rettete sich zur Aufrechterhaltung der Strafbarkeit schliesslich nur noch hinter die Rücksicht auf das Rechtsempfinden des Volks. Sie hat, wie bekannt, niemals etwas getan, was das Volk nicht verstand und billigte, stets hat sie sich beeilt dem Rechtsempfinden des Volks Rechnung zu tragen; so beim Dreiklassenwahlrecht, bei Ausweisungen und dergleichen. Jedenfalls: Schon damals räumte die Regierung indirekt ein, dass sich der Paragraph wissenschaftlich nicht mehr rechtfertigen liess. Trotzdem wurde er *ohne Debatte* in der 34. Plenarsitzung des Reichstags dem Reichsstrafgesetzbuch von 1873 als § 175 einverleibt. Dort ist er unverändert bis zum heutigen Tag stehen geblieben.

Zur Ruhe ist er aber nie gekommen. Durch tieferes Eindringen in die Frage, durch Bekenntnisse und Untersuchungen wurde zweifelsfrei festgestellt, dass die gleichgeschlechtlichen Neigungen bei weitem nicht immer, nicht einmal in der Mehrheit der Fälle auf Übersättigung im Geschlechtsgenuss zurückzuführen sind sondern auf angeborene Veranlagung, der gegenüber der Mensch ziemlich machtlos ist. Die letzten Jahrzehnte bereicherten die einschlägige Literatur um bedeutende Studien: von Moll, Krafft-Ebing, Havelock Ellis, Symonds, Grabowsky, O. O. Hartmann, Otto de Joux, Karsch, Laurent und anderen. Zudem stellte sich heraus, dass die Anzahl der gleichgeschlechtlich veranlagten Männer und Frauen ungleich grösser ist als geahnt worden war, und dass bei recht vielen, nicht bei allen, die Gleichgeschlechtlichkeit so scharf ausgeprägt ist, dass sie von dem Geschlechts Umgang mit Personen andern Geschlechts einen genau so tiefen Abscheu und unüberwindlichen Ekel empfinden wie wir Normalsexuellen vor dem Umgang mit Personen des gleichen Geschlechts. Die Homosexualität erwies sich als eine Naturscheinung in unendlich vielen Abstufungen, deren Gesamtheit den schroffen Gegensatz zwischen den beiden Extremen ausfüllt. Auf der einen Seite stehen als Extreme die Heterosexuellen, die man *Normalsexuelle* nennen kann, weil sie die ungeheure Mehrzahl, nach den bisherigen noch lückenhaften Untersuchungen etwa 95 bis 96 % der Bevölkerung, bilden. Ihnen ist der Gedanke mit Personen des gleichen Geschlechts geschlechtlich zu verkehren, widerlich, unfassbar. Auf dieses Extrem folgen dann solche, bei denen in anfangs leiser, aber schrittweise immer kräftigerer Abtönung der Widerwille gegen gleichgeschlechtlichen Umgang verschwindet, bis wir in der Mitte zwischen beiden Extremen auf Personen stossen, denen der gleichgeschlechtliche Verkehr ebenso begehrenswert erscheint wie der heterosexuelle: das sind die im eigentlichen Sinn Bisexuellen, die Doppelgeschlechtlichen.¹⁾ Jenseits der Bisexuellen setzen sich, wiederum ganz nach und nach, die Abstufungen nach dem zweiten Extrem fort. Die Geneigtheit mit Personen des gleichen Geschlechts ebenso gern geschlechtlich zu verkehren wie mit Personen des andern Geschlechts, verschwindet mehr und mehr, bis endlich die Schlussstufe, das zweite Extrem, erreicht ist, also der unbedingte und unüberwindliche Ekel vor dem Geschlechtsverkehr mit Personen des andern Geschlechts: das sind die rein Homosexuellen, die rein Gleichgeschlechtlichen, deren Geschlechtstrieb nur durch Verkehr mit Personen des gleichen Geschlechts befriedigt werden kann, bei Männern mit männlichen, bei Frauen mit weiblichen Personen. Die Zahl der Bisexuellen aller Abstufungen mag nach den bisherigen Untersuchungen 3 bis 4 % betragen; wahrscheinlich ist bei Einrechnung der äusseren Grenzstufen, namentlich nach der Seite der Heterosexuellen hin, ihre Zahl noch ganz erheblich grösser. Die Zahl der rein Homosexuellen beziffert sich nach den vorgenommenen Ermittlungen auf 1 bis 2 %; vermutlich scheiden jedoch bei genauerer Untersuchung hiervon noch manche als mehr oder weniger bisexuell aus.

Das sind in kurzer Skizzierung die Ergebnisse der neuern Forschung auf dem Gebiet der geschlechtlichen Veranlagung. Soweit in einzelnen Fragen die Meinungen der beteiligten Mediziner, Pathologen und Psychiater auch auseinandergegangen sein mögen und noch auseinandergehen, namentlich darüber, ob durch Gewöhnung oder durch rein psychische Beeinflussung die Naturanlage modi-

¹⁾ Im weitern Sinn faasst man den Begriff *Bisexualität* als Sammelbegriff für alle Zwischenstufen zwischen den beiden Extremen auf.

fiziert werden kann, und ob im Verlauf des Lebens sich von selbst die ursprünglich rein hetero- oder homosexuelle Veranlagung abschwächt oder auch verschärft, es wird doch heute die Tatsache als unverrückbar feststehend zu betrachten sein, dass durch Naturanlage nicht alle Menschen ihren Geschlechtstrieb im Umgang mit Personen des andern Geschlechts befriedigen können. Von dieser Tatsache muss — mag die Zahl der betreffenden Personen grösser oder kleiner sein — bei der Stellungnahme zum § 175 ausgegangen werden.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich bereits, dass die Frage viel zu ernst ist, als dass sie mit Kraftausdrücken des moralischen Unwillens wie *Schweinerei* usw. abgetan sein könnte. Ich nehme es niemandem übel, der noch auf diesem Standpunkt steht und mache gar kein Hehl daraus, dass ich noch vor 10 Jahren ebenso dachte. Erst als ich seit 1898 als Mitglied der Petitionskommission des Reichstags Gelegenheit nahm bei einer Petition auf Aufhebung oder Einschränkung des § 175 dem Problem grössere Aufmerksamkeit zu schenken und die einschlägige Literatur durchzusehen, bin ich anderer Überzeugung geworden. Diese andere Überzeugung hat sich mir sogar aufgedrängt, obwohl ich an das Studium der Fachliteratur in der stillen Erwartung ging, eine andere Meinung über die Sache werde es mir zwar nicht beibringen können, aber ich wolle doch meiner Pflicht genügen. Und noch etwas anderes geht bereits aus den bisherigen Darlegungen hervor: Die angeborene Homosexualität ist nicht mit dem gleichgeschlechtlichen Umgang zwischen Soldaten in Kasernen, Matrosen auf Seeschiffen oder Gefangenen in Anstalten zu verwechseln. Da überall ist zwar der gleichgeschlechtliche Verkehr nach vielseitigen Mitteilungen weit verbreitet. Aber er erfolgt im Sinn des Sprichworts, dass in der Not der Teufel Fliegen frisst. Jene Leute haben nichts anderes als ihre Leidensgefährten und müssen sich darum an ihnen genügen lassen. Sind die Soldaten bei ihrem Schatz, die Matrosen an Land, so hat ihre Homosexualität ein Ende. Ferner darf man der Homosexualität nicht das im § 175 mit ihr zusammengeworfene Mittel gleichstellen sich an einem Tier für einen Verzicht schadlos zu halten, zu dem Weltabgeschiedenheit, Mangel an Frauenbekanntschaft, Furcht vor Alimentenzahlung, Überbrunst oder auch Gleichgültigkeit in der Art, wie der Geschlechtstrieb befriedigt wird, geführt haben. Das alles hat mit Homosexualität nicht das mindeste zu tun. Höchstens zeigen jene Soldaten, Matrosen, Gefangenen, dass der Prozentsatz der Bisexuellen grösser ist als angenommen wird.

Ende des vorigen Jahrzehnts trat die Opposition gegen den § 175 geschlossen vor die Öffentlichkeit. Im Dezember 1897 überreichte das *Wissenschaftlich-humanitäre Komitee* eine von dessen Vorsitzenden, Magnus Hirschfeld in Charlottenburg, ausgearbeitete und von über 800 namhaften Ärzten, Juristen, Gelehrten, Künstlern, Schriftstellern und Lehrern unterzeichnete Petition dem Reichstag und dem Bundesrat. Es wurde in ihr unter Hinweis auf die Unhaltbarkeit des § 175 dessen Aufhebung gefordert, wenigstens jedoch seine Einschränkung auf solche Fälle, in denen sexuelle Akte, unter Anwendung von Gewalt oder an Personen unter 16 Jahren oder in einer öffentliches Ärgernis erregenden Weise begangen worden sind. Am 13. Januar 1898 gelangte die Petition gelegentlich der ersten Beratung der sogenannten *lex Heinze* im Plenum des Reichstags zur Sprache. Bebel schnitt die Sache an. Er führte da aus:

Der Polizei sei eine erhebliche Menge von Personen bekannt, die den § 175 fortgesetzt übertreten, ohne dass sie einschreite. Bringe sie neue Namen solcher Männer in Erfahrung, so nenne sie diese nicht etwa der Staatsanwaltschaft sondern reihe

sie nur ihren Registern ein, die bereits Hunderte anderer derartiger Namen aufwiesen. Die Zahl dieser Personen sei so gross und greife so sehr in alle Gesellschaftsschichten bis in die höchsten hinein, dass der Staat, nur um die in Berlin begangenen Vergehen gegen § 175 zu sühnen, zwei neue Gefängnisse bauen müsste. Würde die Berliner Polizei auf diesem Gebiet voll ihre Schuldigkeit tun, dann gebe es einen Skandal, wie noch niemals einer gewesen sei, einen Skandal, gegen den der Panamaskandal, der Dreyfusskandal, die Affären Lützow-Leckert und Tausch-Normann-Schumann das reine Kinderspiel wären. Solange der § 175 im Strafgesetz stehe, müsse er auch gehandhabt werden. Könne oder wolle man das nicht, dann entstehe die Frage, ob der Paragraph aufrecht zu erhalten sei. Diesen Standpunkt nehme auch die Petition ein, zu deren Unterzeichnern er mit gehöre. Eine Fortsetzung fand die Debatte am 19. Januar 1898 durch den Abgeordneten Pastor Schall, der erklärte:

Durch Babels Mitteilung, der Berliner Polizei seien Tausende bekannt, die sich gegen § 175 vergehen, ohne dass sie einschreite, sei er geradezu erschreckt und aufs tiefste deprimiert worden. Beim Lesen der auch von Bebel unterzeichneten Petition habe er wie vor einem Rätsel gestanden, wie es überhaupt möglich sei, dass Männer von öffentlicher Stellung und sittlichem Urteil eine solche Petition einreichen könnten. In der Kommission werde die Regierung vollen, klaren Einblick in die Zustände gewähren müssen, und alles werde zu tun sein diesen unnatürlichen Lasten durch solche Strafen entgegenzutreten, die der Natur dieser Verbrechen nach christlich-sittlichen Grundsätzen entsprechen und zugleich ihre volle rücksichtslose Durchführung in der Praxis der Polizei- und Rechtspflege ermöglichen und garantieren.

Die Petition wurde der *lex Heinze*-Kommission überwiesen, in der sie zu lebhaften Debatten führte. Der damalige Chef der Berliner Kriminalpolizei, Graf Pückler, war zu den Verhandlungen der Kommission zugezogen worden, in deren Verlauf ausser Bebel auch der nationalliberale Abgeordnete Dr. Kruse-Norderney, der Vorsitzende der Petitionskommission, für die Forderung der Petition eintrat. Ein Bericht über die Verhandlungen der Kommission in dieser Frage ist nicht erschienen, weil beschlossen worden war über den Inhalt nichts an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Jedoch lehnte die Kommission eine Befürwortung der Petition ab.

Da bald darauf die Legislaturperiode zu Ende ging, gelangte die Angelegenheit nicht erneut vor das Plenum. Doch war durch die Petition und die Verhandlungen im Reichstag das Interesse für die Frage so belebt worden, dass nach Zusammentritt des im Sommer 1898 gewählten Reichstags die zweite vom *Wissenschaftlich-humanitären Komitee* eingereichte Petition bereits an 3000 Unterschriften trug. Ihr war ein armseliges Dasein beschieden. Sie gelangte im Frühjahr 1900 zur Verhandlung in der Petitionskommission, nachdem deren Vorsitzender Dr. Kruse gestorben und mit dem Zentrumsabgeordneten Wattendorff ein Gegner der Petition an seine Stelle getreten war. Die Mehrheit der Kommission, bestehend aus Konservativen, Ultramontanen, Antisemiten und Nationalliberalen, entschied sich dafür die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Man wollte einfach mit der Sache nichts mehr zu tun haben. Allen Bemühungen von sozialdemokratischer Seite, denen sich auch ein Freisinniger anschloss, wenigstens die Votierung auf Übergang zur Tagesordnung durchzusetzen, blieb der Erfolg versagt. Beim Übergang zur Tagesordnung wäre nämlich die Petition ans Plenum gelangt, während sie so in das grosse Massengrab geworfen wurde, in dem jährlich weit über 90% aller an den Reichstag gerichteten Petitionen still verschwinden. Nur ein Mittel gibt die Geschäftsordnung an die Hand eine Eingabe vor solchem Verscharrtwerden ohne alles Plenargeläute zu bewahren: Es müssen

30 Unterschriften von Mitgliedern des Reichstags für den Antrag beigebracht werden, dass die für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärte Petition trotzdem mit zur Besprechung gelange. Ich brachte diese 30 Unterschriften leicht zusammen, reichte sie ein und hatte die Freude die Petition auf dem nächsten Verzeichnis der — Initiativanträge stehen zu sehen. Das war so ungefähr das selbe wie die sofortige Verscharrung im Massengrab. Mein Protest dagegen und meine Forderung: die Eingabe mit in die Reihe der vor das Plenum gebrachten Petitionen zu stellen, wurden vom damaligen Bureaudirektor unter Hinweis auf eine Anordnung des Präsidenten Grafen Ballestrem als unerfüllbar bezeichnet. Es blieb dabei: Bis 1903, bis zum Schluss der Legislaturperiode, prangte auf jedem neuen Verzeichnis der unerledigten Initiativanträge zwar auch die Petition auf Beseitigung oder Einschränkung des § 175; aber zur Verhandlung gelangte sie nicht.

Wieder war allgemeine Reichstagswahl gewesen, und wieder wurde im Herbst 1903 die Petition des *Wissenschaftlich-humanitären Komitees* eingereicht. Die Zahl ihrer Unterschriften war inzwischen auf nahezu 5000 angeschwollen. Diesmal gestaltete sich ihr Schicksal ein wenig freundlicher. Am 20. April 1904 gelangte sie in der Petitionskommission zur Verhandlung. Referent war der Zentrumsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Thaler aus Würzburg. Es ging ziemlich heiss her. Der Referent nahm einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein. Der Regierungskommissar beschränkte sich auf die Mitteilung, die Regierung habe die Petition dem Material einverleibt, das bei der bevorstehenden Änderung des Strafgesetzbuchs mit verwendet werden solle. Die Freisinnigen traten für Überweisung zur Erwägung ein, von nationalliberaler Seite wurde die Überweisung als Material befürwortet, von sozialdemokratischer Seite wurde Überweisung zur Berücksichtigung beantragt, und der Referent war für Übergang zur Tagesordnung. Es kommt in der Petitionskommission recht selten vor, dass sich 4 Anträge, wie diesmal, gegenüberstehen. Die Abstimmung nach stundenlanger, manchmal recht gereizt geführter Debatte ergab Ablehnung der Berücksichtigung gegen die 5 sozialdemokratischen Stimmen, Ablehnung der Erwägung gegen 6 Stimmen (5 sozialdemokratische, 1 freisinnige), Ablehnung des Materials gegen 9 Stimmen (5 sozialdemokratische, 3 freisinnige, 1 nationalliberale) und Annahme auf Übergang zur Tagesordnung mit 16 gegen 9 Stimmen. Der gegen 1900 erzielte kleine Fortschritt bestand darin, dass nunmehr die Petition nicht schon in der Kommission erledigt worden war, sondern diese Prozedur erst durch das Plenum vorgenommen werden sollte. Fast ein volles Jahr dauerte es, ehe es dazu kam. Auf der Tagesordnung hatte die Petition zwar schon mehrmals gestanden; doch erst am 31. März 1905 gelangte sie zur Verhandlung. Was an Gründen für und gegen die Petition vorgebracht worden ist, wird hier noch im sachlichen Zusammenhang gewürdigt werden. Erwähnt sei nur, dass der Abgeordnete von Kardorff die von mir beiläufig angeführte Tatsache von der Homosexualität seines verstorbenen Freundes Krupp heftig bestritt, dass der Abgeordnete von Damm als Mitglied der *Wirtschaftlichen Vereinigung* den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung als »vollkommen richtig« bezeichnete, dass der Abgeordnete Gothein auf die Inkonsequenz und Unlogik des § 175 hinwies und dessen Aufhebung als sittliche Pflicht forderte, dass Genosse von Vollmar nochmals betonte, was ich bereits getan hatte, dass es sich bei der ganzen Frage nicht um die Angelegenheit einer einzelnen Partei handle sondern um eine

ernste und wichtige Frage ganz allgemeiner Natur, und dass mindestens viel für die Beseitigung des § 175 spreche. Die Abstimmung ergab die Annahme des Übergangs zur Tagesordnung mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Mehrheit der Nationalliberalen.

Seit dieser Zeit hat die Frage vor dem Reichstag geruht. Jetzt wird bekannt, dass der Entwurf für das neue Strafgesetz den § 175 nicht etwa aufheben oder einschränken sondern dass er ihn auf den gleichgeschlechtlichen Verkehr der Frauen ausdehnen will. Da scheint es doch angezeigt die moralischen, ethischen, juristischen und staatsrechtlichen Gründe zu prüfen, auf die die Freunde des § 175 sich berufen. Das soll in einem weitem Artikel geschehen.

HEDWIG DOHM · VON DER BIOLOGISCHEN LIEBE



QUALITATIV höhere Menschen zu erzeugen, einen höherwertigen Menschentypus zu schaffen wird heute als eine unserer grossen Kulturaufgaben erachtet. Die Abhängigkeit dieses Typus von der Zeugung wird betont. Es liegt auf der Hand, dass die Paarung der seelenreinsten, gehirnstärksten, physisch kräftigsten und schönsten Menschen die günstigsten Resultate für eine Veredelung der Rasse ergeben müssten. Wie aber ist solch ideale Paarung zu bewerkstelligen? Weiss es jemand? Die Liebesgläubigen wissen es. In idealistischer Ekstase erwarten sie von der unverfälschten Wahlfreiheit der Geschlechter die grosse Weltveredelung. Ethik bläht die Segel ihres phantastischen Lebensschiffs. Engel sind an Bord. Der Steuermann ist ein Erzengel. Hin steuert er zu einer Insel der Seligen. Sämtliche Schriften über die Rassenfrage, die ich kenne, sehen in der reinen, freien Liebeswahl ein unfehlbares Mittel den besten Menschenexemplaren zur Geburt zu verhelfen, den minderwertigen den Zugang zum Leben zu sperren. Ellen Key in *Ehe und Liebe* und Grete Meisel-Hess in ihrem neuen Buch *Die sexuelle Krise* vertreten diesen Standpunkt mit strahlender Energie, und für ihre Ansicht zitieren sie die hervorragendsten Biologen und Physiologen. Ich bin keine Gläubige solcher Verkündigung. Gewiss, man kann die Hindernisse, die heute noch der freien Liebeswahl entgegenstehen, aus dem Weg räumen. So das Hemmnis der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frau vom Ehemann, das oft genug das junge Mädchen bestimmt dem ersten besten Untauglichen zur Fortsetzung seines Geschlechts zu verhelfen. Die Mutterschaftsversicherung, die gesetzliche und gesellschaftliche Anerkennung freier sexueller Verhältnisse, das Verbot der Fortpflanzung für Kranke und Degenerierte (in der Praxis schwer durchführbar) wären Errungenschaften im Dienst der Deszendenz.

Gesetzt nun, alle Hindernisse einer freien Auslese wären beseitigt, wird das Weib dann, von einem superben biologischen Instinkt geleitet, den zur Fortpflanzung geistig und körperlich Tauglichsten zum Ehegespons wählen? Nein. Sie denkt nicht daran. Seit wann sind es die Stärksten, Edelsten, Gesundesten, die von den Frauen vorzugsweise geliebt werden? Eine Liebeszuchtwahl gibt es nicht. Amor hat nicht nur im Sprichwort eine Binde vor den Augen. Die Liebe ist in vollster, hellster Wirklichkeit biologisch blind. Der geheimnisvolle Rapport, der zwei Menschen magnetisch zu einander zieht, unterliegt keiner biologisierenden Vernunft. Solange zärtliche Herzen in Liebe schlagen.

ist eine solche Zuchtwahl ausgeschlossen. Mag Eduard von Hartmann immerhin behaupten, dass »instinktiv der Mensch dasjenige Individuum des andern Geschlechts aufsucht, das mit ihm zusammengeschmolzen die Gattungsidee auf das möglichst vollkommene repräsentiert«. In Wahrheit ist es gerade die Liebe, die die Zuchtwahl unterbindet, gerade sie müsste also ausgeschaltet werden, wenn das junge Weib um der Gattung willen in biologischem Idealismus den Gatten wählte.

Ich weiss wenig von Biologie und von Physiologie. Ich habe nur um mich gesehen, gehört. Und ich bin die Vertraute vieler Frauen gewesen. Ich weiss von vielen Kindern, die in Liebe empfangen wurden, und von solchen, die nur der Ehepflicht ihr Dasein verdankten. Und ich weiss, dass Kinder der einen und der andern Art von der selben Mutter geboren wurden. Denn die Liebe war aus der Ehe geschwunden, die Kinder aber fanden ihre Fortsetzung. Und ich habe nicht wahrgenommen, dass die Kinder der Liebe an Schönheit und Vornehmheit die Pflichtkinder übertrafen. Wie und wann sind denn diese Enketen über die Herzen angestellt worden?

Kultur- und Weltgeschichte bestätigen meine Erfahrung. Die Ehen, die der Wille und der Befehl der Eltern oder der Vorgesetzten erzwingen, waren lange Jahrhunderte hindurch die Regel. Und trotzdem ist die Welt unaufhaltsam vorwärts geschritten, und Helden, Dichter, Männer der Wissenschaft wurden gezeugt — ohne Liebe. Ob Goethe und Schiller tiefer, echter Liebe ihr Dasein verdankten? Dürfen wir den Literaturgeschichten trauen, so war es nicht der Fall. Für die Theorie der Rassenveredelung durch die Liebe liegt vorläufig nicht der geringste Beweis vor. Wir wissen noch nicht einmal — Pardon, wenn ich hier die Ethik einen Augenblick ausschalte! —, ob es zweckmässiger für die Gattung ist, wenn die Kinder einer Frau alle von dem selben Vater oder von verschiedenen Vätern erzeugt werden. Ja, ein Kind mit Widerstreben empfangen braucht keineswegs zu missraten. Es lässt sich sogar vorstellen, dass ein der Vergewaltigung entsprossenes Kind sich einem in leidenschaftlicher Liebe erzeugten ebenbürtig erweise. Es kann vorkommen, dass eine Frau ihren Gatten tief und innig liebt, im Liebesakt aber kalt bleibt. Wie dann? Unterbleibt bei dem Kind die rasseneredelnde Qualität? Sehr interessant ist ein Ausspruch Bernard Shaws, des gewieften Menschenkenners: »Dass durch Eltern, die sehr schlecht zusammenpassen, gute Resultate erzielt werden können, ist wahrscheinlich genug, so dass wir mit Bestimmtheit annehmen dürfen, dass das Experiment sie zu paaren früher oder später beinahe ebenso oft absichtlich wie jetzt zufällig versucht werden wird So könnte der Sohn eines kräftigen, muntern, gut verdauenden britischen Landedelmanns, der die Neigungen und die Rangstufe seiner Klasse besitzt, durch die Verbindung mit einer klugen, phantasie-reichen, mit Verstand begabten, hochgebildeten Jüdin seinen beiden Eltern weit überlegen werden.« Möglich, dass dieses Paar ein köstliches Kind erzeugte: Aber welcher Widerspruch würde hier zwischen dem Adel der Ehe und der Rassenzweckmässigkeit klaffen. Die geistreiche Jüdin und der dümmliche Landjunker dürften nie und nimmer zu einer harmonischen Ehe gelangen.

Alles ist Hypothese auf diesem Gebiet. Nichts steht fest. Nicht einmal, ob die Fortpflanzung innerhalb der selben Rasse oder eine Kreuzung verschiedener Rassen, ein Mischtypus, der Menschenveredelung grössere Chancen bietet. Manches gute Beispiel spricht für den Mischtypus. Aber als Allgemeinregel

lässt sich vorläufig weder das eine noch das andere beweisen. Und dennoch: Das Menschentum wird oder kann unerhörte Steigerungen erfahren, möglicherweise bis zum Engeltum oder — um mich bescheidener auszudrücken — bis zum Übermenschen. Mit der immer fortschreitenden, sich verfeinernden Zivilisation wird ganz von selbst die menschliche Rasse sich veredeln, vervollkommen. So denkt, so hofft der Optimist. Dessen nicht ganz sicher ist der Pessimist.

XX

GEORG SCHMIDT · DIE PRIVATVERSICHERUNG

WELCHE Bedeutung ein materieller Schutz in traurigen Wechselfällen des Lebens hat, ist erst durch die Einführung der staatlichen Arbeiterversicherung in weiteren Volkskreisen erkannt worden. Der Widerwille, der sich in der Arbeiterschaft anfangs gegen die Zwangsversicherung sehr stark geltend machte, wich bald der Einsicht, dass einer Versicherung gegen Krankheit und Invalidität ein hoher sozialer Wert innewohne. Das grosse Elend, das früher bei längerer Krankheit oder Invalidität des Ernährers der Familie eintrat, wurde nun doch einigermaßen gemildert. Doch die Volksmeinung blieb dabei nicht stehen, sie lernte daraus, dass der Minderbemittelte sich auch gegen andere materielle Schädigungen des Lebens durch Versicherungen schützen müsste. Den Privatversicherungsgesellschaften hat also die Einführung der staatlichen Versicherung nicht geschadet, sie hat ihnen vielmehr sehr viel Nutzen gebracht. Die staatliche Versicherung vermochte die Privatversicherung nicht einmal auf dem Gebiet der Kranken- und Unfall- (Haftpflicht-) -versicherung völlig abzulösen, weil sie nicht alle jene erwerbstätigen Kreise erfasst, die nach ihrem Einkommen und ihrer sozialen Stellung einer Versicherung bedürfen; des weitern auch, weil sie in den Leistungen nicht voll befriedigen kann. Die Hauptzweige der Privatversicherung, die Lebens- und die Feuerversicherungen, blieben zudem von ihr gänzlich unberührt, ihnen wurde vielmehr neue Nahrung zugeführt. Und neue Versicherungsarten entstanden: die Volksversicherungen, Versicherungen gegen Einbruch und Diebstahl, gegen Wasserschäden und andere mehr. Kurzum, die Privatversicherungsgesellschaften hielten seit dem Inkrafttreten des ersten Versicherungszwangs reiche Ernte.

Die *Volkskrankenkassen* fanden zunächst ein gut vorbereitetes Feld. Der Familienvater sah bald ein, dass die einfache Versicherung gegen Krankheit sehr unzulänglich sei. Die Zeit der Krankheit des Ernährers der Familie stellt besondere Ansprüche an den Haushaltsetat. Mit 9 Mark wöchentlichem Krankengeld konnten schon die Bedürfnisse der Familie nicht befriedigt, geschweige denn auch noch die Pflege des Kranken bestritten werden. Da nun das Krankenversicherungsgesetz eine eigentliche Doppelversicherung nicht zulässt, die freien Hilfskassen aber starke Auslese unter den Aufzunehmenden halten und die Krankenunterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften — wo solche überhaupt bestehen — sehr unvollkommen sind und auch nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft erfassen, so blühte das Geschäft der Privatkrankenkassen stärker denn je. Dagegen wäre an sich nicht einmal viel einzuwenden, wenn diese Krankenkassen eine faire Geschäftsführung hätten. Soweit sie nicht überhaupt Schwindelkassen sind, vor denen zu warnen die Aufsichts-

behörde oft schon Gelegenheit nehmen musste, engen sie die Rechte der Versicherten dermassen ein, dass im Ernstfall die Unterstützung oft versagt. Das Statut ist stark verklausuliert und so für den Arbeiter schwer verständlich, die Zahlung der Unterstützung erfolgt erst nach vielen Mahnungen, so dass der Versicherte dann eigentlich gewahr wird, dass seine jahrelang gezahlten Beiträge nur den Aktionären, dem Aufsichtsrat und dem grossen Stab der höheren Beamten zu gute kamen. Reiches Material liefern hierfür die periodischen Berichte unserer Arbeitersekretariate, die aber sicher nur einen geringen Teil dessen enthalten, was alljährlich an indirektem Volksbetrug dieser Art geleistet wird. Dafür ein typisches Beispiel. Ein Arbeiter war seit vielen Jahren bei der Pensions- und Lebensversicherungsgesellschaft *Deutscher Anker* in Berlin gegen Krankheit versichert. Er zahlte viele Jahre prompt seine Beiträge, ohne die Kasse auch nur einmal in Anspruch genommen zu haben. Ein Unfall, den er erlitt, machte ihn erwerbsunfähig. Er meldete sich am zweiten Tag nach dem Unfall vorschriftsmässig unter Beilegung eines ärztlichen Attestes krank und verlangte von der Versicherungsgesellschaft die ihm zustehende Krankenunterstützung. Wiederholte Anfragen und Mahnungen wegen Zahlung des Krankengelds blieben ergebnislos. Erst durch Eingreifen des Arbeitersekretärs bekam der Mann das rückständige Krankengeld und die Unterstützung noch einige Wochen weiter. Dann aber wurde ihm aufgegeben ein anderes ärztliches Attest beizubringen und sich zu diesem Zweck in das Kreiskrankenhaus zu begeben; die beigelegte Krankenbescheinigung genüge der Kasse nicht. Der Versicherte stand bei der Kasse im Verdacht der Simulation. Die Vorsicht gebot erst beim Krankenhaus nachzufragen, ob die Versicherungsgesellschaft Anweisung gegeben habe den Mann auf ihre Kosten zu behandeln. Das war natürlich nicht der Fall, und der Kranke hätte somit bei Ausserachtlassung dieser Vorsicht die Krankenhausbehandlung aus eigener Tasche zahlen können. Nach 14 Tagen stationärer Behandlung wurde der Versicherte als *teilweise erwerbsbeschränkt* entlassen, und damit war die Herrlichkeit mit dem Krankengeldbezug laut Statut zu Ende; denn nur bei völliger Erwerbsunfähigkeit zahlt die Gesellschaft. Von der Ortskrankenkasse erhielt der Mann sein Krankengeld noch weiter. Über die Geschäftspraktiken der Krankenversicherungskasse zu Chemnitz wusste unser Arbeitersekretär dort ein überaus langes, sehr trauriges Kapitel zu schreiben.

Für die Inhaber solcher Kassen ist dagegen die philanthropische Arbeit ein leidlich gutes Geschäft. So war kürzlich in der *Frankfurter Zeitung* ein Inserat zu lesen, das den Kauf einer hochangesehenen (!) Krankenkasse in Süddeutschland anbot. Als Kaufsumme werden 60 000 Mark gefordert, das Einkommen des Direktors wird mit 12- bis 15 000 Mark jährlich benannt und verspricht ausserdem zu steigen, da die Kasse einen jährlichen Mitgliederzugang von 18 000 aufweisen soll. Nicht in allen Versicherungsgesellschaften sind die Direktorengelöhler so bescheiden. Dem Arbeiter aber werden solche Gehälter, an seinem Einkommen gemessen, riesig hoch erscheinen, und doch bilden sie meist noch nicht die Gesamteinnahmen des Direktors: Tantiemen und Spesen kommen in gleicher Höhe dazu. Bei Konkursen der Schwindelkassen wurde oft festgestellt, dass der grösste Teil der Mitgliederbeiträge für Gehälter, Spesen und ausserordentlich hohe Verwaltungskosten draufgegangen war.

Die grösseren Versicherungsgesellschaften stehen ja nun nicht auf so schwindel-

hafter Basis, sie sind aber noch ein weit besseres Geschäft für die höheren Beamten und Aktionäre und werden mit grösster privatkapitalistischer Ausnutzung betrieben. So zahlte die *Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft* in Lübeck 62½ % Dividende an ihre Aktionäre, *Janus* in Hamburg 56¾ %, *Victoria* in Berlin 55 %, *Thuringia* in Erfurt 50 %, *Providentia* in Frankfurt am Main 35 %, die *Berlinische Lebensversicherungsgesellschaft* 32½ %, *Friedrich Wilhelm* 34 %, *Wilhelma* in Magdeburg 26¾ %, die *Bayrische Versicherungsbank* in München 26 % und so abwärts bis zu 5 %, die der *Deutsche Anker* in Berlin und der *Atlas* in Ludwigshafen zahlen. Welche Summen dabei als Gewinn zur Verteilung gelangen, mag die folgende Aufstellung von 15 Versicherungsgesellschaften veranschaulichen, deren Jahresberichte für 1908 mir zur Verfügung standen; unter ihnen befinden sich nicht einmal die bedeutendsten.

Name der Gesellschaft	Gewinnverteilung		
	Anteil der Aktionäre	Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat	Überweisung an den Reservecfonds
<i>Aachener und Münchener Feuerversicherungsgesellschaft</i>	1 500 000	260 748	538 720
<i>Leipziger Feuerversicherungsanstalt</i>	1 050 000	116 101	100 000
<i>Deutscher Phönix</i>	800 497	87 333	—
<i>Schlesische Feuerversicherungsgesellschaft</i> in Breslau	720 000	179 163	—
<i>Vaterländische Feuerversicherungsgesellschaft</i> in Elberfeld	660 000	97 764	100 000
<i>Providentia</i>	600 000	132 234	250 000
<i>Kölnische Rückversicherungsgesellschaft Minerva</i>	600 000	104 018	185 533
<i>Berlinische Feuerversicherungsanstalt</i>	500 000	52 169	325 000
<i>Preussische Nationalversicherungsgesellschaft</i> in Stettin	450 000	53 000	22 500
<i>Norddeutsche Versicherungsgesellschaft</i> in Hamburg	300 000	133 000	134 000
<i>Feuerversicherungsgesellschaft Rhein und Mosel</i>	240 000	68 333	—
<i>Feuerversicherung Rheinland</i>	186 000	24 551	34 960
<i>Preussische Feuerversicherungsaktiengesellschaft</i> in Berlin	180 000	52 362	130 000
<i>Aachen-Leipziger Versicherungsaktiengesellschaft</i>	150 896	8 386	28 108
<i>Badische Feuerversicherungsbank</i> in Karlsruhe	40 000	4 036	5 000

Über die Höhe der Jahresgehälter für die Direktoren erfährt die Öffentlichkeit nur selten etwas. Kürzlich brachte die Tagespresse eine Gehaltskala der *Iduna* in Halle, die zur Beurteilung der Sache auch hier auszugsweise angeführt werden mag. Der erste Direktor bezog danach 20 000 Mark Gehalt nebst 34 000 Mark Tantiemen (54 000 Mark Jahreseinkommen), der zweite Direktor 9000 Mark Gehalt nebst 11 000 Mark Tantiemen (20 000 Mark Jahreseinkommen), der dritte 10 000 und der vierte 9000 Mark Gehalt. Die 2 Prokuristen müssen sich schon mit je 5650 Mark, und die 12 Bureauvorsteher mit durchschnittlich 2700 Mark Gehalt begnügen. Dann geht es schnell abwärts in der Skala. 84 der Bureaubeamten erhalten 1000 bis 660 Mark Gehalt, 81 sogar nur 600 Mark. Diese Skala bietet ein Bild privatkapitalistischer Ausbeutung und Bereicherung, das dadurch noch ein besonderes Relief bekommt, dass 6 Aufsichtsratsmitglieder zusammen 66 187,81 Mark Tantiemen erhielten. Die Verwaltungskosten sind bei den Versicherungsgesellschaften zudem erheblich hoch. Bei den Lebensversicherungsgesellschaften betragen sie durchschnittlich 15,5 % der Prämieinnahmen, bei den Volksversicherungen aber gar 25 bis 35 %. Ein Viertel bis

ein Drittel der zum grössten Teil aus der arbeitenden Volksmasse herausgeholt Beiträge wird also für den kostspieligen Verwaltungsapparat aufgebraucht.

Der Strom der Volksgelder, der sich in diese Versicherungskassen ergiesst, schwillt jährlich stärker an. Dafür einen zahlenmässigen Beweis. In der Berliner Gesellschaft *Allianz* betragen im Jahr 1890 die Bruttoprämien 495 042 Mark, im Jahr 1908 aber 32 550 885 Mark. Der Reingewinn stieg in dem gleichen Zeitraum von 54 800 auf 1 512 061 Mark, und die Dividende von 4 auf 28 %. Gleiche oder doch zum mindesten ähnlich günstige Abschlüsse könnten noch von einer grossen Anzahl Gesellschaften angeführt werden. Welche Unsummen von Geldern jährlich an die Versicherungen gezahlt werden, dafür einige Zahlen aus dem Jahresabschluss 1907 der 42 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. Neue Lebensversicherungen wurden in dem einen Jahre in Höhe von 935 331 000 Mark eingetragen, was einen Reinzuwachs von 550 398 000 Mark bedeutet. Die Einnahmen aus Prämien betragen 496 677 000 Mark, der Gesamtversicherungsbestand bezifferte sich auf 11 212 108 000 Mark. Dazu kommen die Einnahmen aus den Policen, über die eine Aufzeichnung nicht zu finden war. Man geht also kaum fehl, wenn man die Einnahmen auf weit über 500 Millionen Mark veranschlagt.

Angesichts aller dieser hier nur kurz skizzierten Zustände hat die Frage nach der Verstaatlichung der Versicherungen, die die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag schon angeregt hat, gute Berechtigung. Denn zu der kolossalen Ausbeutung des Volks durch diese privatkapitalistischen Institute gesellt sich noch eine rigorose Handhabung der statutarischen Bestimmungen dieser Gesellschaften. Gerät der Versicherte wegen Arbeitslosigkeit oder wegen sonstiger wirtschaftlicher Misere mit seiner Prämienzahlung in Verzug, so verfällt seine Police in verhältnismässig kurzer Zeit, und all sein eingezahltes Geld ist für ihn verloren. Diese verfallenen Policen sind nicht der geringste Profit der Versicherungsgesellschaften. Wie viel mehr Entgegenkommen könnte eine staatliche Versicherung hier dem Versicherten bieten. Ist eine solche Versicherung auf humanitärer Grundlage aufgebaut, und nicht nur auf Profitmacherei zugeschnitten, so könnte dem Verlust der Anwartschaft ein grösserer Spielraum gestattet werden. Man denke an unsere staatliche Invalidenversicherung. Könnten eine staatliche Lebensversicherung und eine staatliche Zuschusskrankenkasse nicht auf der selben Grundlage errichtet werden? Etwa so, dass der Versicherte Beitragsmarken in einer beliebigen Höhe klebt, wonach sich dann entsprechend die Unterstützung regelt. Und dann, wie bei der Selbstversicherung gegen Invalidität, eine längere Karrenzeit, bis zu der der Anspruch verfällt. Vielleicht könnte auch ein Wiederaufleben der Anwartschaft vorgesehen werden. Damit wäre auch ein Stück Arbeiterfürsorge — noch richtiger: Volksfürsorge — geschaffen. Die Versicherten wären vor einer grossen Schädigung geschützt; den Schwindlexistenzen wäre das unsaubere Handwerk gelegt oder doch zum mindesten erschwert, auch den profitgierigen Versicherungsaktionären und anspruchsvollen höheren Verwaltungsbeamten der Goldstrom abgesperrt, in den manche Träne des Kummers betrogener Versicherter geflossen ist. Und eine gerechtere Verteilung der Gehälter wäre dann wohl zu erwarten; Abstände von 54 000 Mark bis 600 Mark als Jahresgehalt dürften dann wohl nicht vorkommen, selbst wenn es sich um Direktor und Bureauhilfsarbeiter handelt. Durch solchen praktischen Eingriff in das

LUDWIG RADLOF · DIE LAGE DER PREUSSISCHEN EISENBÄHNER



ROSSE Schwierigkeit macht der Gewerkschaftsbewegung die Gewinnung der Eisenbahner, eine Aufgabe, deren Lösung in erster Linie dem Transportarbeiterverband obliegt. Zu den Eisenbahnern rechne ich hier die auf den Zügen, auf den Bahnhöfen und in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter. Zählen wir noch das sogenannte *untere Beamtenpersonal* mit, dann handelt es sich allein in Preussen und Hessen um einen Kreis von zirka 350 000 Personen. Man hat es also mit recht bedeutenden Massen zu tun.

Betrachten wir einmal das Menschenmaterial, das für die Arbeitersache gewonnen werden soll. Schon der Eisenbahnminister von Thielen betonte des öfters, dass der Andrang zur Eisenbahn sehr gross sei. Er wollte mit diesem Hinweis diejenigen widerlegen, die behaupteten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner seien schlecht: Wären die Verhältnisse wirklich so schlecht, dann würde der Andrang eben kein so grosser sein. Die Behauptung des Herrn von Thielen ist unleugbar wahr. Aber die Ursache? Jeder in der Privatindustrie beschäftigte Arbeiter, der in den Eisenbahndienst übertreten will, lässt sich von dem Gedanken leiten, dass er dort Karriere machen kann, dass er dann auch höhern Lohn erhält und endlich, dass er aus einer unsichern in eine sichere Existenz hinübergleitet. Selbst wenn er also als Eisenbahner zunächst einen niedrigeren Lohn als früher erhalten sollte, tröstet er sich mit dem Bewusstsein, dass sich das bald ändern werde. Erst wenn er längere Zeit als Eisenbahner beschäftigt ist, erkennt er, dass seine Phantasie sich von der Karriere, der bessern Entlohnung und der sichern Existenz ein trügerisches Bild gemacht hat. Die weitaus grösste Zahl der Eisenbahner (ich schätze: von den 350 000 mindestens 300 000) kommt über einen Tagelohn von 4 Mark überhaupt nicht hinaus. Jede Bewegungsfreiheit nach aussen ist dem Eisenbahner versagt, er lässt die Dinge gehen, wie sie gehen, nur um nicht entlassen zu werden. Gehörte er ehemals irgend einer freien Organisation an, so muss er jetzt fein still sein und Lohn- und Arbeitsverhältnisse von dem Grad des Wohlwollens seiner Vorgesetzten abhängig machen. Der Gedanke der Organisation verflüchtigt sich bei ihm mehr und mehr, bis er selber auf der Stufe der zufriedenen *müssenden* Arbeiter angelangt ist. In Standesvereinen, wo auch Vorgesetzte hin und wieder erscheinen und ihr Licht leuchten lassen, wird ihm klar gemacht, dass er zu Höherem geboren und berufen sei, dass er seinen Vorgesetzten (vom Werkmeister bis zum Minister) Treue und Gehorsam leisten müsse, dass das Auge des Kaisers gnädig auf ihm und seinen Kollegen ruhe, dass er eine Pensionskasse habe, die ihm bis in sein hohes Alter hinein unter die Arme greife, und dass er endlich durch allerlei Wohltätigkeitseinrichtungen in Zeiten der Not hinlänglich unterstützt werde. Was Wunder, dass er schliesslich an diese Art Reden selbst glaubt und sich von der übrigen Arbeiterschaft absondert!

Neben dieser bestimmten Kategorie von Eisenbahnern, die früher freien Organisationen angehörten, verdient eine andere nicht minder Beachtung; man kann sie die *junge Eisenbahnergeneration* nennen. Das Phlegma und das zufriedene Leben des Vaters, der als Eisenbahner tätig war, vererbt sich auf

seinen Sohn. Die ganze Erziehung wird auf die Ausbildung dieser Eigenschaften zugestutzt. Der Sohn tritt als Lehrling, Handwerker usw. gleichfalls in den Eisenbahndienst — wobei die Vorgesetzten aus leicht ersichtlichen Gründen fleissig mithelfen —, und eine zweite Generation mit den Bedürfnissen der ersten wächst heran. Namentlich die Mütter sind aufs eifrigste bestrebt von ihren Söhnen alles fern zu halten, was ihnen in ihrer Laufbahn Hindernisse bereiten könnte.

Wenden wir uns den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu. Dem preussischen Landtag ging im Januar dieses Jahres ein Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnverwaltungen im Rechnungsjahr 1907 zu. Aus dieser Druckschrift lassen sich, was die Löhne der Eisenbahner anlangt, folgende Zahlen feststellen:

Kategorie	1895	1900	1905	1907
	Mark	Mark	Mark	Mark
Technische Bureagehilfen, Bauaufseher usw.	5,34	6,73	7,23	6,90
Hilfskräfte im innern Dienst (Hilfsskassendiener usw.)	2,80	3,06	3,25	3,40
Hilfskräfte im untern Bahnüberwachungs- und Bahnunterhaltungsdienst	1,64	2,12	2,21	2,50
Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeis erdienst	2,52	2,62	2,73	2,94
Hilfskräfte im Zugdienst (Hilfsbremser usw.)	1,92	2,21	2,49	2,69
Arbeiter im innern Dienst (Steinrucker, Hausdiener usw.)	2,53	2,70	2,85	3,21
Betriebsarbeiter (Kohlenlader, Wasserpumper usw.)	2,32	2,59	2,84	3,15
Bahnunterhaltungsarbeiter	1,99	2,27	2,41	2,66
Hilfskräfte im untern Werkstättendienst	2,71	2,94	3,18	3,63
Hilfswerkführer	4,06	4,19	4,41	4,56
Werkstättenhandwerker				
a) im Tagelohn	2,99	3,44	3,79	4,12
b) im Stücklohn	3,95	4,20	4,23	4,60
Handwerksmässig ausgebildete Werkstättenarbeiter				
a) im Tagelohn	2,44	2,78	3,28	3,36
b) im Stücklohn	3,49	3,69	3,86	4,28
Sonstige Werkstättenarbeiter				
a) im Tagelohn	2,33	2,63	2,88	3,17
b) im Stücklohn	3,22	3,45	3,52	3,82
Werkstattlehrlinge			1,07	1,09

Man darf aber diese schön gefärbte Statistik des Eisenbahnfiskus nicht allzu ernst nehmen. Es lässt sich nicht bezweifeln, dass — vorausgesetzt, diese Löhne seien richtig wiedergegeben —, um diese Löhne zu verdienen, eine mindestens 10- bis 12stündige Arbeitszeit erforderlich ist, davon ganz zu schweigen, dass durch die allseitig anerkannte Teuerung in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 die wirkliche Lohnerhöhung als ausgeglichen gelten kann. Immerhin lässt auch diese Statistik deutlich erkennen, dass die erste Gruppe, die technischen Bureagehilfen (Baufseher usw.) absolut und relativ die besten Löhne beziehen. Wir dürfen diese Kategorie aber kaum zu den Eisenbahnern rechnen, mit denen wir es hier zu tun haben. Von den übrigen 16 Gruppen sind es nur 4, die über 4 Mark Tagelohn beziehen. Die anderen 12 Gruppen variieren zwischen 2,50 und 3,82 Mark. Die Lehrlinge scheiden aus. Diese 12 Gruppen bilden nun die grosse Masse der Eisenbahner. Die preussische Eisenbahnverwaltung verweist zwar darauf, dass die Löhne in jenen 12 Jahren teilweise um 50 Pfennig bis über 1 Mark pro Tag gestiegen

sind. Gewiss. Aber daraus lässt sich doch nur der Schluss ziehen, dass zum Beispiel die Löhne der Hilfskräfte im Bahnunterhaltungsdienst (1895 1,64 Mark pro Tag) unter aller Kritik waren.

Im innigen Zusammenhang mit den Löhnen steht die Arbeitszeit. Vorläufig kann man wohl noch an dem Grundsatz festhalten: Je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit, desto mehr ist der Arbeiter im stande sich gut zu nähren und zu erholen, und desto leistungsfähiger wird er am andern Tag bei der Arbeit sein. Wie sieht es nun mit der Arbeitszeit bei der Eisenbahn aus? Der Bericht der Eisenbahnverwaltung zeigt, dass jener Grundsatz von ihr ganz ausser acht gelassen wird. Man betrachte die Übersicht:

Dienstzeit	Anzahl der Beschäftigten	
	Herbst 1898	Herbst 1908
bis zu 8 Stunden	34 732	44 983
8 bis 9 „	33 550	78 166
9 „ 10 „	95 031	138 359
10 „ 11 „	67 084	109 343
11 „ 12 „	68 714	63 340
12 „ 13 „	11 403	12 377
13 „ 14 „	7 473	7 052
14 „ 15 „	3 032	3 745
15 „ 16 „	2 295	—

Würden wir 10 Stunden Dienstzeit pro Tag als das normale Mass ansehen — länger wird sicher kein höherer Beamter arbeiten —, dann arbeiten noch fast 200 000 Arbeiter über 10 bis 15 Stunden. Der *Weckruf*, das Organ der Reichssekktion der Eisenbahner (angegliedert dem Transportarbeiterverband), hat die Arbeitszeit der einzelnen Eisenbahnarbeiterkategorien genauer festgestellt. Es ergibt sich da folgendes:

Kategorie	Dienstdauer	
	bis zu 10 Stunden	10 bis 15 Stunden
Mittlerer Bahnhofsdienst	9018	3 099
Unterer Bahnhofsdienst	11766	26 791
Verschiebedienst	5 405	5 007
Pförtner- und Bahnsteigschaffnerdienst	1 645	3 535
Abfertigungs- und Lademeisterdienst	17 061	2 189
Werkstätten- und Magazindienst	4 282	709
Wagenmeisterdienst	1 284	1 574
Maschinen- und Maschinenwärterdienst	637	1 245
Lokomotivdienst	18 482	18 913
Zugdienst	18 304	25 224
Bahnfahrarbeiter	10 585	22 828
Maschinenputzer und Schuppenfeuerleute	4 047	8 421
Güterbodenarbeiter	9 856	10 554
Beamte im innern Dienst	15 624	207
Arbeiter im innern Dienst	1 270	133
Bahnmeisterdienst	1 787	1 110
Unterer Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst	3 457	31 896
Bahnunterhaltungsarbeiter	56 544	31 544
Werkstättenarbeiter	70 454	878
zusammen	261 508	195 857

Wenn nicht beim Akkordsystem auf der Eisenbahn der erfolgreiche Versuch gemacht wird aus dem Arbeiter mehr herauszupressen, dann muss jede Lohnerhöhung dazu herhalten, um die Arbeitszeit dementsprechend zu verlängern. Zwar bestehen Arbeiterrausschüsse, die berufen sind derartige Arbeitszeitverlängerungen abzuwehren. Aber die Massregelung von 8 Eisenbahnern auf dem Anhalter und Potsdamer Güterbahnhof im August dieses Jahres beweist, dass deren Funktionen nur auf dem Papier stehen. Was war dort geschehen? Der neugewählte Arbeiterrausschuss hatte unter anderm den Antrag gestellt die Arbeitszeit für den Winter auf 8 Stunden herabzusetzen und infolge der Teuerung eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig pro Tag eintreten zu lassen. Der Eisenbahnpräsident erklärte, aus dieser horrenden Forderung spreche eine ordnungsfeindliche Gesinnung. Man sieht, in der Anführung von Gründen ist die Verwaltung nicht zaghaft.

Am meisten haben die Eisenbahner wohl unter dem Stücklohnsystem zu leiden, das fast überall auf den Bahnhöfen und in den Werkstätten vorherrschend ist. Selbst Beamte haben schon ihrem Ärger Luft gemacht und Abstellung der daraus sich ergebenden Schäden gefordert. In der Eisenbahnwerkstätte Neumünster sind annähernd 1000 Akkordarbeiter beschäftigt. Kein Mensch weiss aber, für welchen Preis er seine Arbeiten verrichten muss. Auf eindringliches Bitten legte die Verwaltung den Arbeitern endlich einen Stücklohtarif mit sehr niedrigen Preisen vor. Bei dieser Gelegenheit kamen die Arbeiter aber dahinter, dass die Verwaltung ausserdem noch einen andern Tarif in Händen hatte, der bessere Preise enthielt. Die Anwendung dieser beiden Tarife ist nun dem jeweiligen Gruppenwerkmeister respektive Betriebsingenieur überlassen. Es hängt von der Willkür der Verwaltung und dem Wohlverhalten der Arbeiter ab, welcher Tarif für eine bestimmte Arbeit Geltung haben soll. Die Eisenbahndirektion Köln hat die Stücklohnarbeit auf den Güterböden eingeführt. Die Vielseitigkeit dieser Arbeit erschwert die Abstellung ihrer Mängel ausserordentlich. Die Fehlerquelle bildet in den meisten Fällen das Hasten und Jagen bei der Arbeit, das nicht so sehr das Streben nach Fertigstellung der Arbeit zeigt als vielmehr die Sucht nach schärfster Ausnutzung der Arbeitsgelegenheit. Im *Flügelrad*, einer *staats-erhaltenden* Eisenbahnzeitung, konnte man folgendes lesen:

»Stücklohn pflegt man allgemein nur da zu vereinbaren, wo die Arbeitszeit vom Beginn bis zu ihrem Ende voll ausgenutzt werden kann, da gerade die gleichmässige gesteigerte Leistung den Erfolg sichert. So günstig liegt indessen die Güterbodenarbeit nicht. Wo die Nachtarbeit abgeschafft ist, handelt es sich im Frühdienst vor allem darum eine tunlichst grosse Zahl von Wagen auszuladen: 1., um dem Bureaupersonal und dem Rollfuhrunternehmer Arbeit zu verschaffen, und 2., um bei Beginn der Güterannahme zur Durchführung der sofortigen Verladung für jede Richtung mindestens einen leeren Wagen in Bereitschaft zu haben. Bei Tagesanfang liefern der Rollfuhrunternehmer und die Privatspediteure das Gut ab, welches sie tags zuvor in den Abendstunden gesammelt haben, und wenn dieser Ansturm überwunden ist, stehen die Annahmebediensteten nicht selten müssig umher. Je niedriger die Stücklohnsätze sind, um so mehr sind die Arbeiter auf eine scharfe Ausnutzung der Arbeitsgelegenheit angewiesen, und der Wettbewerb zwischen den einzelnen Annahmekolonnen führt dazu, dass die Auslieferer schwer wiegender und bequem zu verladender Güter derartig vor anderen bevorzugt werden, deren Frachtstücke unhandlich sind oder wenig ins Gewicht fallen . . . Der Verkehr ist aber grossen Schwankungen unterworfen. Es ist bekannt, dass Sonnabends der Versand am stärksten ist, und dass die Herbstmonate den regsten Stückgutverkehr aufweisen.«

Aus diesem Bedarf an Arbeitern ergibt sich die Höhe des Stücklohns. Er

darf nicht so knapp bemessen sein, dass nur bei fortwährender angestrenzter Arbeit ein Akkordüberschuss erzielt wird, sondern auch in verkehrsschwachen Monaten muss wenigstens für einzelne Kolonnen noch ein kleiner Mehrverdienst herauskommen. Man kann leider nicht sagen: für die Fleissigsten. Denn Fleiss und Akkordüberschuss stehen gewöhnlich nicht im richtigen Verhältnis zu einander, weil die Tonnenzahl entscheidet, und hierin erzielt der Nachlässige leicht einen Vorsprung vor dem gewissenhaften Arbeiter. In dem Stücklohn liegt also der Anreiz zu oberflächlicher Arbeit.

Um der Nachlässigkeit zu steuern, sind einzelne Verwaltungen dazu übergegangen eine gegenseitige Überwachung des Verladendienstes der verkehrssicheren Abfertigungen einzuführen. Sämtliche Ladefehler wurden gemeldet und in Nachweisungen zusammengestellt, die ein- oder mehrmals im Monat ausgetauscht werden. Für jeden entdeckten Fehler erhält dann das Personal eine kleine Vergütung, für den verschuldeten Fehler erleidet es den gleichen Abzug. Diese Massregel aber krankt daran, dass nur bei fehlenden, nicht aber bei überzähligen Gütern die Schuldigen ermittelt, sowie dass Fehler der Lademeister und Frachtbriefsortierer leicht den Ladekolonnen angerechnet werden. Die Haftbarmachung der ganzen Akkordgemeinschaft für nicht aufzuklärende Ladefehler und Nachlässigkeit sowie die Ersatzpflicht für Beschädigungen und Verluste an Gütern trifft den gewissenhaften Arbeiter mit dem selben Betrag wie seinen gleichgültigen Kameraden. Dieser Lohnabzug ist eine Strafe; sie mag nötig sein, um den Lässigen in Zucht zu halten und die guten Arbeiter zur Beaufsichtigung ihrer gleichgültigen Mitarbeiter zu zwingen, aber ein grosser Teil der Arbeiterschaft wird zu Unrecht bestraft, und dann verliert der Abzug gar leicht seinen erzieherischen Zweck und erzeugt Verwirrung und Erbitterung.

Aus allen Teilen Deutschlands kommen Klagen der Eisenbahner über das Stücklohnsystem. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat auch schon unter dem Druck der Verhältnisse seine Abschaffung in Erwägung ziehen müssen. Dabei ist es aber geblieben. Die Verwaltung will dieses System nicht aufgeben, das einmal den Fiskus bereichert und andererseits die Eisenbahner unter einander entzweit und erbittert.

Mit diesen Waffen ist das Arsenal der Eisenbahnverwaltung noch nicht erschöpft. Ihre Stellung zum Koalitionsrecht der Eisenbahner beweist, dass sie auch nicht ein Jota von ihrem Machtstandpunkt abgehen will. Am 20. März dieses Jahres erklärte der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach im Abgeordnetenhaus:

•Meine Herren, ich habe in den letzten Jahren wiederholt hier bekanntgegeben, welche Stellung ich gegenüber den Eisenbahnvereinen, den Fachvereinen, den Berufsvereinigungen aller Art einnehme. Ich darf diese meine Stellungnahme dahin kennzeichnen, dass ich diesen Vereinigungen wohlwollend, ja entgegenkommend gegenüberstehe. Ich habe nur immer einen Vorbehalt machen müssen: Unsere angestellten Beamten und Arbeiter müssen sich von Anbeginn darüber klar sein, dass sie nur Vereinigungen angehören dürfen, die sich nicht als ordnungsfeindliche charakterisieren, und die nicht den Streik der Verkehrsangestellten zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Forderungen proklamieren wollen.

Das ist wenigstens klar. Das reichsgesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wird von der preussischen Eisenbahnverwaltung für ihre Arbeiter nicht anerkannt. Die Stellung Preussens im Reich wird dadurch charakterisiert. Man

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Maurenbrecher

**Partei-
gruppierung** Was die Reichstagsersatzwahl in Neustadt-Landau begonnen (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 2. Band, pag. 984 und 1157), haben alle späteren Wahlen bestätigt und noch verstärkt. Die Lösung der Reichsfinanzreform durch Konservative und Zentrum hat in der Stimmung der Bevölkerung in allen Landesteilen und in allen Kreisen einen *Ruck nach links* herbeigeführt. Bei der Reichstagsersatzwahl in *Stollberg-Schneeberg* konnte sich das nur in einem gewaltigen Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zeigen, da dies Mandat bereits früher im Besitz der Partei war. Bei der Reichstagsersatzwahl in *Koburg* aber wurde, ebenso wie in Neustadt-Landau, durch die gewaltige Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen auch das Mandat erobert. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen in der Hauptwahl gegen 1907 um fast 1000, während die Nationalliberalen um fast 1000, und die Freisinnigen um mehr als 900 Stimmen herunter gingen. In der Stichwahl hat unsere Partei noch bedeutende Reserven aufzubringen vermocht. Aber es müssen auch freisinnige Stimmen in grosser Zahl für den Sozialdemokraten abgegeben worden sein. Sehr grosses Aufsehen haben die Landtagswahlen in Baden und Sachsen erregt. In *Baden* hat sich durch die Wahl (siehe darüber auch den Artikel Kolbs in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1461 ff.) die Stärke der Fraktionen wie folgt verschoben: Das Zentrum ist von 28 auf 26 Mandate gesunken, Konservative und *Bündler* zusammen gingen von 4 auf 3, die Nationalliberalen von 23 auf 17 zurück, die Demokraten stiegen von 5 auf 6, die Freisinnigen sind wieder durch 1 Mandat vertreten, und die Sozialdemokraten gingen von 12 auf 20 hinauf. Unsere Partei ist also die einzige, die bei dieser Wahl auch nicht einen Wahlkreis verloren hat. Das Zentrum hat ein volles Drittel seiner Stimmen an die Sozialdemokratie eingebüsst, und das ist bei dieser Partei etwas Ungeheuerliches. Bemerkenswert und vorbildlich war das Verfahren bei den Stichwahlen.

Wie im Jahr 1905 so hat sich auch jetzt wieder der grosse Block zwischen dem Gesamtliberalismus und der Sozialdemokratie gebildet. Von den 35 Wahlkreisen, in denen es zur Stichwahl kam, wurde über 24 ein Abkommen zwischen den Parteien der Linken getroffen, während man bei den übrigen 11 ein solches nicht nötig hatte, da hier ein Sieg der Konservativen oder des Zentrums ausgeschlossen war. Von allen Seiten wird berichtet, dass dieses Stichwahlabkommen auch von den nationalliberalen Wählern treu eingehalten worden ist. Das bedeutet sehr viel. Denn unmittelbar vor Abschluss dieses Abkommens hatte die badische Regierung selbst durch einen offiziellen Artikel die Nationalliberalen vor diesem Abkommen gewarnt und dem Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie das Wort geredet. Der Erfolg hat gelehrt, dass trotz aller dieser Anfechtungen die nationalliberale Wählerschaft ihre Front in überwiegendem Mass nach rechts und nicht nach links gewandt hat. Man darf hierin wohl eine bedeutsame Wirkung der Politik sehen, die gerade unsere badischen Parteigenossen seit Jahren vertreten haben. Trotzdem ist es nicht möglich gewesen das Vordringen der Konservativen und des Zentrums in den Stichwahlen zu verhindern. Sie haben zusammen doch noch 6 Sitze genommen. Allerdings haben in 3 Wahlkreisen ihre Mehrheiten nur 50, 48 und 27 Stimmen betragen. Immerhin ist durch diesen nachträglichen Erfolg die Niederlage des Zentrums, was die Mandatziffer anlangt, etwas verschleiert worden. Im neuen Landtag sind nun 3 ungefähr gleich starke Gruppen vorhanden: Zentrum und Konservative verfügen über 29, der Gesamtliberalismus zählt 24 und die Sozialdemokratie 20 Mandate. Keine dieser 3 Gruppen für sich allein ist stark genug die Mehrheit des Parlaments zu bilden, jede von ihnen ist auf Kompromisse mit einer der beiden anderen angewiesen. Es ist zu hoffen und zu erwarten, dass der Grossblock, der bei den Stichwahlen vollendet wurde, auch in der weitem parlamentarischen Arbeit des Landtags seine Wirkung tun wird. Bisher ist das Verhältnis der 3 grossen Gruppen, in der selben Reihenfolge genannt, folgendes gewesen: 32:29:12. Das

Ergebnis der Neuwahl ist also, dass die Sozialdemokratie aus dem kleinen Zünglein an der Wage zu einer den beiden grossen historischen Parteien ebenbürtigen Partei geworden ist.

Die Wahlen in Sachsen (siehe darüber den Artikel Gradnauers in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1466 ff.) waren deshalb besonders interessant, weil hier zum erstenmal in Deutschland nach dem Pluralwahlrecht gewählt wurde. Trotz seiner raffinierten Ausklügelung und trotz der Entrechtung breiter Massen von Wählern, die wegen rückständiger Steuern aus den Listen gestrichen wurden, ohne dass vom Gesetzgeber selbst diese Streichung beabsichtigt war, hat die Sozialdemokratie 25 von im ganzen 91 Mandaten erobert. Sie gewann in der Hauptwahl 15 und konnte in der Stichwahl noch 10 neue hinzubekommen. Im frühern Landtag zählten die Konservativen 46 Mandate; sie sind nun auf 29 zurückgedrängt worden. Auch die Nationalliberalen sind um eine Kleinigkeit gesunken: von 31 auf 29. Dafür sind die Freisinnigen von 3 auf 8 und die Sozialdemokraten gar von 1 auf 25 gestiegen. Das Verhältnis der Parteien ist ähnlich wie im badischen Landtag. Auch hier sind 3 grosse Gruppen vorhanden: 29 Konservative, 37 Liberale und 25 Sozialdemokraten. Auch hier kann keine der grossen Gruppen allein den Landtag beherrschen. Nach den Traditionen der sächsischen Politik ist es möglich, dass Konservative und Nationalliberale in den meisten Fällen zusammengehen werden. Immerhin ist gerade durch diesen Wahlkampf und durch das, was ihm voraus ging, eine starke Entfremdung auch zwischen diesen beiden Parteien eingetreten. Und es könnte Situationen geben, in denen es unseren Genossen gelingt nach badischem Muster einen Block der Linken gegen die Konservativen zu bilden, zum Beispiel beim Volksschulgesetz. Die Rückwirkung dieser parlamentarischen Situation auf denjenigen Teil unserer Parteigenossen, der bisher infolge der vollkommenen Einflusslosigkeit der Partei im Parlament sich als intransigent gebärden konnte, wird wahrscheinlich bald zu verspüren sein. Die sächsischen Stichwahlen bieten nicht das einheitliche Bild wie die badischen. Die Freisinnigen verzichteten auf eine Gesamtparole für das ganze Land. In mehreren Kreisen haben sie, wie die Wahlziffern zeigen, die Sozialdemokraten

unterstützt. Auch die Nationalliberalen sind wenigstens in einem Wahlkreis (Freiberg-Land) in einem öffentlichen Flugblatt für die Unterstützung der Sozialdemokraten eingetreten, und rund die Hälfte ihrer Wähler ist dieser Parole wirklich gefolgt. Auf der andern Seite haben in einem Fall, im 6. ländlichen Kreis, auch Konservative und *mittelständlerische* Wähler den Sozialdemokraten gewählt, um die Wahl eines Nationalliberalen zu verhindern. Bei der Vergangenheit der Parteien in Sachsen ist es nicht zu verwundern, dass eine einheitliche Front der Linken in den Stichwahlen noch nicht zu erreichen war. Es ist aber gegen früher immerhin schon eine gewaltige Besserung, dass überhaupt bürgerliche Parteiführer öffentlich für die Sozialdemokraten eintreten konnten. Genau wie in Baden wird es auch hier von der parlamentarischen Haltung der Sozialdemokraten abhängen, ob diesen glücklichen Keimen für die Zukunft ein grösseres Wachstum beschieden sein wird oder nicht.

Bei den Landtagswahlen in Meiningen hat unsere Partei 9 Mandate erobert. Bei den Bezirksratswahlen in Elsass-Lothringen hat sie ihre Mandatziffern gleichfalls gesteigert. Auch die Kommunalwahlen in Berlin, Altona, Köln usw. sind ein starker Erfolg für sie gewesen. In Berlin sind die Freisinnigen aus allen Kreisen, in denen gewählt wurde, in der 3. Abteilung verdrängt worden. Neben 14 Sozialdemokraten wurden 2 Sozialliberale gewählt, der eine mit sozialdemokratischer Unterstützung in der Stichwahl.

× Zarenreise ×
Der Kaiser von Russland hat den König von Italien in Racconigi besucht. Die Reise wurde ausgeführt, indem der Zar ostentativ vermied österreichisches Gebiet zu berühren. Sowohl die Trinksprüche als auch die offiziellen Press-äusserungen sprechen davon, dass Italien und Russland auf der Balkanhalbinsel die selben Ziele verfolgten. Ein früherer Beamter des Auswärtigen Amts hat darauf die Frage aufgeworfen, ob bei dieser veränderten Sachlage überhaupt die Fortführung des Dreibunds über 1914 hinaus noch im Interesse der deutschen und österreichischen Politik liege. Man wird diese Meinung in der Tat sorgsam zu prüfen haben. Deutschland und Österreich verfolgen auf dem Balkan traditionell die

Politik der Stärkung des türkischen Staats. Russland und England haben seit Jahrzehnten an der Zerbröckelung des türkischen Staats gearbeitet. Wenn Italien sich diesem letztern Ziel zuneigt, so ist es allerdings richtig, dass für die Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit der deutsch-österreichischen Balkanpolitik das Ausscheiden Italiens aus dem Dreibund nur wünschenswert wäre.

× **Griechenland** In Griechenland brach am 29. Oktober eine Meuterei unter den Marineoffizieren aus. Der Führer Leutnant Tybaldos gehörte zu derjenigen Minorität des Offiziersbundes, die auf Errichtung einer Militärdiktatur und Umsturz der Verfassung hinaus wollte. Als diese Minorität im Offiziersbund selbst nicht durchgedrungen war, versuchte sie auf eigene Hand vorzugehen, wurde aber nach wenigen Stunden geschlagen, weil die grosse Mehrheit der Offiziere und der Mannschaften der Dynastie treu blieb. Die meuternden Offiziere sind geflohen, dann aber gefangen genommen worden.

Der griechische Kriegsminister hat dem Parlament den Plan einer Militärrorganisation vorgelegt, die, wenn sie verwirklicht wird, die Machtverhältnisse auf der Balkanhalbinsel verschieben muss. Die griechische Armee zählt jetzt im Frieden 28 600 Mann, im Krieg buchmässig 82 000 Mann. Statt dessen sollen nach dem neuen Plan zum stehenden Heer und zur Reserve 1. Klasse in Zukunft zusammen im ganzen 216 000 Mann gehören, während die Reserve 2. Klasse und die beiden Klassen der Landwehr zusammen rund 230 000 Mann umfassen sollen. Die ganze Reorganisation soll erst nach 3 Jahren durchgeführt sein. Sofort aber sollen stehendes Heer und Reserve 1. Klasse zusammen auf 120 000 Mann gebracht werden. Schon das würde eine Vervierfachung der militärischen Stärke Griechenlands bedeuten, wenn die Reorganisation die Zustimmung des Parlaments findet, und wenn das griechische Offizierkorps die intellektuellen und moralischen Kräfte hat diese vergrösserte Truppe auch wirklich militärisch zu erziehen.

× **Sonnemann** † 78 Jahre alt ist der berühmte Begründer der *Frankfurter Zeitung*, Leopold Sonnemann, gestorben. Er stand am Anfang der beiden ersten Organisa-

tionen des deutschen Parteilebens, die sich dann freilich nicht nach seinem Sinn entwickelt haben: Er gehörte zu den Begründern des *Nationalvereins*, aus dessen Geist später die nationalliberale Partei entstanden ist; und er gehörte zu den ersten Führern des *Vereinstags deutscher Arbeitervereine*, jener Organisation, aus der 1868-1869 die sogenannte *Eisenacher* Richtung der Sozialdemokratie wurde. Bis 1884 war er Mitglied des Reichstags. Er verlor sein Mandat, weil aus dem Reichskanzleramt das berühmte Telegramm *Fürst wünscht Sabor* die regierungstreuen Stimmen in der Stichwahl den Sozialdemokraten zuführte. Er hat dann nicht, wie andere Vertreter des grosstädtischen Liberalismus, sich eine neue Heimat in den Kreisen des Grossgrundbesitzes gesucht sondern ist aus dem parlamentarischen Leben geschieden. Seine Zeitung aber blieb eines der wenigen grosskapitalistischen Blätter, das der Sozialreform und der Arbeiterbewegung freundlich gegenüber stand. Gerade die *Frankfurter Zeitung* hat noch in den letzten Jahren den bürgerlichen Liberalismus gemahnt bei Stichwahlen die Sozialdemokratie zu unterstützen und nicht die Reaktion. Sonnemann ist vielfach sehr zu Unrecht angegriffen worden. Heute ist, auch in sozialdemokratischen Kreisen, eine gerechtere Würdigung seiner Persönlichkeit möglich.

× **Kurze Chronik** Das neue englische Budget ist am 4. November vom Unterhaus mit 379 gegen 149 Stimmen angenommen worden. Ende November wird die Entscheidung vor dem Oberhaus fallen. × Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* veröffentlichte am 6. November den Text des neuen deutsch-portugiesischen Handelsvertrags. Für rund 60 % unserer Ausfuhr nach Portugal sollen dadurch die gegenwärtigen Zölle gebunden werden, für etwa 12 % soll Ermässigung eintreten, für etwa 28 % wird die von Portugal geplante Erhöhung wenigstens auf eine bestimmte Maximalhöhe gebunden. × Das spanische Kabinett Maura, das die rechtswidrige Erschiessung Ferrers auf dem Gewissen hat, hat vor dem Sturm der öffentlichen Meinung Europas zurücktreten müssen. Das neue liberale Kabinett Moret hat sich beeilt die Akten des Ferrerprozesses zu veröffentlichen und damit die Blossstellung des letzten Kabinetts vervollständigt. Ob es dem

liberalen Ministerium gelingt die in Marokko entstandenen Konflikte zu einem guten Ende zu führen steht noch dahin. Der Ministerpräsident Moret ist von seiner frühern Regierungszeit her durchaus nicht als energischer Mann bekannt. Man wird kaum hoffen dürfen, dass es ihm gelingen wird die verzweifelte Lage Spaniens im Innern wie nach aussen irgend wie heben zu können. X Wie in anderen Rubriken bereits mitgeteilt, wurde auf dem 3. deutschen Hochschullehrertag bekannt gegeben, dass eine Gruppe von Industriellen der sächsischen Regierung eine Stiftung von 30 000 M. jährlich angeboten habe, wenn diese an der Universität Leipzig noch eine national-ökonomische Professur errichten und mit dem Rostocker Professor Ehrenberg besetzen wollte. Die Regierung hatte in sich nicht Würde genug ein solches Geschenk abzulehnen. Aber der Senat der Universität hat es verworfen. Gegen die Stiftung einer Professur und ihrer Dotierung mit 30 000 M. jährlich ist an sich nichts einzuwenden. In Amerika sind fast alle Lehrstühle auf diese Weise entstanden. Aber dass die Gabe an die Bedingung gebunden werden sollte, dass ein bestimmter Professor, der in scharfem Gegensatz zu der sozialpolitischen Richtung der Nationalökonomie steht, berufen werde, charakterisiert erst diesen besondern Fall.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Haas Am 26. Oktober hat der Generalanwalt des *Reichsverbands landwirtschaftlicher Genossenschaften* Geheimrat Wilhelm Haas seinen 70. Geburtstag gefeiert, der dem verdienstvollen Förderer eines der wichtigsten Zweige der deutschen Genossenschaftsbewegung Ehrungen im reichen Mass einbrachte. Haas wurde am 26. Oktober 1839 in Darmstadt geboren, widmete sich dem Studium der Rechtswissenschaften und trat 1862 in hessische Staatsdienste. Neben seiner amtlichen Tätigkeit trat er zunächst in seiner engern Heimat als Gründer und Organisator von landwirtschaftlichen Konsumvereinen hervor, die er im Jahr 1873 zu einem Landesverband zusammenschloss. Bald gewann er Fühlung mit der allgemeinen Genossenschaftsbewegung, als er die von ihm in Darmstadt gebildete genossenschaftliche Zentralkasse der von Raiffeisen neu gegründeten landwirtschaftlichen General-

bank anschloss. Diese erste Zentralorganisation musste allerdings nach einiger Zeit wieder aufgegeben werden, da Zeit und Menschen noch nicht reif dafür waren. Dagegen legte Haas im Jahr 1883 in der Zusammenfassung einer Anzahl selbständiger genossenschaftlicher Landesverbände in die *Vereinigung deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften* mit glücklicher Hand den Grundstein zu seinem Lebenswerk. Diese Vereinigung, der heutige *Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften*, zu deren Vorsitzenden er sofort gewählt wurde, hat sich zur mächtigsten Genossenschaftsorganisation Deutschlands ausgewachsen, die 41 Revisionsverbände, 67 Zentralgenossenschaften, 12 584 Kreditgenossenschaften, 2128 Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften, 1960 Molkeereigenossenschaften und 1591 sonstige Genossenschaften, zusammen also 18 330 Genossenschaften mit rund 1 600 000 Mitgliedern umfasst. Und immer war es Haas, der mit offenem, vorurteilsfreiem Blick die Geschicke dieses Verbands geleitet, die vorhandenen Gegensätze ausgeglichen, die Anregung zur Schaffung immer grosszügigerer Organisationen gegeben hat. Besonders anerkennend ist hervorzuheben, dass Haas niemals dem Streit sondern stets der gegenseitigen Achtung der verschiedenen Genossenschaftsarten das Wort geredet hat, ja dass er sogar von einem friedlichen Zusammenarbeiten aller deutschen Genossenschaften geträumt hat.

Haas bekleidet ausser einer Reihe sonstiger Ehrenämter seit 1898 das Amt eines Präsidenten der zweiten Kammer des hessischen Landtags und ist seit 1898 auch Mitglied des Reichstags, dessen nationalliberaler Fraktion er angehört. Sein Staatsamt hat er vor 9 Jahren niedergelegt, um sich ganz seiner Lieblingsaufgabe zu widmen. Unter den ihm bei seinem 70jährigen Geburtstag zu teil gewordenen Ehrungen war nach seinem eigenen Ausspruch die schönste eine für allgemein genossenschaftliche, für wissenschaftliche und für humanitäre Zwecke bestimmte *Wilhelm Haas-Stiftung*.

X **Grösste Konsumvereine** Der von uns in voriger Rundschau (pag. 1385 ff.) besprochene Bericht des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins enthält auch eine interessante Zusammenstellung der Grösse und der Geschäftsergebnisse der 10 grössten existierenden Konsumvereine. Es waren dies:

Name des Vereins	Gründungs- jahr	Mitglie- derzahl	Umsatz M.	pro Kopf M.	Eigenpro- duktion M.	Geschäfts- guthaben M.	Reserven und sonst. Fonds M.
Breslauer Konsumverein	1866	87 319	18 815 113	215	?	1 090 051	1 020 945
Leeds: <i>Industrial Society</i>	1847	49 709	37 619 820	756	6 198 360	15 991 000	1 171 100
Leipzig-Plagwitzerkonsumverein	1884	40 508	16 864 590	416	5 515 776	1 273 366	731 726
Wien: <i>Erster Niederrösterreichischer Arbeiterkonsumverein</i>	1864	36 730	8 965 444	244	1 580 075	231 024	731 726
Hamburg: <i>Produktion</i>	1899	35 098	8 041 755	204	3 500 000	5 18 612	704 043
Edinburger Konsumverein	—	34 818	29 100 160	853	?	11 105 700	126 904
Boltoner Konsumverein	—	34 198	18 195 400	532	?	14 331 800	2 596 120
Basel: A. C. V.	1865	29 841	14 310 658	472	?	?	648 500

Wie man sieht, ist die Entwicklung dieser Vereine eine sehr verschiedenartige. Mitgliederzahl, Umsatz und Eigenproduktion stufen sich durchaus nicht im gleichen Verhältnis ab. Der der Mitgliederzahl nach grösste Verein, der Breslauer, muss sich in anderer Beziehung von einer ganzen Anzahl Vereinen übertrumpfen lassen. Sein Umsatz beträgt nur 18,8 Mill. M., während die grosse Leeder Genossenschaft einen solchen von 37,6 Mill. aufweist, und selbst der Leipzig-Plagwitzer Verein bei einer noch nicht halb so grossen Mitgliederzahl die Umsatzhöhe des Breslauer fast erreicht hat. Besonders deutlich tritt die-

ser Unterschied zu tage, wenn wir die berechneten Durchschnittsumsätze pro Mitglied vergleichen. Der hohe Durchschnittsumsatz der englischen Konsumvereine erklärt sich daraus, dass diese Vereine neben dem Vertrieb von Lebensmitteln sich auch den aller möglichen sonstigen Gebrauchsgüter, inklusive Wohnungen, zur Aufgabe gemacht haben. Vorteilhaft zeichnen sich die englischen Konsumvereine auch durch ihr hohes Guthabenskapital aus, das ihnen vor allem eine intensive Förderung der Eigenproduktion gestattet. Auch in dieser Hinsicht schießt der Leeder Verein, der eine ganze Reihe bedeutender Fabriken sein eigen nennt, den Vogel ab. Doch ist der Prozentsatz der selbstproduzierten Waren im Vergleich zu den verkauften beim Leipzig-Plagwitzer noch grösser, und noch günstiger ist dieses Verhältnis bei der jungen *Produktion*, die damit ihrem Namen alle Ehre macht.

×
Allgemeiner Verband

Der vom 10. bis zum 12. August in Freiburg i. B. abgehaltene 50. Genossenschaftstag des *Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* stand unter dem Zeichen der Jubiläumstagung. Es war eine Reihe illustrierter Gäste erschienen, darunter die Vertreter verschiedener Ministerien und Unterstaatssekretär Richter, der die Glückwünsche des Reichskanzlers und die Ernennung des Verbandsanwalts zum Professor überbrachte. Nachdem die Fest- und Glückwunschsreden verklungen waren, wandte der Genossenschaftstag sich der Arbeit zu und fasste eine Reihe sehr richtiger Beschlüsse, über die Grundsätze, die bei der Gründung von Handwerker- und Baugenossenschaften zu befolgen seien, über die durch das neue Reichsgesetz geschaffene Möglichkeit einer Versicherung der Baugenossenschaften gegen Mietsausfälle, über die Liquidität der Konsumvereine usw. Leeder sollte auch diese Tagung des *Allgemeinen Verbandes* nicht vorübergehen, ohne dass man an den Konsumvereinen des *Zentralverbandes* und der von ihnen befolgten Taktik sein Mütchen gekühlt hätte. Diesmal waren es die Bezirkskonsumvereine, die den Zorn des Anwalts und seiner Getreuen erregt hatten, da sie in ihnen Ansätze zu einer Zentralisierung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens sehen. Unter dem Aufwand von viel nationalökonomischer

Theorie wurde ihre Verurteilung in einer Resolution ausgesprochen, in der es unter anderm heisst, dass »diese Vereine einen Vorstoss gegen das innere Wesen der Genossenschaft, insbesondere auch gegen den wichtigsten genossenschaftlichen Grundgedanken *Selbständigkeit der Einzelgenossenschaft* darstellen. Selbstverständlich wird diese Resolution, die überdies im Widerspruch mit dem Verhalten einer Reihe von Kreditgenossenschaften innerhalb des *Allgemeinen Verbandes* steht, die Entwicklung der Bezirkskonsumvereine so wenig hemmen wie die früheren Bannflüche, die Herr Crüger gegen Einrichtungen des *Zentralverbandes* geschleudert hat, irgendwelche Wirkung gehabt haben.

×
Dänemark: Am 7. Juni wurde in Aarhus die Generalversammlung der dänischen Grosseinkaufsgesellschaft abgehalten, die zugleich der Feier des 25jährigen Bestehens dieser Organisation gewidmet war. Sie blickt auf eine geradezu glänzende Entwicklung zurück. Es ist ihr gelungen mit wenigen Ausnahmen sämtliche Konsumvereine des Landes sich anzugliedern. Ausser in Aarhus und Kopenhagen hat sie noch an 9 Plätzen des Landes Lager errichtet. Besonders hoch entwickelt ist ihre Eigenproduktion. Sie betreibt eine Kaffeerösterei, eine Gewürzmühle, eine Schokoladen-, eine Zuckerwaren-, eine Tabak- und Zigaretten-, eine Trikotagen-, eine Tau- und eine Seifenfabrik, die im letzten Jahr einen Umsatz von 480 969 M. erzielte. Der Umsatz sämtlicher Produktivabteilungen belief sich auf rund 5 Mill. M., das ist ein Neuntel des Gesamtumsatzes der Gesellschaft, während der in der Produktion gemachte Reinüberschuss 642 544 M. = ein Drittel des gesamten Reinüberschusses betrug. Der mit den 1191 angeschlossenen Vereinen erzielte Gesamtumsatz der Gesellschaft stellte sich im letzten Jahr auf 46 425 329 M. gegen 39 886 720 M. 1907), der erzielte Reingewinn auf 2 038 315 M. Davon wird eine 4prozentige Rückvergütung auf den Umsatz verteilt, 8582 M. den Arbeitern der Produktivbetriebe als Bonus zugewiesen und der Rest in Höhe von fast 700 000 M. zu Abschreibungen und zur Verzinsung und Dotierung der Fonds verwandt werden. Interessant ist, dass die Generalversammlung auf Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats die Beteiligung der produktiven Arbeiter am Reingewinn, die

seit 1903 eingeführt war, wieder aufgehoben hat, da sich die auf diese Massnahme gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt haben. Selbstverständlich soll die Abschaffung in der Weise erfolgen, dass die betreffenden Arbeiter keine Lohneinbusse erleiden.

×
Wien: Hammerbrotwerke In Schwechat bei Wien fand am 20. Juni die Einweihung der grossartigen

Hammerbrotwerke statt, einer Kulturschöpfung ersten Ranges der Wiener Arbeiterschaft. Die *Hammerbrotwerke* sind eine mit einer Dampfmühle verbundene mächtige Bäckereianlage, die, mit den modernsten technischen Errungenschaften ausgestattet, heute bereits eine Leistungsfähigkeit von 50 000 Laiben pro Tag besitzt. Mit der Schaffung dieses Unternehmens hat sich die österreichische Sozialdemokratie eine neue Waffe von grosser Schärfe geschaffen. Das mit dem Hammerzeichen versehene Brot wird eine täglich in Zehntausenden von Exemplaren verteilte Predigt auf den Tischen der Arbeiter und der Armen zu gunsten des Sozialismus, zu gunsten der genossenschaftlichen Organisation sein. Es wird eine wirksame Widerlegung des bekannten Schlagworts von dem nur negativen, destruktiven Charakter der Sozialdemokratie sein, und es wird zugleich auch den noch nicht genossenschaftlich interessierten Arbeiter auf die Vorteile der Organisierung der Konsumenten aufmerksam machen. So wird sowohl die materielle als auch die agitatorische Wirkung des neuen Unternehmens eine viel grössere sein als wenn, wie dies vorerst wohl das am nächsten liegende gewesen wäre, die Wiener Konsumvereine mit ihrem zwar stattlichen, aber doch beschränkten Mitgliederkreis von 70 000 Personen das Werk in die Hand genommen hätten.

An der Einweihungsfeier beteiligten sich ausser den Vertretern der Partei selbstverständlich auch die der Genossenschaftsbewegung, die ja mit der ersteren in Österreich in einem nahen Bundesverhältnis steht. Die Begrüssungsreden hielten der Abgeordnete Skaret, einer der beiden Firmenträger des Unternehmens, und der Genossenschaftler Karpelcs, die eigentliche Festrede Dr. V. Adler, der mit Stolz betonte, dass die österreichische Sozialdemokratie die Arbeiter auch die Handhabung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Waffen gelehrt habe. Anseele brachte die

Grüsse der belgischen Sozialisten und Genossenschafter. Am Nachmittag schloss sich ein imposantes Volksfest an die Feier, an dem Zehntausende von organisierten Arbeitern Wiens teilnahmen.

× **Kurze Chronik** Auf der am 17. Oktober abgehaltenen Generalversammlung der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* wurde die Errichtung einer Art Genossenschaftsbank für die Gartenstadtbaugenossenschaften, womöglich im Anschluss an die preussische Zentralgenossenschaftskasse, beschlossen. Im Anschluss an die Generalversammlung fand die Gründung eines *Verbandes der Gartenstadtgenossenschaften* statt. × In Wien hat die am 1. Oktober in Kraft getretene Erhöhung des Milchpreises durch die Händler um 2 h pro l den *Ersten niederösterreichischen Konsumverein* veranlasst die Errichtung einer genossenschaftlichen Molkerei mit einer Tagesproduktion von 6000 l in die Hand zu nehmen. × Die Vereinigung der dem italienischen Parlament angehörenden Genossenschafter aller Parteien, die zu Beginn dieses Jahres erfolgte, hat bereits ihre Früchte getragen. Der Justizminister hat unter anderm versprochen die bestehenden Steuermissgriffe aus der Welt zu schaffen, und der Arbeitsminister hat Weisung gegeben, dass in Zukunft die Arbeitsgenossenschaften bei der Vergütung öffentlicher Arbeiten noch mehr als bisher berücksichtigt werden sollen. × 50 englische Genossenschafter haben eine soziale Studienreise nach Frankreich geplant und die französische *Union coopérative* zur Beteiligung daran aufgefordert. × Die 1908 gegründete Genossenschaftsküche im Haag hat ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Die Zahl der Mitglieder stieg von 100 auf 218. Es wurden 26 153 Mahlzeiten serviert, wobei eine ständige Steigerung der Monatsportionen stattfand. Der erzielte Überschuss betrug 330 fr.

× **Literatur** Das Werk Dr. Richard Fincks *Das Schulze-Delitzsche Genossenschaftswesen* / Jena, Gustav Fischer/ stellt eine wertvolle Bereicherung der genossenschaftlichen Literatur dar. Die Materie, die anfangs dem Verfasser nach seiner eigenen Angabe nur zur Abfassung einer Dissertation dienen sollte, ist ihm unter den Händen zu einer grossen Arbeit aus-

gewachsen, die ein Buch von 372 Seiten füllt, was aber angesichts des reichen gebotenen Inhalts kein Leser bedauern wird. Finck hat seinen Stoff historisch, theoretisch, kritisch und diagnostisch behandelt, und er hat sich dabei einer anerkennenswerten Objektivität befleißigt. Er gibt zunächst eine Entstehungsgeschichte der kleingewerblichen Genossenschaften, die er mit Recht als den Kernpunkt des Schulze-Delitzschen Genossenschaftswesens betrachtet. Sodann schildert er den Anteil, den Schulze selbst an dem Entstehen dieser Bewegung hat, und die Stellung dieses Führers zu den praktischen und theoretischen Problemen des Genossenschaftswesens. Wir lernen dann die Kämpfe kennen, die die Genossenschaften des *Allgemeinen Verbandes* in der Blütezeit ihrer Opposition mit Regierung und herrschenden Parteien zu führen hatten, Kämpfe, die heute freilich in jeder Beziehung der Vergangenheit angehören. In einem sehr interessanten Kapitel beschäftigt sich der Verfasser mit der modernen Konsumvereinsbewegung, und es ist charakteristisch, dass er hier bei aller warmen Liebe, die ihn für seinen Gegenstand beseelt, aus seinem Gerechtigkeitsempfinden heraus im wesentlichen Partei für die in Kreuznach herausgeworfenen Konsumvereine und deren Richtung ergreifen muss, der auch nach seiner Ansicht die Zukunft gehört. In den letzten Kapiteln endlich behandelt Finck noch die Frage, ob und inwieweit die Handwerker-genossenschaften heute und in Zukunft noch dem Kleingewerbe Hilfe bringen können, wobei er zu einer bedingten Bejahung kommt, sowie den Umwandlungsprozess, den die Kreditgenossenschaft durchmachen muss, wenn sie sich im Kampf mit den modernen kapitalistischen Geldinstituten behaupten will.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Verein für Sozialpolitik Über die Tagung des *Vereins für Sozialpolitik* in Wien vom 27. bis zum 29. September muss auch an dieser Stelle noch einmal berichtet werden, wenigstens insoweit sie sich mit den wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden beschäftigte, und soweit die Vorgänge in der Rubrik *Sozialpolitik* (in diesem Band, pag. 1439 ff.) noch nicht behandelt worden sind. Ein grosser Übelstand bei der Berichterstattung ist es, dass der Berichterstatter nur auf die mehr oder weniger vollständigen und zuverlässigen

Berichte der Presse angewiesen ist, soweit nicht die Hauptreferate der Professoren Fuchs und Mombert durch Publikationen des *Vereins für Sozialpolitik* vorbereitet waren.

Über das Referat des Professors Fuchs wird hier wenig zu sagen sein. Das Material, auf dem es sich aufbaut, sind die bekannten Publikationen des *Vereins für Sozialpolitik*, aus denen Fuchs die besonders interessanten und wichtigen Momente herausgehoben und schon vor der Generalversammlung in einem besondern Heft *Materialien für die Generalversammlung* zusammengestellt hat. Über die Schlussfolgerungen, die nun Fuchs in seinem Referat aus dem Material gezogen hat, berichtet die Presse herzlich wenig. Sie beschränkt sich meist darauf das Tatsächliche aus dem Referat wiederzugeben. Fuchs kam nach den Mitteilungen der Presse zu dem Ergebnis, dass sich nicht alle Betriebe in gleicher Weise zur Kommunalisierung eignen, und dass die Vorbedingungen für diese Kommunalisierung die leichte Geschäftsführung sei. Ist der Pressebericht in diesem Punkt vollständig, so wäre damit nur ein Moment angeführt, das für die Kommunalisierung spricht, aber sicherlich nicht zur Bedingung für sie gemacht werden darf. Die Schwierigkeit der Geschäftsführung stellt nur höhere Ansprüche an das Personal der Gemeindeverwaltung, und es wäre schlimm um die Entwicklung der Kommunalisierung und der Gemeindeverwaltung überhaupt bestellt, wenn die Kräfte der Gemeinden nur zur Kommunalisierung von Betrieben mit leichter Geschäftsführung ausreichen. Ich kann daher auch nicht annehmen, dass der Wortlaut in dem Referat so gelaute hat. Darin wird Professor Fuchs zustimmen sein, dass sich für die Kommunalisierung von Betrieben keine allgemeinen Regeln aufstellen lassen, und dass die Entscheidung nur von Fall zu Fall getroffen werden kann. Wer die Geschichte der Kommunalisierungen in verschiedenen Städten kennt, weiss, dass sehr verschiedene Momente den Anstoss zu einem Vorgehen der Gemeindeverwaltungen in dieser Richtung gegeben haben, und dass auch der Umfang der Kommunalisierung in den einzelnen Städten sehr verschieden ist.

Über die deutschen Stadtverwaltungen als Unternehmer referierte Professor Dr. Mombert aus Freiburg. Ich gebe die Hauptpunkte seines Referats kurz wieder. Der Referent ging davon aus, dass

die städtische Arbeiterpolitik von bestimmten gemeinsamen Grundzügen getragen ist. Sie sind im wesentlichen überall die gleichen; nur das Mass dessen, was man den Arbeitern gewährt, und der Geist, in dem die Arbeiterpolitik getrieben wird, sind recht verschieden. Das Gemeinsame liegt in dem Bestreben eine gemeinsame Ordnung aufzustellen, die für alle städtischen Arbeiter ausnahmslos Geltung hat. Gemeinsam ist weiter das Bestreben dem Arbeitsverhältnis grössere Stabilität zu geben, vor allem die wirtschaftliche Unsicherheit zu mildern, die mit der Stellung des Lohnarbeiters verbunden ist. Den Arbeitern wird ein Anspruch auf Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung gewährt, und es werden Schutzbestimmungen gegen willkürliche Entlassung aufgestellt. Als weiteres Charakteristikum der neuzeitlichen Arbeiterpolitik der Stadtverwaltungen bezeichnete Mombert die Art der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung, wobei eine bemerkenswerte Abkehr von den älteren Gepflogenheiten zu beobachten ist. An die Stelle der Lohnfestsetzung von Fall zu Fall, ausschliesslich nach der Leistungsfähigkeit des Arbeiters und den Verhältnissen des Arbeitsmarkts, wobei das willkürliche Ermessen des massgebenden Vorgesetzten die entscheidende Rolle spielte, werden jetzt Lohntafeln für die einzelnen Arbeiterkategorien eingeführt, innerhalb deren mit steigendem Dienstalter geregeltes Aufrücken stattfindet. Weitere gemeinsame Züge der neuern Arbeiterpolitik der Städte sind die Einführung längerer Lohnperioden, die Gewährung von Urlaub, Schaffung eines geordneten Beschwerdewegs, Einrichtung von Arbeiterausschüssen usw. Bei der Durchführung und Anwendung dieser Grundsätze zeigen die einzelnen Städte grosse Verschiedenheiten. Selbst Grossstädte lehnen es noch ab ein Arbeiterstatut für alle ihre Arbeiter zu errichten und die Grundlage zu schaffen, auf der sich allein eine einheitliche Arbeiterpolitik treiben lässt. Mombert führt als Beispiel einer solchen die Stadt Berlin an, die die generelle Regelung der Arbeitsverhältnisse bisher nicht in Angriff genommen hat. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den einzelnen Städten besteht darin, ob sie, wie noch die Mehrzahl, ihren Arbeitern die genannten Vorteile lediglich als eine Vergünstigung, die unter Umständen auch wieder entzogen werden kann und von guter dienstlicher Führung und gutem

ausserdienstlichen Verhalten abhängig ist, oder ob sie den Arbeitern einen Rechtsanspruch auf diese Vergünstigungen gewähren. Erhebliche Verschiedenheiten im einzelnen bestehen ferner in der verschiedenen Länge der Kündigungsfristen, der Ordnung des Beschwerdeverfahrens, den Schutzbestimmungen gegen Entlassung, der Art der Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse usw. Mombert hebt hierbei hervor, dass neben Städten, die hinter dem Durchschnitt der Entwicklung zurückbleiben, andere zu nennen sind, die darüber hinausgehen, und deren Beispiel für die zukünftige Entwicklung voraussichtlich richtunggebend sein wird.

Das zweite Gebiet, auf dem eine Fortentwicklung der kommunalen Arbeiterpolitik gegenüber der privaten zu konstatieren ist, ist die Lohnfestsetzung. Es handelt sich dabei zunächst um die Festsetzung eines Mindestlohns, die neuerdings in immer steigendem Mass in zahlenmässiger Fixierung stattfindet. Es kommt bei der Betrachtung dieser Frage zunächst weniger auf die Höhe des Minderlohns als auf die prinzipielle Seite an. Während bei den älteren Festsetzungen des Mindestlohns durchaus an die Marktlage angeknüpft, und einfach der ortsübliche Tagelohn als Mindestlohn bestimmt wird, bedeutet die neuerdings sich mehr und mehr durchsetzende zahlenmässige Festsetzung die Abkehr von dieser privatwirtschaftlichen Auffassung. Es wird zugestanden, dass für die Stadtverwaltungen bei der Lohnbemessung andere Grundsätze massgebend sein müssen als für die privaten Unternehmer. Nicht die Verhältnisse des Markts sollen entscheiden, sondern der Grundsatz, dass der Lohn zu einer auskömmlichen Lebenshaltung ausreichen soll. Die Anerkennung dieses Grundsatzes kommt in der Zahlung verschieden hoher Löhne an Verheiratete und an Ledige zum Ausdruck, in der Gewährung von Familienzulagen und Mietszuschüssen, die nach der Grösse der Familie abgestuft sind. Die Einführung von Lohn tafeln mit bestimmten Lohnsteigerungen nach der Zahl der Dienstjahre, dann die Einführung eines Mindestlohns, die Einführung von Familienzulagen und Mietszuschüssen bedeuten also den Bruch mit der bisherigen Art der Lohnbemessung.

Mombert widmete dann einen grossen Teil seiner Ausführungen der Lohnhöhe und der Länge der Arbeitszeit. In der

Mehrzahl der Städte hat wohl in den letzten Jahren eine Lohnsteigerung stattgefunden, aber sie kann nicht als besonders hoch bezeichnet werden. Es erscheint zweifelhaft, ob man von einer Steigerung des Reallohns reden kann. Im allgemeinen war die Lohnsteigerung in der Privatindustrie grösser als bei den Städten. Bei der Beurteilung, ob die Löhne zu einer auskömmlichen Lebenshaltung ausreichen, muss man auch berücksichtigen, dass sie nur an 300 bis 305 Tagen verdient werden, aber für 365 Tage ausreichen sollen. Prüft man die Lohnsätze nach dem Grundsatz einer auskömmlichen Lebenshaltung, so wird man sich nicht verhehlen können, dass vielfach, vor allem bei den ungelerten Arbeitern, der gezahlte Lohn nicht ausreicht. Was für die Löhne gilt, trifft auch auf die Arbeitszeit zu. Auch in dieser Richtung fällt ein Vergleich mit der Privatindustrie keineswegs zu gunsten der Stadtverwaltungen aus.

Es besteht also nach Mombert zwischen der formellen Ordnung des Arbeitsverhältnisses und der tatsächlichen Lage der Arbeiter ein recht grosser, ja ein prinzipieller Widerspruch. Bei der formellen Ordnung sind die Stadtverwaltungen aus freier Initiative weit über das hinausgegangen, was in der privaten Industrie üblich ist, während sich die tatsächliche Lage der Gemeindearbeiter nach Arbeitslohn und Arbeitszeit nicht über die der privaten Industrie erhebt, zum Teil hinter ihr zurückbleibt. Nur insoweit ist die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeindearbeiter besser als ihnen das Arbeitsverhältnis in der Kommune Vorteile wie Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung, Fortzahlung des Lohns in Krankheitsfällen und bei Urlaub, grössern Schutz gegen willkürliche Entlassung usw. bietet. Wenn man also anerkennen kann, dass die Stadtverwaltungen nach sehr vielen Seiten den besonderen Ausserungen ihren Arbeitern gegenüber zu erfüllen haben, in vorbildlicher Weise gerecht geworden sind, so will Mombert doch nachdrücklich betonen, dass bis jetzt nur Teilarbeit geleistet worden ist, und dass namentlich auf den Gebieten des Arbeitslohns und der Arbeitszeit noch recht viel zu tun übrig bleibt. Die Rücksicht auf die Steuerzahler und auf die Abnehmer der städtischen Monopolbetriebe, der Gedanke, dass zu grosse Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage der Gemeindearbeiter und der Arbeiter

der Privatindustrie gegen die Interessen der privaten Unternehmer verstossen würden, diese und andere Gründe haben die Städte veranlasst bei Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit nur sehr langsam vorzugehen. Mombert hält diese Momente wohl für beachtenswert. Trotzdem sind seiner Ansicht nach die Löhne und die Arbeitszeit der Gemeindearbeiter noch erheblicher Verbesserung und Verkürzung fähig. Bei der Höhe des Lohns und der Länge der Arbeitszeit in vielen Gemeinden ist es keineswegs überraschend, dass sich die Gemeindearbeiter zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen zu Gewerkschaften zusammengeschlossen und auch zu dem Mittel der Arbeitseinstellung gegriffen haben. Mombert begrüsst diesen gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Gemeindearbeiter als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Daraus ergibt sich auch, dass die Mittel, mit denen die Gewerkschaften arbeiten, insbesondere der Streik, von ihm den Gemeindearbeitern zuerkannt werden. Aus den Arbeitseinstellungen können gewiss für die Allgemeinheit Unzuträglichkeiten entstehen. Der beste Weg sie zu vermeiden ist aber nach Mombert die Anerkennung des Koalitionsrechts und die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Gemeinden und ihren Arbeitern. In beiden Punkten ist die Haltung der Stadtverwaltungen wiederum sehr verschieden. Neben Städten, die ihren Arbeitern das ihnen rechtlich zustehende Koalitionsrecht noch einmal ausdrücklich zusprechen, gibt es auch solche, die eine Organisation ihrer Arbeiter mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Während Strassburg in seinem Arbeitsstatut für eine ganze Reihe von Streitfragen das Gewerbegericht als Schiedsgericht einsetzt, hat neuerdings Kiel bei einem Streik den von den Arbeitern ausgehenden Vorschlag das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen mit nichtssagenden Gründen abgelehnt. Eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Interessen durch die Anwendung des Koalitions- und Streikrechts seitens der Gemeindearbeiter kann Mombert nicht zugeben. Sollten solche Gefährdungen in Zukunft eintreten, so fehlt es nicht an Mitteln, um sie zu vermindern.

Zusammenfassend hat man die Entwicklung des städtischen Arbeitsverhältnisses dadurch zu charakterisieren gesucht, dass man in ihm eine Entwicklung

zum Arbeiterbeamtentum sehen wollte. Solche Analogieen sind sicherlich vorhanden, und die Angleichung bedeutet eine wesentliche Besserung in der Lage der Arbeiter. Über diesen Fortschritten darf man aber nicht vergessen, dass die eigentlichen Arbeitsbedingungen, Lohn und Arbeitszeit, nicht besser, zum Teil sogar ungünstiger sind als in der privaten Industrie. Hier sind die weiteren Fortschritte der städtischen Arbeiterpolitik zu machen.

Die Ausführungen Momberts erhielten in vielen Punkten eine wesentliche Ergänzung durch die Vertreter des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Mohs und Dittmer. Sie hoben beide hervor, dass zwischen der Theorie und der Praxis der städtischen Sozialpolitik grosse Unterschiede, namentlich auch in den grossen Städten, vorhanden sind. Die Stadtverwaltungen stehen auf dem Standpunkt recht schön langsam hinter den Privatunternehmungen her zu marschieren. Während in den deutschen Privatbetrieben die 9- und 9½ stündige Arbeitszeit fast durchweg eingeführt ist, gehört sie bei den Stadtbetrieben zu den Seltenheiten. Auch über die Stellung der Stadtverwaltungen zu dem Koalitionsrecht ihrer Arbeiter brachten die beiden Vertreter der Gemeindearbeiter einige drastische Beispiele bei. In Altona werden organisierte Arbeiter überhaupt nicht geduldet, und in einem grössern Krankenhaus in Hamburg sagte der leitende Arzt: »Wer sich bei jeder Kleinigkeit beim Arbeiterausschuss beschwert, wird entlassen.« Ähnlich ist die Stellung der Stadtverwaltung Halberstadt. Mohs fasste die Forderungen der Gemeindearbeiter dahin zusammen, die Stadtverwaltungen sollten sich mehr um die Löhne und um die Arbeitszeit kümmern und den Arbeiterausschüssen ein Mitbestimmungsrecht einräumen. Rechtsanwalt Dr. von Fürth-Wien zeigte, dass die Ausführungen Momberts und der Gemeindearbeitervertreter auch für Wien gelten. Auch hier sind die städtischen Arbeiter schlechter gestellt als in der Privatindustrie, und es besteht ein Boykott gegenüber bestimmten politischen Parteien. Wer bei der Gemeinde in Wien arbeiten will, muss sein Ehrenwort geben niemals Sozialdemokrat oder *Alldeutscher* zu werden.

Überblickt man die Verhandlungen in ihrer Gesamtheit, so kommt man zu dem Urteil, dass die Frage nach der Stellung der Bureaucratie in der Gemeindeverwal-

tung und weitergehend in der Verwaltung überhaupt, die von den Brüdern Weber in Heidelberg angeschnitten wurde, sicherlich wichtig und interessant war, dass aber leider die Diskussion über sie, abgesehen von dem recht mechanischen Vorschlag von Anstellungssämtern, keine positiven Vorschläge zeitigte. Mit Recht wurde in der Debatte von Professor Redlich-Wien darauf hingewiesen, dass diese ganze Frage aufs engste mit der Verfassung der Gemeinden und ihrer Stellung im Rahmen der staatlichen Verfassung zusammenhängt. Diese Zusammenhänge etwas näher zu beleuchten, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, wie die kommunalen Betriebe vor einer Bürokratisierung und vor einer missbräuchlichen Benutzung zu politischen Zwecken geschützt werden könnten, wäre als Ergänzung zu der Weberschen Kritik wünschenswert gewesen. Ebenso ist leider das Verhältnis zwischen Gemeindebetrieb der Zentralgemeinde und ihrer Agglomeration sowie weitergehend das ganze Problem der lokalen Begrenzung der Gemeindebetriebe, soweit die Presseberichte unterrichten, überhaupt nicht berührt worden, obwohl es sicherlich zu den wichtigsten und brennendsten der Gegenwart gehört.

× **Arbeiterlöhne** Wie zur Bekräftigung der von Professor Mombert vortragenen Anschauungen ist vor kurzem eine Arbeit des statistischen Amts der Stadt Wiesbaden über die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiterschaft Wiesbadens erschienen. Die Arbeit umfasst 1244 männliche und 15 weibliche Arbeiter und will das Material für die Aufstellung eines allgemeinen Lohn tariffs liefern. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, dass die Einführung einer solchen allgemeinen Lohnordnung nicht allein aus sozialpolitischen Gründen wünschenswert sei, sondern dass daneben auch verwaltungstechnische Gründe ins Gewicht fallen. Der Verwaltungschef erhält dadurch die Möglichkeit die Art der Entlohnung jederzeit einwandfrei kontrollieren zu können, sie garantiert ferner eine einheitliche und gleichmässige Entlohnung der Arbeiterschaft, schützt gegen zu schlechte Bezahlung oder unberechtigte Begünstigung einzelner Arbeiter durch den einzelnen Ressortchef und verstopft daher eine Quelle ständiger Unzufriedenheit bei den schlechter gestellten Arbeitern. Betrachtet man nun die

Löhne der Wiesbadener Arbeiter, so findet man die Mombertschen Behauptungen in grossem Umfang bestätigt. Beträgt doch der durchschnittliche Tagelohn bei den Tagelöhnern 3,44 M., bei den Gärtnern 3,67 M., bei den Malern 3,82 M., bei den Spenglern 3,98 M., bei den Schreibern 4,10 M., bei den Schlossern und Obmännern beim Kanalbauamt 4,14 M., bei den Monteuren 4,33 M., bei den Installateuren 4,33 M., bei den Heizern und Schmiedern 4,46 M., den Steinhauern 4,56 M., den Vorarbeitern und Maschinisten 4,62 M., den Bergmännern 5,09 M., den Maurern 5,34 M. Die niedrigsten Löhne werden bei der Strassenreinigung und der Gartenverwaltung gezahlt, wo die Tagelöhner im Durchschnitt nur 3,20 und 3,30 M. erhalten. Hier wie beiden Malern, Spenglern, Schlossern, Monteuren usw. bleiben die Durchschnittslöhne nicht unbedeutend hinter den Löhnen in den Privatbetrieben zurück. 94 Arbeiter erhalten Löhne unter 3 M., von 3 bis 3,50 M. erhalten 310, von 3,50 bis 4 M. 354 Arbeiter. 758 von im ganzen 1259 Arbeitern bleiben also mit ihrem Tagelohn unter 4 M.; das ist mehr als die Hälfte. Diese Zahlen zeigen, wie wenig ausreichend die Löhne in einem Ort mit so teurer Lebenshaltung wie Wiesbaden sind. Für die Ungleichartigkeit der Entlohnung bringt der Bericht des statistischen Amts sehr drastische Beispiele bei. Ein 4 Jahre beim Strassenbauamt tätiger Bote erhält 5 M., ein 7 Jahre beim Kanalbauamt tätiger nur 3,50 M. Ein Kassenbote mit 19 Jahren beim Stadtbetrieb für Wasser und Gas erhält 3,50 M. Tagelohn, zwei seit 2 Jahren bei der selben Kassenverwaltung beschäftigte Kassenboten 3,70 bis 3,80 M. usw. Die Statistik des Amts beweist die Notwendigkeit einer einheitlichen Lohnordnung und einer Aufbesserung der Arbeiterlöhne.

× **Kurze Chronik** Die bayrische Abgeordnetenversammlung überwies den sozialdemokratischen Antrag auf Unterstützung kommunaler Arbeitslosenversicherungen durch Staatsmittel einem besondern Ausschuss zur Prüfung. × Die Aachener Stadtverordneten haben den Bau einer Kläranlage nach dem biologischen Verfahren mit einem Aufwand von zirka 1½ Mill. M. beschlossen. × Die Essener Stadtverordneten beschlossen Grundstücksankäufe für 1 Mill. M. vorzunehmen. ×

Literatur

In der Schrift *Der moderne landschaftliche Zentralfriedhof in den Gross- und Industriestädten* /Leipzig, Dietrich/ führt der Verfasser, E. Gienapp, aus, dass mit der gewaltigen Entwicklung unserer Gross- und Industriestädte die neuzeitlichen Friedhofsanlagen einen vollständig veränderten Charakter angenommen haben. Hinausschiebung an die Grenzen des Weichbilds und Zentralisation der Friedhofsanlagen sind die beiden charakteristischen Momente dieser Entwicklung. Gleichzeitig gingen die Friedhöfe in die Hände der Gemeinden über. Der Verfasser ist der Ansicht, dass es notwendig sei das gesamte Beerdigungswesen in Gemeinderegie zu nehmen. Mit der Zentralisation wird auch die Möglichkeit gegeben die grossen Zentralfriedhöfe zu landschaftlichen Schöpfungen auszugestalten. Zum Schluss spricht sich der Verfasser für die allgemeine Durchführung der Leichenverbrennung aus, da sie bei der stets wachsenden Schwierigkeit der Grundbeschaffung zur wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden sei. X Das umfangreiche Werk M. Halbwachs' *Les expropriations et le prix des terrains à Paris* /Paris, Cornély/, das vom ökonomischen Standpunkt aus die Expropriationsvorgänge in einer so grossen Stadt wie Paris darstellen will, ist in seinem 1. Teil eine eingehende Studien der Expropriationen, die in Paris stattgefunden haben. Der Verfasser untersucht, inwieweit diese Expropriationen durch das Anwachsen der Bevölkerung und die Entwicklung der Stadt bedingt waren. Im 2. Teil behandelt er die Frage, inwiefern die Entwicklung der Bodenpreise durch die in ihrer Nachbarschaft vorgenommenen Expropriationen bedingt war, ferner, welche anderen Momente auf die Preise eingewirkt haben. Ein Schlusskapitel untersucht die Bewegungsgesetze, die für die Bodenpreise Geltung zu haben scheinen. Die ausserordentlich fleissige Arbeit, der einige Stadtpläne von Paris beigegeben sind, liefert einen weitem Beitrag zu dem schwierigen Kapitel der Bewegung der Grundrente.

WISSENSCHAFT**Psychologie / Otto Lipmann****Psychographie**

Ähnlich wie Geographie zu Geologie — noch besser: wie Biographie = Lebensbeschreibung zu Biologie =

Wissenschaft vom Leben — verhält sich Psychographie zu Psychologie. In der Psychologie suchen wir zunächst allgemeine Gesetze, in zweiter Linie dasjenige, was Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, Kluge und Dumme in psychologischer Hinsicht von einander unterscheidet. Aber schon dieser zweite Teil der Psychologie, die *differentielle Psychologie*, hat, wenn er nicht an der Oberfläche bleiben will, die genauere psychologische Beschreibung, also eine *Psychographie*, vieler Angehörigen der mit einander zu vergleichenden Klassen zur Voraussetzung. Aber abgesehen davon ist die Psychographie auch an sich eine wichtige Sache. Denn geht man in der psychologischen Einteilung der Menschen in Klassen und Typen immer weiter, so gelangt man schliesslich zum Individuum. Und was von den Klassen und Typen gilt, gilt erst recht vom Problem der Individualität: Es ist zunächst nur durch genaue Psychographie zu lösen. Nur so können wir erfahren, welche Charakter- und Intelligenzeigenschaften notwendig mit einander zusammenhängen, ob Zerstreuung wirklich eine Eigentümlichkeit des Gelehrten, ob Sinnlichkeit und Unordnung wirklich Charakteristika des Künstlers sind, wie es die Laienpsychologie annimmt.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis man das Bedürfnis nach einer systematischen Psychographie empfand. Je mehr aber die Psychologie anfang ins praktische Leben einzugreifen, je mehr Psychiatrie, Pädagogik, Jurisprudenz sich auf ihre psychologischen Grundlagen besannen, desto dringender wurde das Bedürfnis der Individualität gerecht zu werden, desto dringender auch das Bedürfnis nach einer Methode der Individualpsychologie, das ist der Psychographie. Man wandte sich zuerst einzelnen psychischen Eigenschaften in psychographischer Absicht zu. So dem für die meisten Anwendungsgebiete der Psychologie gleich wichtigen Problem der Intelligenz. Wir sehen hier deutlich den Unterschied zwischen psychologischer und psychographischer Fragestellung: Dort untersucht man das Wesen der Intelligenz und versucht es zu analysieren, hier sucht man Methoden, um festzustellen, ob dieses oder jenes Individuum intelligenter ist. Wir verdanken die grundlegenden psychographischen Methoden auf diesem Gebiet zwei französischen Forschern, Binet und Simon, die eine Reihe von Ar-

beiten darüber in mehreren Jahrgängen der *Année Psychologique* veröffentlicht haben.

Das Wort *Psychographie* ist ganz neuen Datums, und auch seine Entstehungsweise ist in mancher Beziehung charakteristisch. Zunächst finden wir es an zwei Orten unabhängig von einander auftauchen; das beweist, dass das Bedürfnis für diesen neuen Zweig der Psychologie ein neues Wort zu finden tatsächlich in der Luft lag. Ferner aber ist es interessant zu sehen, dass beide Male die selbe spezifische Aufgabe, das Problem der Übernormalität, der Genialität, zur Prägung des Worts geführt hat.

Im *Institut für angewandte Psychologie und psychologische Sammelersforschung* zeigte sich im Verlauf einer Arbeit über übernormale Begabungen, dass eine Förderung der Untersuchungen nur dann zu erwarten wäre, wenn zunächst einmal eine Liste der Eigenschaften aufgestellt würde, die auch das für die normale und unternormale Persönlichkeit Charakteristische enthalte. Diese Erwägung führte zur Aufstellung eines psychographischen Schemas, von dem ein Fragment in der *Zeitschrift für angewandte Psychologie und psychologische Sammelersforschung* von Baade, Stern und mir veröffentlicht wurde.

Handelt es sich hier nur darum die methodische Grundlage für künftige Arbeiten zum Beispiel biographischer Art zu schaffen, so macht Wilhelm Ostwald sich gleich selbst an psychographische Untersuchungen. In seinem Werke *Grosse Männer* /Leipzig, *Akademische Verlagsgesellschaft*/ behandelt er in biographisch-psychographischer Manier eine Reihe bedeutender Naturforscher: Davy, Mayer, Faraday, Liebig, Gerhardt, Helmholtz. Wie bei ihm nicht anders zu erwarten, legt er seinen Ausführungen die *Energetik* zu grunde. Dass er sich auf Naturforscher beschränkt, liegt bei ihm gleichfalls nahe; dass er aber in ihnen allein die wahren Förderer der Kultur sieht, dürfte als eine Überschätzung des Berufs, dem er selbst viele Jahre angehört hat, angesehen werden. Ostwald begnügt sich nun nicht mit der Psychographie seiner Naturforscher. Er versucht sogar aus den 6 Psychographien schon allgemeine Gesetzmässigkeiten über das Wesen des Genies abzuleiten: dass das Genie nicht erblich sei, dass die Genies meist aus dem mittlern Bürger-

stand stammen, dass sie sich schon als Kinder besonders rasch entwickeln, dass sie noch vor dem 30. Lebensjahr den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichen usw. Auch zur Differentialpsychologie der Genies liefert Ostwald uns einen Beitrag: Er unterscheidet den romantischen Typus des Forschers, dem er Davy, Liebig, Gerhardt zurechnet, und den klassischen Typus, dem Mayer, Helmholtz, Faraday angehören. Der Romantiker ist der Rasche, der Klassiker der Langsame.

Ostwalds Werk ist ausserordentlich lebendig und stets fesselnd geschrieben. Es hat zum mindesten das Gute, dass es weite Kreise für die Probleme der Psychographie, insbesondere genialer Menschen, interessieren wird. Das selbe gilt von einem etwas populärer gehaltenen kleinern Werk, gewissermassen einem Auszug aus dem grossen, das er unter dem Titel *Erfinder und Entdecker* in der von Buber herausgegebenen Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ erscheinen liess. Aber mit dem Wort *Psychographie* allein ist es nicht getan. Wir können uns brauchbare Resultate zur Individual- und differentiellen Psychologie nur dann versprechen, wenn die ihnen zu grunde liegenden psychographischen Forschungen systematisch vorgehen, und wenn ein grosses Material derartig gewonnener Psychographien vorliegt. Aus 6 Psychographien, die im wesentlichen nur unter gewisse Gesichtspunkte gebrachte äussere Biographien sind, werden sich nie und nimmermehr bindende Schlüsse über das Wesen der Genialität ziehen lassen. Ich bin davon überzeugt, dass unser oben erwähntes psychographisches Schema — wenn auch noch sehr ergänzungs- und verbesserungsfähig — doch im Prinzip als die einzig mögliche Grundlage derartiger Forschungen hingestellt werden muss.

Eine Psychographie ist auch die kleine Schrift F. Dumstreys *Der erste Napoleon* /Leipzig, Wigand/, wenn auch dies Wort nicht verwandt wird. Dass aber Dumstrey keine Biographie zu schreiben beabsichtigte, zeigt der Untertitel des Buchs *Ein psychologisches und pathologisches Problem*. In der Tat gelingt es dem Verfasser uns an der Hand besonders der Memoirenliteratur aus Napoleons Umgebung ein recht scharfes Bild von der seelischen Verfassung des Korsen in den verschiedenen Phasen sei-

nes Lebens zu entwerfen. Dabei sind ihm die historischen Ereignisse stets nur der Rahmen, auf den er geringeres Gewicht legt. Bedauerlich ist es, dass Dumstrey in der Übernahme der Ansicht anderer Autoren oft die nötige Kritik vermissen lässt. So schliesst er sich der kuriosen *Theorie* Ludwig Woltmanns an, nach dem alle bedeutenden Männer *Germanen* waren, und der somit auch Napoléon germanisches Blut imputiert. Die Epilepsie, an der Napoléon wahrscheinlich gelitten hat, veranlasst Dumstrey von Lombrosos Theorie vom Zusammenhang zwischen Epilepsie und Genialität Gebrauch zu machen. Dass Frau Thumm-Kintzel in Napoléons Handschrift nicht die Spuren eines Magenleidens, wohl aber die einer Lebererkrankung nachzuweisen vermochte, lässt Dumstrey zweifeln, dass Napoléon, wie die herrschende Meinung geht, am Magenkrebs gestorben sei.

Solche Theorien müssen durch eine grosse Auswahl von guten Psychographien erst bestätigt werden, bevor man sie so ohne weiteres als richtig hinnehmen darf. Wahrscheinlicher ist es mir, dass ein grosses Beobachtungsmaterial sie *ad absurdum* führen würde.

× **Kurze Chronik** Der Privatdozent Dr. Becker, bisher an der Universität Bonn, wurde an Meumanns Stelle als Ordinarius nach Münster berufen.

× **Literatur** In seiner Schrift *Der Nietzschekultus* / Leipzig, Lipinski/ zieht W. C.

Becker nicht nur gegen diesen Kultus zu Felde; damit hätte er zum Teil recht, da die Nietzscheverehrung gerade in den Kreisen derjenigen, die Nietzsche nicht verstehen, unter der Jugend, besonders häufig in einen Nietzschekultus ausartet. Die Art und Weise aber, in der Becker gegen Nietzsche selbst vorgeht, ist so abstoßend, dass das Buch kaum die von seinem Verfasser gewünschte Wirkung haben dürfte.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Berlin: *Kammerspiele* Mit Franzosen und Dänen an der Spitze marschiert Theaterberlin in die Winterkampagne. Franzosen und Dänen:

beide bergen sie Wertschattierungen, die auch unserm Pinsel nichts schaden könnten. Die einen die schlanke, schmiegsame Eleganz des Technischen, jene (ein wenig unverfrorene, doch darum gewiss nicht weniger bestechende) flüssige Sicherheit der Handbewegung, jene kühle Leidenschaft der Form, die den Formhungernden sogar einen Sardouschen Reisser mit Aufatmen anstarren liesse. Die Dänen aber, die Söhne des Milch-Butter- und Eierlandes, wissen manchmal fröhlich zu lächeln, ohne zu grinsen; eine behäbige ethische Skepsis wandelt sich im Kampf mit geschnürten Dogmen der Gesellschaft zu einer Art resignierter Anarchie des Seelenlebens, die am Ende in jenen gesund- und dickblütigen Animalismus einmündet, der lachend wähnt, dass dieses nun alles überwindende Welterkenntnis sei. Beide, der Gallier und der Däne, bleiben fromme Selbstbetrüger mit temperiertem Ehrgeiz zur Erkenntnis. Als Suchende, die auf anderen Pfaden gleichem Ende zustreben, könnten sie manches lehren und, ungezwollt, vieles verraten. Doch diese zwei, die in diesem Jahr als erste das Wort nahmen, haben schwere Zungen, und ihre Gelenke sind nicht die schmiegsamsten. Im *Kammerspielhaus* wurde der Franzose Nicodemi vorgestellt und als Verfasser des Schauspiels *Die Zuflucht* an den Pranger gestellt. Ich habe nichts gegen literarische Ehebrecher; sie sind meist besser frisirt als die des täglichen Daseins und um so komischer, je ernsthafter sie sich gebärden: denn im Irrgarten der Wirklichkeiten ist das meist umgekehrt. Doch dieses Stück zerbricht, weil die Achse des Ganzen, der Schmerz, die Liebe und der Schmerz eines, zweier, dreier Menschen auf Unterlagen laufen, denen man es ansieht, dass sie solchem Gewicht nicht gewachsen sind. In diesem Stück sind die Charaktere nicht nur flächenhaft angelegt, dürftige plakathafte Illustrationen dessen, was sie hätten sein können, wenn sie zu künstlerischer Wahrheit emporgestiegen wären; sie sind auch kleinlich, Wesen mit verkniffenen, verschnörkelten Seelen, die gross sprechen und klein handeln. Schon die Anekdote verrät die Enge des Geistes: Der Held der *Zuflucht* ist ein betrogener Gatte, der zwei Jahre stumm lauert, bis der Augenblick da ist, der ihm gewisse Rache an der ahnungslosen Frau verheisst. Mit dieser Rache an der Frau verbindet dieser Lebens-

künstler alsdann des weitern: zweitens die Rache an dem Betrüger von ehemem (er rächt sich, indem er dessen Braut verführt), drittens das eigene Glück, denn er liebt die verführte Braut des Verführers, und zwar heisser als er je die von dem Verführer einst verführte eigene Frau geliebt. Also recht dunkles Flechtwerk. Doch nicht die seelische Verworrenheit dieser Vorgänge ist es, die diesem Theaterstück das Grab gräbt. Die unwahrscheinlichsten Voraussetzungen können offenbarte Selbstverständlichkeit werden, wenn starke Gestaltungskraft ihre Konsequenzen zieht. In der *Zuflucht* versinkt ein kleiner Sinn in den selbst aufgetürmten Ungewöhnlichkeiten. Am Ende verschiebt sich, wider Willen des Poeten, das Zentrum des Stücks, alle Linien verwirren sich. Die *grosse Liebe*, die mit kleinlichem Rachedurst getauft, zu alles verklärender Macht und Reinheit aufsteigen will, wird schmerzliche ungewollte Selbstkarikatur und verblasst zu verlogener Schwächlichkeit vor dem Weh der einst gefallenen Frau, die nun mit zusammengebissenen Zähnen zusammenbricht, indes der Zuflüchtling die *wirklich Geliebte* heimführt. Denn einen Augenblick der Gläubigkeit gibt es auch noch in diesem Produkt seelenblinder Theatertechnik: Das ist die Szene, da die Frau, die einst sich verlor, mit selbstloser letzter Kraft dem Schicksal sich beugt, das sie mit dem geliebten Mann den letzten Lebensinhalt verlieren lässt. Dieser Augenblick ist nicht das Eigentum Nicodemis. Ihn dichtete eine Schauspielerin, die trotz nikodemischer Knebelungen über alle *Zuflucht* hinauswuchs und in einer schmerzlich entsagenden Verhaltenheit Tiefen aufleuchten liess, die von Schriftstellerworten verschüttet und gebrochen waren. Wenn bald dieses Stück meiner Erinnerung entglitten ist, werde ich Tilla Durieux noch sehen, die Hände an eine Stuhllehne geklammert, ein mechanisches Lächeln trostloser Leere auf den Lippen, die Augen starr wie die eines verendenden Wildes, und all die reiche, schwere Animalität ihres Wesens gelockert und gebrochen im Weh einer erdrosselten letzten Liebe. Und doch war es wohl kaum um dieses Bildes willen, um das man dieses fleisch- und knochenarme Stück im *Kammerspielhaus* aufführte. Zum erstenmal trat Bassermann in die Mitte Reinhardt'scher Mannen und Reinhardt'scher Kulissen. Ich vermag noch so weit zu rechnen, dass dieses Stück

auf lockerm Sand schaukelt, dass diese Rolle keine Menschenrolle ist. Und auch das spürte ich, wie eine ihres Reichtums übersättigte Phantasie selbst in solcher Wüste noch, mit einem Zucken der Mundwinkel, mit einer ins Endlose sich verlierenden Geste des Armes Oasen von farbiger Bildkraft hinzauberte. Doch warum muss dieser Menschenschöpfer an solche Schatten geschmiedet werden?

×
Berlin: Hebbel-Nicodemis Zuflucht konnte theater

langweilen: Sie versprach, ohne zu halten, und liess erwarten, ohne zu geben. Von Henri Bataille erwartet man nicht mehr, wenn gleich seine Vergangenheit poetisch beschwert ist. Man weiss, dass er sich der Prozession anschloss, die einst Sardou, ein Riese seiner kleinen Gattung, führte, und an deren Spitze heute Henri Bernstein, dieser Tiger glatter, beutesicherer Theatralik, einherzieht. Es zählt zur Konvention diesseitiger Kritik den eleganten Handwerkern von jenseits der Vogesen ihre *Seelenlosigkeit* und heuchlerische Mache vorzuwerfen; sie gelten als Sudermänner mit besseren Manieren und besserer Haltung. Ich bin oberflächlich genug das nicht zu fühlen und so schamlos einen Bernsteinschen Reisser mit dem selben Behagen zu geniessen, wie man bisweilen einen schlankgeformten, unaufdringlich geschliffenen Kristallkelch geniesserisch gegen das Licht hält, in dem ein schlecht gemischter *american drink* in trügerischer Verheissung leuchtet. Auch den *Skandal* Henri Batailles genoss ich als ein elegant geformtes Glas, dessen Unreinheiten in der flimmernden Strahlenbrechung des Rampenlichts unsichtbar werden könnten, falls deutsche Regisseure und deutsche Darsteller es einmal über sich vermöchten von blühenden Geraniensträuchern nicht indische Orchideen zu verlangen und von Batailles nicht Hebbelsche und Ibsensche Seelenent-schleierungen. Das Dogma von der Form, die lebendig gewordener Inhalt ist (oder umgekehrt), muss bei solchen Streifzügen in die Nachbarländer der Kunst freilich zu Hause gelassen werden. Doch wenn man sich damit abgefunden hat statt leidender Menschenseelen höchst salonfähige Puppen zu sehen, entsteigen solcher Resignation reiche Genüsse. Man genießt die sichere Jongleur-eleganz, mit der hier *Konflikte* durch die Luft gewirbelt und lächelnd zwischen Daumen und Zeigefinger wieder aufge-

fangen werden; auch die freche Fixigkeit, mit der die kleinen Missgeschicke der Entgleisungen solcher Artistenabende verhüllt und vertuscht werden. Wenn dann noch, wie in diesem Bataillestück, am Schluss ein müdes jungfranzösisches Lächeln gelassener ethischer Bescheidung aufleuchtet — die endlich entlarvte reuige Sünderin schläft bei der den Abend beschliessenden skeptisch-tragischen Moralpauke des Gatten ein —, ist das Gewissen angenehm betäubt. Auch wenn der Rausch des spielenden Formenflusses schwindet, bleibt die alte Erkenntnis, dass es dem *germanischen Tiefsinn* unserer jüngeren deutschen Menschengestalter nichts schaden könnte, wenn sie die Handgriffe dieser französischen Handwerker, nicht übernähmen, doch mit weniger ehrgeizloser Verachtung studierten. Freilich, im *Hebbeltheater* zerstörte man just die formalen Reize dieses in raschem Schwung hingeworfenen Effektstücks und mühte sich vergeblich dem schlanken Leib eine gemütvollere Seele einzuhauchen. Solche Stücke vertragen keinen psychologischen Ehrgeiz und keine Schwere des Herzens; es ist ein Verkennen solche Stücke anders zu behandeln denn als formale Augenweide. Als Kayssler dem Helden Wucht und tiefgrüblerische Akzente aufdrängte, zerbrach er den Rhythmus des Ganzen und stellte die dichterische Armut des reichen Theaterstückschreibers bloss, ohne anderes dafür einzutauschen als den Eindruck des Künstlers, der immer strebend sich bemüht, ohne erlöst zu werden. Warum gab man diese Rolle nicht einem weniger Schwerblütigen? Was ist zum Beispiel aus dem Schauspieler Ehrens geworden, den man aus Zürich holte, und in dem reiche Möglichkeiten unbenutzt brachliegen? Nur Hermann Nissen trug lebensbunte Farbtöne in die bataillefeindliche Aufführung.

× **Kurze Chronik** Die grosse Künstlerin *E l s e L e h m a n n* ist nach einem unerquicklichen Rechtsstreit dem Brahmschen Ensemble erhalten geblieben, dem sie geistig auch zugehört. × Das *R e i n h a r d t* sche Ensemble hat im Münchner *Künstlertheater* in diesen Sommerferien ein Gastspiel gegeben. Es hat die *Prinzipien* dieses *Künstlertheaters* teilweise aufgehoben und bei den Münchnern grosse Erfolge erzielt. × Im *N e u e n T h e a t e r* zu Berlin gab man ein Schauspiel des Romanschriftstellers Rudolf Herzog *Der letzte Kaiser*. Der Zusam-

menbruch des monarchischen Gedankens sollte in einer letzten Fürstenerscheinung symbolisiert werden. Leider entstand ein unbeholfenes Tertianerstück, wo eine gewaltige Tragödie hätte werden können. Die Aufführung solcher Dinge kann für die Bühnenkunst keine Bedeutung haben.

× **Literatur** Eine Fülle theaterhistorisch wertvoller Reminiszenzen bringt ein Buch des Wiener Schauspielers Dr. Rudolf Tyrolt *Allerlei von Theater und Kunst* /Wien, Braumüller/. Von besonderem Interesse sind die Erinnerungen an Heinrich Laube, die Tyrolt da niedergelegt hat; und die Erinnerungen an die Gallmeyer, die nach buntem, schicksalsreichem Künstlerleben in müder Verbitterung endete.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Elektrische Vollbahnen In jeder Verkehrs-rundschau könnte gemeldet werden, dass der Betrieb auf wichtigen Eisenbahnstrecken in den elektrischen umgewandelt worden sei. So hat erst neuerdings wieder die Verwaltung der italienischen Staatsbahnen die Einführung des elektrischen Betriebs auf der Strecke durch den Mont Cenis-Tunnel und auf anderen Strecken mit starker Steigung beschlossen, um den Verkehr von Modane nach Turin zu verbessern. Wie auf der *f r a n z ö s i s c h e n* Südbahn soll jetzt auch auf der Mittelmeerbahn mit der Einführung des elektrischen Betriebs begonnen werden. Das ist in diesem Fall aus mehreren Gründen zu begrüssen. Die Schönheit der durchfahrenen Gegend, die starken Steigungen und andere Umstände zwingen die Ingenieure hier ihre ganze Kunst zu entfalten und zu zeigen, was der elektrische Betrieb dem Dampftrieb gegenüber zu leisten vermag, und welche Vorteile er bietet. Aus *N o r w e g e n* und *S c h w e d e n* hört man jeden Augenblick von Neuanlagen, die die natürlichen Wasserkräfte ausnutzen. Man baut dort Gleich- und Wechselstrombahnen, für Touristen- und Güterverkehr. Kurzum, es wird nichts unversucht gelassen hier wie dort die technischen Anlagen zu vervollkommen, um den Verkehr zu verbessern. Auf der Ausgangsstrecke der *New York Central and Hudson River-Bahn* ist der elektrische Betrieb bereits bis Croton auf

55 km ausgedehnt. Im ganzen mag Amerika bald an 10000 km elektrischen Vollbahnbetrieb aufweisen. Sogar in wenig kultivierten Ländern breitet sich die Einführung elektrischen Vollbahnbetriebs immer weiter aus. Hat doch sogar neuerdings die *New South Wales Railway* beschlossen auf den 70 km langen Vorortstrecken, die bisher noch mit Dampf betrieben werden, elektrischen Betrieb einzuführen. Von den Bahnen der Gesellschaft haben in den letzten neun Jahren Strecken von 246 km Gleislänge elektrischen Betrieb erhalten.

In Deutschland dagegen, wo die routiniertesten Firmen für den elektrischen Bahnbau ihren Sitz haben, hört man von solchen Umwandlungen nur sehr wenig. So harret zum Beispiel eines der wichtigsten und längsterwogenen Projekte noch immer der Ausführung, nämlich die Umwandlung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in elektrischen Betrieb. Hier scheint man aus dem Stadium der Erwägungen nicht herauszukommen. Nun ist ja keine Frage, dass die rasch vorwärtsschreitende Elektrotechnik eigentlich ein Hindernis solcher Reorganisationen ist. Denn wenn die Einrichtungen fertig sind, sind sie vielleicht schon wieder veraltet. Dennoch müsste man auch das überwinden. Denn, wenn man stets so denken wollte, käme man ja überhaupt zu keinem Neubau. Zudem liegen längst vorzügliche Projektbearbeitungen von den grossen Elektrizitätsfirmen vor. Professor Reichel, der frühere Leiter der Bahnabteilung der *Siemens-Schuckert-Werke* und jetzige Professor für elektrischen Bahnbau an der technischen Hochschule in Berlin hat darüber in einer lesenswerten Abhandlung in der *Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure* ausführlich berichtet. Eine Verschnellerung des Zugbetriebs über den jetzt schon in den Hauptbetriebszeiten bestehenden 2½ Minuten-Verkehr hinaus ist nur noch mit elektrischem Betrieb möglich, weil der Dampftrieb an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist. Aber nicht nur die Verschnellerung des Verkehrs, auch die Reinlichkeit des gesamten Bahnkörpers und der Bahnhofsgebäude, die Hygiene in der Grossstadt, die Verminderung des Geräusches usw. bedingen diese Forderung. Leider werden die Projekte noch immer hinausgeschoben, und man hört schon seit langem nichts mehr von den Plänen, die nun bereits ein Jahrzehnt die Öffentlichkeit beschäftigen. Entwickelt

sich der Verkehr in der selben Weise weiter wie bisher, so ist nicht abzusehen, zu welchen Zuständen die Lässigkeit der Behandlung dieser wichtigen Projekte für das Berliner Verkehrswesen führen soll, um so mehr als auch die trostlose Lage des Strassenbahnverkehrs, in dem die *Grosse Berliner Strassenbahn* mit Unterstützung der Aufsichtsbehörden völlig versagt, zu den schwersten Bedenken Anlass gibt. Es zeugt nicht sehr für den Verantwortlichkeitsgeist in der preussischen Verwaltung, wie sie die Berliner Verkehrsprojekte behandelt.

× Panamerikanische Bahn ×

Der Gedanke einer panamerikanischen Bahn, die den ganzen Kontinent durchqueren soll, erschien früher als ein unausführbares Hirngespinnst. Mit der Zeit aber hat er sich so ausbreitet, dass im Jahre 1902 ein Kongress von Vertretern aller amerikanischen Staaten in Washington stattfand, auf dem die einzelnen Regierungen Erklärungen abgaben, wieviel sie zu dem Bahnbau beisteuern wollten. Daraufhin hat sich zur Ausführung dieses Unternehmens eine besondere Gesellschaft mit dem Sitz in Washington gebildet, die dort ein ständiges *Panamerikanisches Eisenbahnkomitee* unterhält. Sie verfügt über ein Kapital von 250 Mill. Doll. Kürzlich ist im Auftrag des Komitees ein von Charles M. Pepper verfasster Bericht erschienen, nach dem die Verwirklichung der Idee so weit vorgeschritten sein soll, dass nur noch ein Drittel des Schienenstrangs fehlt. Von der insgesamt 16469 km langen Bahnlinie New York-Buenos Aires sind bisher rund 11000 km in mehreren Teilstrecken vorhanden. Die fehlenden 5500 km entfallen durchweg auf die mittelamerikanischen Republiken sowie auf Kolumbien, Ecuador und Peru. Dabei ist zu bemerken, dass 1896 erst 7680 km der panamerikanischen Bahnlinie bestanden, so dass seit dieser Zeit nicht weniger als 3000 km hinzugekommen sind. Es ist beabsichtigt eine Abzweigung der Bahn aus Peru oder Ecuador nach Brasilien hinein bis nach Rio de Janeiro zu führen. Doch erscheint das bis auf weiteres aussichtslos, weil die Bahn durch ungeheure Strecken Urgebiets führen müsste, das noch nie ein menschlicher Fuss betreten hat. Aber selbst die Ausführung des langen Mittelstücks der panamerikanischen Bahn stösst auf so enorme technische Schwierigkeiten, dass sie zu ihrer Überwindung ganz aussergewöhnlich grosser

Tatkraft bedürfte. Und das ist noch nicht alles. Selbst eine fertige Bahn würde mit derartigen natürlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, dass es nicht lohnend erscheinen kann den Bau solcher Bahn in Angriff zu nehmen. Ganz Mittelamerika ist in stärkstem Mass ein vulkanisch tätiges Land, das für einen regulären Bahnbetrieb ein zu gefährlicher Boden ist. Zudem würde die Bahn durch weite Strecken unbewohnten und unkultivierten Landes hinziehen. Trotz der reichen Geldmittel, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen, und trotz des hohen politischen Interesses, das besonders die nordamerikanische Union dem Projekt entgegenbringt, ist es wenig wahrscheinlich, dass das mittelamerikanische Stück der Bahn so bald gebaut werden wird. Die mittelamerikanischen Staaten haben ja kaum ein lokales Interesse an der Bahn, so dass ihre finanziellen Leistungen höchstwahrscheinlich sehr bald aufhören würden. Und an eine Rentabilität der Bahn ist angesichts der Nähe des Ozeans vorläufig nicht zu denken. Die Schifffahrtslinien sind bequem, angenehm, gesund und billig, während die mittelamerikanischen Staaten durch andauernde Kriege, Revolutionen, ungesundes Klima ausgezeichnet sind. Der Bau dieser Bahn hätte vorwiegend nur Bedeutung als Tribut an den panamerikanischen Gedanken. Und das wäre auch die einzige Möglichkeit, die ihm zur Ausführung verhilfe.

× **Quebecbrücke und Quebec-tunnel** × Die über den Lorenzstrom gebaute Riesenbrücke, die bekanntlich infolge eines

Konstruktionsfehlers eingestürzt ist, liegt noch immer zertrümmert im Fluss. In der Handelskammer von Montreal ist nun der von dem Ingenieur J. S. Armstrong ausgearbeitete Plan erörtert worden statt der Brücke einen Tunnel unter dem Strom zu bauen. Die Kosten eines unmittelbar bei Quebec gelegenen Tunnels für 4 Gleise und einen Fahrweg sind geringer veranschlagt worden als die Kosten einer Brücke, besonders auch deshalb, weil die lichte Höhe der Brücke nach den neuen Forderungen für die Schifffahrt auf dem Lorenzstrom noch etwas grösser werden würde als die der zusammengebrochenen Brücke.

× **Luftschifffahrt** × Während es schwer ist nachträglich eine gute historische Sammlung von Gegenständen eines technischen Zweigs zusammen-

zubringen, erscheint das bei neuen Gebieten nicht so aussichtslos. So hat sich die letzte Versammlung des *Deutschen Museums* in München mit der Ausgestaltung der schon seit Jahren vom *Deutschen Museum* vorbereiteten Gruppe *Luftschifffahrt* beschäftigt. Graf Zeppelin machte die Mitteilung, es stehe zu befürchten, dass auch auf diesem Gebiet nichts Brauchbares zu stande käme, weil zugleich auch in Frankfurt die Gründung eines Museums für Luftschifffahrt beabsichtigt wird, und heute noch zu wenig geschichtlich wichtige Gegenstände vorhanden seien, um in zwei Sammlungen ein dem Ausland Achtung gebietendes Bild von der Entwicklung der deutschen Luftschifffahrt zu geben. Er warnte daher dringend vor der Gründung eines zweiten Museums, da das *Deutsche Museum* schon seit 2 Jahren mit der Sache beschäftigt sei. Zudem haben sich auch die deutschen Luftschifffahrtsvereine gegen die Gründung eines Museums in Frankfurt ausgesprochen.

Im Anschluss an diese Diskussion wurden auch weitgehende Erörterungen über die wissenschaftliche Unterstützung der Luftschifffahrt gepflogen. Es wurde einmütig darauf hingewiesen, dass die unorganisierten Einzelbestrebungen auf dem Gebiet der Luftschifffahrt im Interesse der Sache zusammengefasst werden müssten, wenn überhaupt etwas Erspriessliches in absehbarer Zeit dabei herauskommen sollte. Graf Zeppelin führte aus, dass das nicht durch Gründung einiger Lehrstühle an technischen Hochschulen zu erreichen sei, sondern dass dazu eine grossangelegte Reichsversuchsanstalt für Luftschifffahrt erforderlich sei; er bezeichnete den Bodensee dafür als günstigstes Versuchsfeld, auch für die Flugmaschinen. Er wünsche zu diesem allerdings erhebliche Geldmittel erfordernden Institut ein Zusammenwirken aller Einzelstaaten, der wissenschaftlichen und technischen Kreise sowie der Industrie unter Führung des Reichs. Dann wären die wirklichen Bedingungen für eine erspriessliche Arbeit in grossem Massstab gegeben. Man sollte meinen, dass diesem Gedanken nachgegeben werden müsste, da doch hier auch militärische Gesichtspunkte in Frage kommen.

× **Kurze Chronik** × Die allgemeine Depression des Welthandels im Jahr 1908 kommt vorzüglich in den Zahlen zum Ausdruck, die den Verkehr im Suezkanal veranschau-

lichen. 1908 durchfuhren den Kanal 3795 Dampfer mit zusammen 13 633 283 t, das sind 472 Dampfer mit über 1 Mill. t, weniger als 1907. An Kanalgebühren wurden 108 413 410 fr. erhoben, so dass das Bruttoerträgnis der Suezkanalgesellschaft um 7,6 Mill. fr. gegen 1907 zurückblieb. Die Minderung des Verkehrs betraf vor allen Dingen die englische Handelsflotte, während die deutsche, russische, französische eine geringe Steigerung aufzuweisen haben. Der Passagierverkehr verminderte sich gegen 1907 um 24 795 auf 218 785 Personen. × Zum Zweck des bessern Verkehrs zwischen Indien und Ceylon wird ein billiges Projekt ausgeführt, nämlich eine kombinierte Eisenbahn- und Fährverbindung. Durch die eigenartigen Lagenverhältnisse von Land und Wasser lässt sich bei jeder Windrichtung eine ruhige Überfahrt erzielen. × Am 31. August ist die im Zug der Bahn Schmentau-Marienwerder-Riesenburg gelegene Weichselbrücke bei Marienwerder dem Verkehr übergeben und damit etwa in der Mitte zwischen den bei Graudenz und Dirschau bestehenden festen Brücken ein neuer Weichselübergang für den Eisenbahnverkehr geschaffen worden. Die 1000 m lange und 11,3 m breite Brücke ist die fünfte Überbrückung der Weichsel auf preussischem Gebiet. × Im Zug der Strecke Budapest-Eszég-Brod, zwischen den Bahnhöfen Gombos und Erdöd, wird über die Donau eine neue Eisenbahnbrücke gebaut werden. Der bisherige Eisenbahnverkehr wurde mittels einer Fähre durchgeführt, was zu häufigen Verkehrsstockungen Anlass gegeben hat. Die Bauarbeiten sollen bereits 1911 beendet sein. × Die Stadt Sydney wird von North Sydney durch einen langen spitzen Meerbusen getrennt. Eine Verbindung beider sollte durch eine Brücke ermöglicht werden. Neue Erhebungen haben aber zu der Einsicht geführt, dass eine 3fache Tunnelverbindung noch um 1¼ Mill. M. billiger wird als eine Brücke, die nicht weniger als 51½ Mill. M. kosten soll. Die Tunnel sind als getrennte Eisenbahn-, Strassenbahn-, Fuhr- und Personenverkehrstunnel geplant. × Die 381 km lange Bahn zwischen Hai-phong am Golf von Tongking und Laokay an der chinesischen Grenze, deren Weiterführung nach Yunnan in der gleichnamigen chinesischen

Provinz fast vollendet ist, ist bei Hanoi durch eine 1680 m lange eiserne Brücke über den Roten Fluss an die nach dem Süden von Tongking führenden Strecken angeschlossen. × Die an der Kiushu-eisenbahn fehlende Strecke wird im November in Betrieb gesetzt, so dass die technisch sehr schwierige Bahn, die allein 21 Tunnel von 6750 m Gesamtlänge besitzt, in 2½ Jahren vollendet sein wird. Die Bahn bildet nunmehr eine direkte Verbindung des südlichsten Hafens Kogashima und dem nördlichsten Moji auf der grossen Insel Kiushiu. × Im Norden Mexikos werden die vorhandenen Bahnen zur weitern Erschliessung des Landes weitgehend ausgebaut.

×
Literatur Der Geschäftsführer des Ausschusses für Volksvorlesungen zu Frankfurt a. M.

Dr. W. Epstein hat im Auftrag des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung eine kleine Broschüre *Die Luftschiffahrt, ihre geschichtliche Entwicklung und ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen* geschrieben, die zu dem billigen Preis von 20 Pf. abgegeben wird. Der Titel besagt, was das 65 Seiten starke Heft mit seinen 23 Bildern enthält. Es werden sowohl die Freiballons, die lenkbaren Luftschiffe wie auch die Flugmaschinen beschrieben. Ein letztes Kapitel beschäftigt sich mit der Verwendbarkeit der Luftfahrzeuge. Das Heftchen macht einen sehr guten Eindruck. × In der rühmlichst bekannten Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist ein Bändchen des Professors Hahn *Die Eisenbahnen, ihre Entstehung und gegenwärtige Verbreitung*, erschienen. Während die ersten beiden Kapitel geschichtlichen Inhalts sind, lehrt das 2. Buch die Schienenwege, die Stationen und den Betrieb und die Betriebsmittel selbst kennen. Ein 3. Buch behandelt spezielle Bahnen — darunter natürlich die sibirische Bahn — sowie die europäischen Berg- und Stadtbahnen. Wer das Büchlein liest, wird mit Staunen bemerken, wie wenig er von all den Dingen weiss, die er tagtäglich sieht und benutzt. Vielleicht darf man bedauern, dass nicht auch die grosse soziale Bedeutung der Bahnen mit ihrem Riesenheer von Beamten und Arbeitern mit einigen Worten gestreift wurde.